

#### **REGIERUNGSRAT**

Regierungsgebäude, 5001 Aarau Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50 regierungsrat@ag.ch www.ag.ch/regierungsrat

#### **A-Post Plus**

Bundesamt für Sozialversicherungen Effingerstrasse 20 3003 Bern

28. November 2018

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) Stellung zu nehmen. Wir nehmen die Gelegenheit gerne wahr und retournieren Ihnen beiliegend das ausgefüllte Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler Landammann Vincenza Trivigno Staatsschreiberin

#### Beilage

Antwortformular

#### Kopie

· joseph.steiger@bsv.admin.ch

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : RR Kt. AG

Adresse : Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson : Andreas Bamert-Rizzo, Leiter Abteilung

Register und Personenstand DVI

Telefon : 062 835 14 31

E-Mail : andreas.bamert@ag.ch

Datum : 28. November 2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.

2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

### 1 Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst die vorgesehenen Änderungen grundsätzlich, insbesondere jene zur Stärkung der Anlegerversammlung in Art. 4 Abs. 1 Bst. c, Art. 5 Abs. 2 und 3, Art. 6 Abs. 3, Art. 8 Abs. 2–3 der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV). Bei einer grösseren Anzahl von Bestimmungen äussern sich die Erläuterungen zu den Änderungen der ASV leider nicht über die erhofften Verbesserungen, was eine genauere Einschätzung der geplanten Anpassungen schwierig macht.

Der Regierungsrat rät allgemein zur Zurückhaltung mit Vorschriften, welche die Anlagestiftungen dazu verpflichten, zusätzliche Reglemente zu erstellen. Zusätzliche Reglemente sind erfahrungsgemäss kein Garant dafür, dass bestehende Vorschriften in der Praxis auch wirklich umgesetzt werden. Wichtiger ist die Durchsetzung der bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen.

Angesichts der zunehmenden globalen Vernetzung der Finanzinstitute erscheint die Erweiterung der zugelassenen Depotbank auf Zweigniederlassungen ausländischer Banken sinnvoll (Art. 12 Abs. 1, Art. 23 Abs. 2 und Art. 30 Abs. 3<sup>bis</sup> ASV).

## **2** Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

#### Allgemeine Bemerkungen

Auf weitere allgemeine Bemerkungen sowie Bemerkungen in Bezug auf einzelne Bestimmungen wird verzichtet.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



#### Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei Marktgasse 2 9050 Appenzell Telefon +41 71 788 93 20 regina.doerig@rk.ai.ch www.ai.ch Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Sozialversicherungen Effingerstrasse 20 3003 Bern

Appenzell, 25. Oktober 2018

Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) zukommen lassen.

Die Standeskommission begrüsst die vorgeschlagenen Revisionspunkte.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Beilage:

Antwortformular

#### Zur Kenntnis an:

- joseph.steiger@bsv.admin.ch
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt

: Standeskommission des Kantons

Appenzell Innerrhoden

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt

: Al

Adresse

: Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Kontaktperson

: Ruedi Eberle / Josef Manser

Telefon

: 071 788 93 88

E-Mail

: info@fd.ai.ch

Datum

: 4. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

- 1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.
- 2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Keine Korrekturen oder	Ergänzungen zu den vorgeschlagenen Revisionspunkten.	
Die Standeskommission	n befürwortet die Revision.	

2 Allgeme	Verordnung über di	e Anlagestiftungen (ASV
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Der Regierungsrat des Kantons Bern Le Conseil-exécutif du canton de Berne

Postgasse 68 3000 Bern 8 www.rr.be.ch info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Departement des Innern EDI Herr Bundesrat Alain Berset Effingerstrasse 20 3003 Bern

Per E-Mail an: bereich.recht@bsv.admin.ch

5. Dezember 2018

RRB-Nr.:

1302/2018

Direktion

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Unser Zeichen

2018.JGK.5597/HAE/WOG

Ihr Zeichen

Klassifizierung

Nicht klassifiziert



# Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV). Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 hat uns das Eidgenössische Departement des Innern EDI die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) unterbreitet. Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur Vorlage Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat begrüsst die geplante Änderung der ASV. Die Anlegerinteressen werden durch die Stärkung der Stellung der Anlegerversammlung und die Vermeidung von Interessenkonflikten (z.B. durch die personelle Trennung von Stiftungsrat, Geschäftsführung, Verwaltung und Asset Management) gestärkt. Dies führt letztendlich zu einer verbesserten Governance. Zudem werden die Anlagestiftungen in wesentlichen Bereichen den Anlagefonds gleichgestellt (z.B. Neuregelung der Diversifikationsbestimmungen, gemischte Anlagegruppen mit höherem Aktienanteil und höherem Anteil an alternativen Anlagen).

Der Regierungsrat dankt für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Mr. Neula

Der Präsident

Der Staatsschreiber

Christoph Neuhaus

Christoph Auer

#### Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- · Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Finanzdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion

Landeskanzlei Rathausstrasse 2 4410 Liestal T 061 552 50 06 landeskanzlei@bl.ch www.bl.ch



Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV Joseph Steiger Effingerstrasse 20 3003 Bern

Liestal, 11. Dezember 2018

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) unterbreitet dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft mit Schreiben vom 14. September 2018 die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV).

Der Regierungsrat ist mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden und hat keine weiteren Anmerkungen.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Hochachtungsvoll

Monica Gschwind Regierungspräsidentin

Inclusion

Elisabeth Heer Dietrich Landschreiberin

E. Her Dielice



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9 CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 85 16 Fax: +41 61 267 85 72 E-Mail: staatskanzlei@bs.ch www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Departement des Inneren (EDI)

Email: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Basel, 5. Dezember 2018

#### Regierungsratsbeschluss vom 04. Dezember 2018

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 übermittelten Sie uns eine Vernehmlassungsvorlage zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen mit der Bitte um Stellungnahme.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme und begrüssen die Änderung der Verordnung. Die Flexibilisierung der Anlagemöglichkeiten ermöglicht es den Anlagestiftungen, auf Augenhöhe mit anderen kollektiven Kapitalanlegern zu agieren. Auch die Stärkung der Anlegerversammlung ist aus Sicht der Corporate Governance als positiv zu bewerten.

Mit freundlichen Grüssen,

im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann

E. Adur

Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl

tunous

Staatsschreiberin



Conseil d'Etat Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de l'intérieur Inselgasse 1 3003 Berne

Document PDF et Word à : joseph.steiger@bsv.admin.ch

Fribourg, le 4 décembre 2018

2018-1013

Modification de l'ordonnance sur les fondations de placement Réponse à la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à votre courrier du 14 septembre 2018 concernant l'objet noté en titre et vous informons que le canton de Fribourg approuve les deux objectifs principaux poursuivis par la modification proposée, que sont, d'une part le renforcement du rôle de l'assemblée des investisseurs et, d'autre part, l'assouplissement de la réglementation concernant le placement de la fortune de prévoyance par les fondations de placement. Il n'a pas d'autre remarque particulière à formuler.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

#### Au nom du Conseil d'Etat:

Georges Godel Président Danielle Gagnaux-Morel Chancelière d'Etat

Conseil d'Etat CE Staatsrat SR

www.fr.ch/ce

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48

#### Communication:

- a) à la Direction des finances;
- b) aux autres Directions;
- c) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel Chancelière d'Etat



Le Conseil d'Etat

6089-2018

Département fédéral de l'Intérieur Monsieur Alain Berset Président de la Confédération Inselgasse 1 3003 Berne

EINGEGANGEN

13 Dez. 2018

Registratur GS EDI

Concerne: Modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP) :

Ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Président,

Notre Conseil a pris connaissance du projet de modification de l'ordonnance sur les fondations de placement que vous nous avez fait parvenir le 14 septembre 2018.

Le projet soumis a pour but d'actualiser certaines dispositions de l'ordonnance afin de les adapter à la pratique actuelle et ainsi renforcer le positionnement et l'attrait des fondations de placement.

Notre Conseil approuve le projet soumis et n'a pas d'observations particulières à formuler.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'expression de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

ichèle Righetti

Le président :

Antonio Hodgers

Von: Janette.Grab@gl.ch
An: Steiger Josef BSV

Betreff: Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

**Datum:** Montag, 17. September 2018 12:51:05

#### Sehr geehrter Herr Steiger

Mangels Betroffenheit verzichten wir auf eine Stellungnahme i.S. Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV).

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme. Herzliche Grüsse Janette Grab

#### kanton glarus - Volkswirtschaft und Inneres

# Departementssekretariat Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus Tel 055 646 66 01 www.gl.ch | janette.grab@gl.ch

Glarnerland macht möglich.

Von: Ryffel Beat
An: Steiger Josef BSV

Betreff: KT. GR: Verzicht, Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung

**Datum:** Montag, 17. Dezember 2018 18:13:16

#### Sehr geehrter Herr Steiger

Wir teilen Ihnen mit, dass der Kanton Graubünden auf eine Stellungnahme verzichtet, und danken Ihnen für die uns gegebene Möglichkeit zur Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Beat Ryffel

#### Departement für Finanzen und Gemeinden Graubünden (DFG)

Beat Ryffel, Departementssekretär Rosenweg 4 7001 Chur

Tel. 081 257 32 11 / Fax 081 257 21 90

e-mail: Beat.Ryffel@dfg.gr.ch

Hôtel du Gouvernement - 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

À joseph.steiger@bsv.admin.ch

Département fédéral de l'intérieur Office des assurances sociales A l'att. de M. le Conseiller fédéral Alain Berset Effingerstrasse 20 3003 Berne

Par courrier électronique

CH-2800 Delémont t +41 32 420 51 11 f +41 32 420 72 01 chancellerie@jura.ch

Hôtel du Gouvernement 2, rue de l'Hôpital

Delémont, le 13 novembre 2018

# Modification de l'ordonnance sur les fondations de placement

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre courrier du 14 septembre dernier a retenu la meilleure attention du Gouvernement.

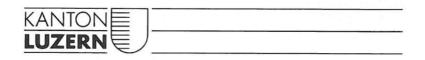
Le Gouvernement vous remercie de l'avoir consulté. Après examen du dossier en collaboration avec l'Autorité de surveillance LPP et des fondations de Suisse occidentale, il renonce à prendre position au sujet de ce projet de modification.

Le Gouvernement vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

David Erav Président

Gladys Winkler Docourt Chancelière d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15 Postfach 3768 6002 Luzern Telefon 041 228 59 17 Telefax 041 228 67 27 justiz@lu.ch www.lu.ch

Zustellung per E-Mail joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen

Luzern, 11. Dezember 2018

Protokoll-Nr.:

1257

## Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teilen wir Ihnen mit, dass wir gegen die geplante Verordnungsänderung keine Einwendungen haben. Insbesondere erachten wir die Angleichung der Anlagevorschriften für die Anlagestiftungen an die entsprechenden Regelungen, welche für die Anlagen der beruflichen Vorsorge für die natürlichen Personen gelten, sowie die Stärkung der Governance als zweckmässig.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker Regierungsrat



# LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL

#### Envoi par courrier électronique

Département fédéral de l'intérieur Inselgasse 1 3003 Berne

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous remercions le Département fédéral de l'intérieur d'avoir bien voulu consulter le canton de Neuchâtel sur la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP).

Les documents qui nous ont été remis à cette occasion ont été soigneusement examinés et nous permettent de vous faire part de nos observations.

Nous sommes favorable à la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement qui vise d'une part à renforcer le rôle de l'assemblée des investisseurs en tant qu'organe suprême des fondations de placement et d'autre part à assouplir la réglementation concernant le placement de la fortune de prévoyance, par les fondations de placement. Cette modification permet, dès lors, une prévention des conflits d'intérêts et une diversification en matière de placement des capitaux investis à long terme dans le 2<sup>e</sup> pilier.

La présente révision n'a, à priori, pas d'impact direct sur les finances publiques cantonales.

Nous avons par ailleurs consulté Prévoyance.ne, caisse de pensions de la fonction publique du canton de Neuchâtel, qui nous a informé se positionner favorablement sur la modification de l'ordonnance, principalement parce qu'elle apporte une plus-value par rapport à la situation en vigueur. Vous trouverez l'expertise détaillée menée par notre caisse de pensions dont nous faisons nôtres les observations en annexe du présent courrier.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 12 décembre 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président, L. Kurth

La chancelière, S. DESPLAND

Annexe: ment.

# prévoyance ne

CAISSE DE PENSIONS DE LA FONCTION PUBLIQUE DU CANTON DE NEUCHÂTEL

RUE DU PONT 23 CH-2300 LA CHAUX-DE FONDS

#### Courrier A

République et Canton de Neuchâtel Département des finances et de la santé Monsieur Florian Roduit Plan 30 Case postale 1 CH-2002 Neuchâtel

La Chaux-de-Fonds, le 31 octobre 2018

Prise de position relative au projet de modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

Monsieur.

Par la présente, nous nous référons à votre demande du 15 octobre 2018 et profitons de remercier le Conseil d'Etat de nous associer à la consultation relative à la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP) et le Département fédéral de l'Intérieur (DFI) pour son travail dans l'élaboration de ce projet de nouvelle ordonnance.

#### Introduction

De manière préalable, nous précisons que la thématique est certes connexe à notre domaine d'expertise, mais elle reste néanmoins distincte. Les fondations de placement sont constituées pour la gestion et l'administration <u>commune</u> de la fortune de la prévoyance professionnelle (art. 53g LPP). Elles sont à cet égard des institutions auxiliaires de la prévoyance professionnelle. Le projet d'ordonnance révèle cependant une approche globale et homogène répondant aux enjeux posés par le placement de la fortune de la prévoyance professionnelle

Dès lors que la réglementation fédérale a placé les fondations de placement sous la surveillance exclusive de la Commission de haute surveillance (CHS PP) depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2012 (Partie 3 de la LPP, Organisation, titre 2, articles 53g ss LPP) – donnant un signal clair sur la volonté d'une organisation concordante – et tenant compte que les institutions de prévoyance investissent près de 100 milliards de nos francs auprès de fondations de placement, nous sommes d'avis que les évolutions proposées s'inscrivent dans une ligne cohérente : pérennisation des rendements à long terme, conditions-cadres optimales et transparence des opérations.

Le message général visant à favoriser la diversification – par l'extension des possibilités de placement – et à prévenir les conflits d'intérêts est favorable à une gestion efficiente des capitaux investis à long terme dans le 2<sup>ème</sup> pilier, ce qui devrait être la priorité absolue de tous les acteurs du domaine.

Pour rappel, les capitaux placés auprès des fondations de placement obéissent aux règles de l'OPP2, tout en faisant l'objet de dispositions spécifiques par l'OFP Si l'extension des possibilités de placement (autorisation) est jugée propice par nos soins, nous restons plus réservés sur le niveau de détails en général des règles de placement, que ce soit au sein de l'OPP2 et de l'OFP.



Nous retiendrons la ligne visée d'un certain assouplissement. Il n'en demeure pas moins nécessaire de préciser que les prescriptions actuelles en matière de diversification ne permettent pas forcément de se conformer, de manière optimale, aux tendances du marché et à la situation économique.

Finalement, nous ne commentons, pas dans cette prise de position, la révision dans le domaine de l'épargne-titres du pilier 3a pour nous en tenir plus particulièrement aux éléments propres ou auxiliaires à la prévoyance professionnelle.

#### Principes généraux

L'ajustement de la réglementation à l'évolution des besoins et une certaine libéralisation des prescriptions de placement – par un accroissement des possibilités et davantage de flexibilité – sont une étape significative (et un signal) pour l'ensemble du marché de la prévoyance professionnelle. Dans un environnement de taux bas, les institutions de prévoyance et les fondations de placement doivent pouvoir se préparer à une hausse potentielle et optimiser au mieux le rapport entre le rendement et le risque. Sauf que les prescriptions de placement en vigueur sont contraignantes, voire bercent dans une sécurité trompeuse avec – dans l'exemple nous concernant des institutions de prévoyance – une quote-part élevée d'obligations. Autrement dit, une qualification trop restrictive des instruments de placement individuels font plutôt perdre de vue la rentabilité et la gestion du budget de risque.

L'orientation vers davantage de flexibilité ou de liberté (mais aussi plus de responsabilités) est une (première) étape fondamentale à notre sens.

Nous avons alors tendance à rejoindre la position du Conseil fédéral, quand bien même il serait vivement recommandé que les prescriptions de placement de l'OPP2 soient également revues à la suite de la révision de l'OFP. La revendication d'une suppression du droit de timbre sur les capitaux de prévoyance devrait également s'inscrire dans les développements requis en matière de prescriptions de placements pour permettre au 3<sup>ème</sup> cotisant de remplir au mieux sa mission si importante. À notre époque, le processus de reporting élaboré et les règles de contrôle interne rigoureuses sont une garantie de transparence et les conditions-cadres à une plus grande latitude de placements pour garantir la mise en place d'un rendement optimisé en fonction des besoins particuliers

#### Modifications de l'OFP

Les articles non mentionnés exhaustivement ci-après n'appellent aucun commentaire particulier de notre part.

#### Articles 4 et 5

Ces adaptations garantissent l'indépendance requise en supprimant le droit à la fondatrice de nommer les membres du Conseil de fondation. Elle étend aux fondations de placement les modifications intervenues, en 2011 au sein des institutions de prévoyance, dans le cadre de la réforme structurelle, à savoir de qualifier l'indépendance d'un principe fondamental.

À notre sens, la proscription des liens éconòmiques pourrait encore être complétée avec la mention expresse de l'exclusion d'une relation familière étroite par analogie avec les dispositions de l'article 40 OPP2. Si le projet d'article 8, alinéa 3 (ci-après) s'oriente en ce sens, il n'en exclut pas expressément des relations familières étroites entre le Conseil de fondation et les personnes chargées de la gestion.

Se pose encore la question, au niveau structurel, d'une représentation de la fondatrice à hauteur d'un tiers des membres, si l'objectif avoué est une action en toute indépendance du Conseil de fondation par rapport à la fondatrice.

#### Article 6

Cette proposition met sur pied d'égalité les institutions de prévoyance et les institutions auxiliaires. Elle est non seulement une condition sine qua non à la gestion optimale des risques et la garantie de l'efficacité de l'organisation pyramidale du contrôle dans la prévoyance professionnelle. Elle

confirme de facto la volonté de la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS PP), déjà exprimée par l'inscription des fondations de placement dans le champ d'application de sa directive (D-03/2016) sur l'assurance qualité dans la révision selon la LPP.

L'indépendance est pour nous partie aux exigences minimales à l'endroit de l'organe de révision, aussi bien pour les institutions de prévoyance que les institutions auxiliaires des 2<sup>ème</sup> et 3<sup>ème</sup> piliers. Cette proposition de modification est nécessaire et cohérente.

#### Article 8

Cette proposition renforce la prévention des conflits d'intérêts et la garantie de l'indépendance nécessaire au respect des règles de déontologie et d'intégrité. L'indépendance des membres du Conseil de fondation ne serait pas compatible dans le cas d'un rapport de travail avec la gestion de la fondatrice, tout comme avec la fourniture de services (mandat de gestion). De notre point de vue, subsiste encore notre observation sur la nécessité d'exclure expressément les relations familières étroites afin d'aboutir pleinement aux objectifs visés.

#### Article 11

Les qualifications de l'expert et l'indépendance constituent la base de l'assurance qualité en matière d'investissements. Bien que nous soyons clairement favorables au renforcement des exigences minimales en termes de qualité, il s'agira de garder une certaine proportionnalité – si des nouvelles prescriptions sous forme de directives devaient entrer en vigueur – afin que les sociétés d'experts de petite et moyenne taille restent en mesure de répondre à ces dernières – au risque de restreindre de manière exagérée la liberté de choix de l'expert – et aussi qu'elles ne conduisent pas à une recrudescence des coûts. D'une manière générale, les prescriptions visant à garantir l'indépendance et les qualifications sont objectivement logiques et fondamentales.

#### Article 12

La proposition de reconnaître les filiales de banques étrangères en Suisse en tant que banque dépositaires est une nouvelle positive. Nous sommes plus réservés à l'égard des négociants en valeurs mobilières et pensons justifié de ne pas entrer en matière à ce sujet. Seul un renforcement de la régulation internationale pourrait nous faire revoir notre position.

#### Article 20

Les modifications et précisions apportées s'agissant de la détermination de la juste valeur des apports en nature sont jugées pertinentes, notamment pour les fondations immobilières. La méthode est dorénavant décrite et la gouvernance renforcée par la validation de l'expert de la valeur du bien échangé

#### Article 25

Cette modification doit probablement faire écho à la jurisprudence (ATF 143 V 208). S'il est profitable, en termes de transparence, que les règles issues de la jurisprudence soient transcrites dans l'ordonnance, il faudrait néanmoins éviter de manière générale d'inverser les rôles et que l'ordonnance ne devienne une codification de la pratique, plutôt qu'une règle d'exécution de la loi.

#### Article 26a

Nous sommes favorables, d'une manière générale, à l'autorisation du dépassement des limites de placement, pour autant qu'elles restent contraintes à certaines conditions. Cela rejoint notre commentaire général sur le niveau de détails des règles en matière de placements (OPP2 et OFP) qui peuvent bercer dans une sécurité trompeuse. Si le projet s'efforce de toujours préconiser la diversification, et de manière justifiée, il veille néanmoins à éviter ou corriger quelques obstacles et contraintes guère optimales de la réglementation en vigueur. Les dépassements (ou extensions des possibilités de placements) autorisés sont par ailleurs conditionnés aux règles de transparence.

Les évolutions proposées nous semblent alors opportunes et judicieuses dans leur esprit général.

#### Article 29

Cette proposition rejoint notre commentaire concernant l'article 26a avec une opinion favorable à l'autorisation du dépassement des limites, tout en s'orientant davantage sur un encadrement et des conditions générales. Nous restons toutefois réservés sur la limite à la part des placements alternatifs jusqu'à 25%, jugée à la fois élevée et disproportionnée par rapport à l'article 55 let b OPP2.

#### Article 30

La proposition de refonte de l'alinéa 3 nous parait pertinente puisque la surveillance par un organisme régulateur étranger est renforcée. La précision du cadre dans lequel la Fondation peut dépasser la limite de 20% est bienvenue.

#### Article 32

La proposition est judicieuse, sous réserve de la précision expresse de l'autorisation des filiales dans les groupes de placements pour le *private equity* et les infrastructures. En effet, il n'y a, à notre sens, guère d'autres placements alternatifs pour lesquels cela serait envisageable.

#### Articles 35 et 37

Les modalités proposées serviront à accroître la transparence et standardiser les informations publiées, sans qu'elles n'exigent des efforts disproportionnés des fondations de placement pour mettre en œuvre ces mesures. Si nous prenons l'exemple de la transparence dans les frais de gestion, les fondations de placement sont restées en marge des exigences de la CHS PP, respectivement l'objet de normes spécifiques, concernées seulement de manière indirecte par les directives adoptées en la matière en tant que fournisseurs de placements collectifs. Il est dès lors favorable de constater que les orientations prises veillent toujours davantage à renforcer la transparence et uniformiser les pratiques malgré la nature différente des acteurs du 2<sup>éme</sup> pilier

#### Impacts sur les comptes du Canton

La proposition d'ordonnance n'a pas d'incidence sur les comptes du Canton. Les institutions de prévoyance professionnelle, de prévoyance liée et les institutions d'assurances sociales restent considérées comme des commerçants de titres – sans modification aucune au travers de ce projet d'ordonnance – avec toujours l'obligation de verser le droit de timbre de négociation.

Le projet se concentre sur trois éléments majeurs, à savoir

- codifier les solutions dégagées par la pratique (prescriptions en matière de placement)
- étendre les possibilités d'investissement des fondations de placement (dépassements des limites de placement de l'OPP2)
- renforcer les exigences en matière de conflits d'intérêts.

En d'autres termes le projet d'ordonnance ne porte pas sur des questions fiscales, des exonérations de droit ou encore des modifications transactionnelles. Il n'y a donc pas lieu pour le Canton de craindre un impact significatif et négatif sur ses comptes

Nous sommes favorables à la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement laquelle apporte une plus-value par rapport à la situation en vigueur (flexibilité, latitude dans la stratégie, uniformité) et des perspectives futures dans les domaines connexes. Elle n'apporte cependant pas de solutions à l'optimisation des coûts dans le 2<sup>ème</sup> pilier ou des mesures envisageables en matière d'économies pour les caisses de pensions ou les fondations de placement, sans que cela n'ait été l'objet des développements visés.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

Nicôle Laville

Responsable
Gestion de fortune

Alain Kolonovics

Directeur adjoint

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

#### PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement des Innern EDI Herr Bundespräsident Alain Berset Inselgasse 1 3003 Bern

Telefon 041 618 79 02 staatskanzlei@nw.ch Stans, 11. Dezember 2018

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (AVS)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Alain Berset

Mit Schreiben vom 14. September 2018 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (AVS) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu und vernehmen uns wie folgt:

Mit den zur Vernehmlassung unterbreiteten Anpassungen der Verordnung über die Anlagestiftungen (AVS) wird einerseits die Rolle der Anlegerversammlung als oberstes Organ der Anlagestiftungen gestärkt und andererseits wird die Flexibilität der Anlagestiftungen bei der Anlage des Vorsorgevermögens durch verschiedene Massnahmen erhöht.

Unter anderem bringen die Veränderungen eine zweckmässigere Ausgestaltung der Diversifikationsbestimmungen mit sich, was unseres Erachtens sehr begrüssenswert ist.

Der Kanton Nidwalden ist mit den zur Vernehmlassung unterbreiteten Anpassungen der Verordnung über die Anlagestiftungen (AVS) einverstanden.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Res Schmid Landammann lic. iur. Hugo Murer Landschreiber

Geht an:

- joseph.steiger@bsv.admin.ch



<CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Elektronisch an: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Sarnen, 21. November 2018

Vernehmlassung: Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, zum obengenannten Geschäft Stellung nehmen zu können.

Das erklärte Ziel der Revision der Verordnung über die Anlagestiftungen ist es, die Anlagemöglichkeiten von Anlagestiftungen zu erweitern und jenen von kollektiven Kapitaleinlagen gemäss Kollektivanlagegesetz anzugleichen. Dieses Ziel wird mit dem nun vorliegenden Entwurf weitgehend erreicht.

Die vorgeschlagenen Flexibilisierungen als reine Angleichung an die bei kollektiven Kapitalanlagen geltenden Regeln anzusehen, greift aber zu kurz. Die Revision hat zusätzlich nachfolgende Einschränkungen zur Folge:

Nach aktueller Rechtslage haben die Stifter einer Anlagestiftung die Möglichkeit, sich statutarisch das Recht einzuräumen, eine Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrats zu ernennen. Dadurch können sich die Stifter einen gewissen Einfluss auf die von ihnen lancierte Anlagestiftung sichern. Diese Einflussmöglichkeit soll im Rahmen der geplanten Revision abgeschafft werden. Folglich würde der gesamte Stiftungsrat künftig zwingend von der Anlegerversammlung gewählt. Aus Sicht einer zeitgemässen Corporate Governance ist das nachvollziehbar. Stossend ist jedoch der Umstand, dass das Ernennungsrecht der Stifter erst im Jahr 2012 in der ASV festgeschrieben wurde. Wird es nun bereits wieder abgeschafft, dürften etliche Stifter eines Rechts beraubt werden, das vermutlich nicht ganz unbedeutend war für den Entscheid, eine Anlagestiftung aufzusetzen. Es wäre daher wohl sachgerechter, wenn für die Stifter der bereits bestehenden Anlagestiftungen ein entsprechender Bestandesschutz vorgesehen würde.

Der Entwurf sieht ferner vor, dass neu maximal ein Drittel der Mitglieder des Stiftungsrats auf Personen aus dem Umfeld der Stifter entfallen darf. Dieser Vorschlag ist aus unserer Sicht nicht nachvoll-

ziehbar. Den Bedenken, ein Stifter könnte sich durch Beherrschung des Stiftungsrats einen persönlichen Vorteil verschaffen (z.B. indem er sich von der Anlagestiftung beauftragen lässt), kann mit einer klaren Ausstandsregelung entgegengetreten werden. Ist im Stiftungsrat ein Geschäft traktandiert, das die persönlichen Interessen eines Stiftungsratsmitglieds oder einer diesem nahestehenden Person berührt, hat dieses Mitglied in den Ausstand zu treten. Im Revisionsentwurf ist eine solche Ausstandregelung neu verankert. Die vorgeschlagene Beschränkung der Wählbarkeit bringt daher keinen zusätzlichen Nutzen und ist somit als Überregulierung abzulehnen.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Maya Büchi-Kaiser Regierungsrätin



Regierung des Kantons St Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern Inselgasse 1 3003 Bern Regierung des Kantons St.Gallen Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 32 60 F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 11. Dezember 2018

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 14. September 2018 laden Sie uns zur Vernehmlassung zu Änderungen der Verordnung über die Anlagestiftungen (SR 831.403.2; abgekürzt ASV) ein. Die vorgeschlagenen Änderungen bezwecken einerseits die Stärkung der Rolle der Anlegerversammlung als oberstem Organ der Anlagestiftungen. Anderseits soll die Flexibilität der Anlagestiftungen bei der Anlage des Vorsorgevermögens durch verschiedene Massnahmen erhöht werden.

Nachdem die vom Kanton früher geführten Vorsorgeeinrichtungen, namentlich die Versicherungskasse für das Staatspersonal und die Kantonale Lehrerversicherungskasse, per 1. Januar 2014 zusammengeführt und in der St.Galler Pensionskasse (sgpk) rechtlich verselbständigt wurden, ist der Kanton von der ASV und damit von den vorgeschlagenen Änderungen nicht unmittelbar betroffen. Angesichts der offensichtlich fehlenden unmittelbaren Betroffenheit des Kantons verzichten wir auf eine Vernehmlassung zu den vorgeschlagenen Änderungen der ASV. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil im Bereich der beruflichen Vorsorge ein engmaschiges Netz von Aufsichts- und Kontrollmechanismen besteht, das Missbräuchen und Fehlentwicklungen entgegenwirken soll.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

m Namen der Regierung

Stefan Kölliker

Canisius Braun Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:

joseph.steiger@bsv.admin.ch

# Kanton Schaffhausen Finanzdepartement

J. J. Wepfer-Strasse 6 CH-8200 Schaffhausen www.sh.ch

T +41 52 632 72 50 F +41 52 632 77 09 cornelia.stammhurter@ktsh.ch



Finanzdepartement

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

per E-Mail: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 5. Dezember 2018

Vernehmlassung EDI betreffend Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV); Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. November 2016 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über die Anlagestiftungen können als Nachvollzug an die Entwicklung bei Vorsorgeinstrumenten der privaten Hand betrachtet werden. Sie dienen der Stärkung der Rolle der Anlegerversammlung und sollen die Attraktivität der Anlagestiftungen stärken. Dagegen haben wir keine Vorbehalte.

Freundliche Grüsse Finanzdepartement

Dr. Cornelia Stamm Hurter Regierungsrätin

Stamm dute



#### Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24 4509 Solothurn www.so.ch

> Bundesamt für Sozialversicherungen BSV Effingerstrasse 20 3000 Bern

27. November 2018

#### Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern EDI, hat mit Schreiben vom 14. September 2018 die Kantone zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen eingeladen.

Wir haben die Unterlagen geprüft und haben zu den vorgeschlagenen Änderungen keine Bemerkungen anzubringen.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Roland Heim

Landammann

Andreas Eng Staatsschreiber

## Regierungsrat des Kantons Schwyz

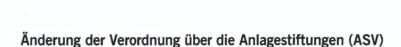
6431 Schwyz, Postfach 1260

An das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) Inselgasse 1 3003 Bern

elektronisch an: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Vernehmlassungsantwort des Kantons Schwyz

Schwyz, 4. Dezember 2018

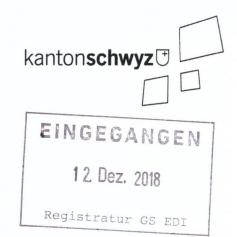


Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

In der Verordnung über die Anlagestiftungen vom 10./22. Juni 2011 (ASV, SR 831.403.2) regelt der Bundesrat die Ausführungen zu Art. 53k des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (BVG, SR 831.40), d.h.: den Anlegerkreis (Bst. a), die Äufnung und Verwendung des Stammvermögens (Bst. b), die Gründung, Organisation und Aufhebung (Bst. c), die Anlage, Buchführung, Rechnungslegung und Revision (Bst. d) und die Anlegerechte (Bst. e). Die ASV trat per 1. Januar 2012 in Kraft.

Die Teilrevision der ASV bezweckt einerseits die Stärkung der Rolle der Anlegerversammlung als oberstes Organ der Anlagestiftungen. Andererseits soll durch die Erhöhung der Einflussmöglichkeiten der Anleger die Attraktivität der Anlagestiftungen gestärkt werden. Ferner soll die Flexibilität der Anlagestiftungen bei der Anlage des Vorsorgevermögens durch verschiedene Massnahmen erhöht werden.

Der Regierungsrat unterstützt die vorgeschlagene Teilrevision der ASV. Dass damit auch eine Angleichung an die Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984 (BVV 2, SR 831.441.1) erfolgt, ist zu begrüssen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

#### Der Regierungsrat des Kantons Thurgau



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement des Innern Herr Alain Berset Bundespräsident 3003 Bern

Frauenfeld, 4. Dezember 2018

## Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, in obiger Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Wir begrüssen die Verordnungsänderung vollumfänglich. Insbesondere die Verbesserung der Governance (Art. 4, 5 und 8 ASV) sowie die dem aussergewöhnlichen Zinsumfeld geschuldete Flexibilisierung der Anlagemöglichkeiten erachten wir als sinnvoll.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld T +41 58 345 5310, F +41 58 345 5354 www.tg.ch numero

Bellinzona

5578 fr 0 27 novembre 2018

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 81443 20
fax +41 91 81443 5
e-mail can-sc@tich

Repubblica e Cantone
Ticino

# Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'interno (DFI) 3003 Berna

Il Cancelliere:

e-mail a: joseph.steiger@bsv.admin.ch

# Modifica dell'ordinanza sulle fondazioni d'investimento (OFond): procedura di consultazione

Gentili Signore, Egregi Signori,

con riferimento all'oggetto succitato, richiamata la vostra gentile richiesta del 14 settembre 2018, alleghiamo alla presente il formulario di risposta alla procedura di consultazione.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Presidente

Claudio Zali

#### Allegato: menzionato

#### <u>C.p.c:</u>

- Consiglio di Stato (<u>di-dir@ti.ch</u>; <u>dss-dir@ti.ch</u>; <u>dt-dir@ti.ch</u>; <u>decs-dir@ti.ch</u>; <u>dfe-dir@ti.ch</u>;
- Divisione delle risorse (dfe-dr@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Istituto di previdenza del Canton Ticino, Bellinzona (<u>ipct@ti.ch</u>);
- Pubblicazione in internet.



#### Modulo per i pareri sulla consultazione concernente la modifica dell'ordinanza sulle fondazioni d'investimento Procedura di consultazione dal 14.09.2018 al 14.12.2018

#### Parere di

Nome / Impresa / Organizzazione / Ufficio

: Consiglio di Stato del Cantone Ticino

Acronimo dell'impresa / organizzazione / ufficio : Dipartimento delle finanze e dell'economia

Indirizzo

: Residenza governativa, Bellinzona

Persona di contatto

: Guidotti Curzio

N° di telefono

: 091 814 39 31

E-Mail

: curzio.guidotti@ti.ch

Data

: 22 novembre 2018

#### Indicazioni importanti

1. Vi preghiamo di indicare i dati richiesti sulla presente pagina di copertina.

2. Utilizzate una riga separata per ogni articolo di ordinanza.

Il vostro parere va inviato anche in formato Word (oltre che in formato PDF) entro il 14 dicembre 2018 al seguente indirizzo di posta elettronica:

joseph.steiger@bsv.admin.ch; capo supplente del Settore Finanziamento della previdenza professionale, Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS).

### 1 Osservazioni generali

Gentili signore, Egregi signori,

richiamata la vostra gentile richiesta del 14 settembre 2018, prendiamo atto che il Dipartimento federale dell'interno (DFI) ha indetto, presso gli enti interessati, una procedura di consultazione inerente la modifica dell'Ordinanza sulle fondazioni d'investimento (OFond).

Lo scrivente Consiglio, dopo aver visionato la documentazione fornitaci, vi comunica di non avere osservazioni particolari. In termini generali valutiamo positivamente lo scopo di migliorare l'attrattività per gli investitori istituzionali delle fondazioni d'investimento.

2 Ordinanza sulle fondazioni d'investimento (OFond						
Osservazioni generali- Nessun commento						
Articolo	o Commento/Osservazioni Proposta di modifica (proposta di					
74 (10010	COMMENCO/CSSCI VAZIONI	Troposta di modifica (proposta di testo)				

· ·

# Modulo per i pareri sulla consultazione concernente la modifica dell'ordinanza sulle fondazioni d'investimento Procedura di consultazione dal 14.09.2018 al 14.12.2018

#### Parere di

Nome / Impresa / Organizzazione / Ufficio : Consiglio di Stato del Cantone Ticino

Acronimo dell'impresa / organizzazione / ufficio : Dipartimento delle finanze e dell'economia

Indirizzo : Residenza governativa, Bellinzona

Persona di contatto : Guidotti Curzio

N° di telefono : 091 814 39 31

E-Mail : curzio.guidotti@ti.ch

Data : 22 novembre 2018

#### Indicazioni importanti

- 1. Vi preghiamo di indicare i dati richiesti sulla presente pagina di copertina.
- 2. Utilizzate una riga separata per ogni articolo di ordinanza.

Il vostro parere va inviato anche in formato **Word** (oltre che in formato PDF) entro il 14 dicembre 2018 al seguente indirizzo di posta elettronica:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; capo supplente del Settore Finanziamento della previdenza professionale, Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS).

# 1 Osservazioni generali

Gentili signore, Egregi signori,

richiamata la vostra gentile richiesta del 14 settembre 2018, prendiamo atto che il Dipartimento federale dell'interno (DFI) ha indetto, presso gli enti interessati, una procedura di consultazione inerente la modifica dell'Ordinanza sulle fondazioni d'investimento (OFond).

Lo scrivente Consiglio, dopo aver visionato la documentazione fornitaci, vi comunica di non avere osservazioni particolari. In termini generali valutiamo positivamente lo scopo di migliorare l'attrattività per gli investitori istituzionali delle fondazioni d'investimento.

2 Ordinanza sulle fondazioni d'investimento (OFond)  Osservazioni generali- Nessun commento				
Articolo	Commento/Osservazioni	Proposta di modifica (proposta di testo)		

Г



# Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) Schwanengasse 2 3003 Bern

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zu Änderungen der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV; SR 831.403.2) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit dem Entwurf der Verordnung einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 4. Dezember 2018

Roger Nager

Der Landammann

Roman Balli

Der Kanzleidirektor

Im Namen des Regierungsrats



#### **CONSEIL D'ETAT**

Château cantonal 1014 Lausanne

> Département fédéral de l'intérieur Palais fédéral 3003 Berne

Par courrier électronique à : <u>ioseph.steiger@bsv.admin.ch</u> (une version Word et une version PDF)

Réf.: MFP/15024611 Lausanne, le 5 décembre 2018

Réponse du Conseil d'Etat à la consultation relative à la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

Mesdames, Messieurs,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté sur l'objet cité en titre.

Après analyse par les services et les entités concernés, nous vous informons que les modifications proposées n'appellent pas de commentaires particuliers de notre part.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à l'expression de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER

Nuria Gorrite

Vincent Grandjean

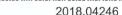
#### Copies

- OAE
- Parties consultées



# EINGEGANGEN

2 7. Nov. 2018



Registratur GS EDI

Monsieur Alain Berset Président de la Confédération Chef du Département fédéral de l'intérieur Palais fédéral 3003 Berne

Références

SH/BB/NF

Date

2 1 NOV. 2018

Modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP) Procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération. Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat valaisan a pris connaissance de la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement.

La modification envisagée s'apparente à une mise à jour de la législation d'exécution concernant les fonds de placement. Elle n'a pas d'impact direct sur les assurés, les caisses de pension, les entreprises ou les cantons, de sorte qu'elle ne suscite pas de remarques particulières de la part du Gouvernement valaisan.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté sur la modification de l'ordonnance susmentionnée.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

Esther Waeber-Kalbermatten

Le chancelier

Philipp Spörri

purque Buch

Copie à : joseph.steiger@bsv.admin.ch



Finanzdirektion, Postfach, 6301 Zug

#### Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) Herr Bundespräsident Alain Berset 3003 Bern

heinz.taennler@zg.ch Zug, 11. Dezember 2018 rarc FD FDS 6 / 159 / 103020

## Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV); Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) eröffnet und uns eingeladen, bis am 14. Dezember 2018 dazu Stellung zu nehmen. An seiner Sitzung vom 18. September 2018 hat der Regierungsrat des Kantons Zug beschlossen, die direkte Beantwortung der Finanzdirektion zu übertragen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Durch die Verordnungsänderungen sollen u.a. die Rolle der Anlegerversammlung als oberstes Organ der Anlagestiftungen gestärkt, die Einflussmöglichkeiten der Anleger erhöht und die Flexibilität bei der Anlage des Vorsorgevermögens vergrössert werden.

Der Kanton Zug begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere die Bestrebungen zur Flexibilisierung der Anlagevorschriften. Aus Corporate-Governance-Perspektive erachten wir auch die Stärkung der Anlegerversammlung als sinnvoll. Insgesamt sind die geplanten Änderungen nachvollziehbar und der heutigen Zeit angepasst.

Seite 2/2

Freundliche Grüsse Finanzdirektion

Heinz Tännler Regierungsrat

### Kopie per E-Mail an:

- joseph.steiger@bsv.admin.ch (Word- und PDF-Dokument inklusive Formular)
- Staatskanzlei (Geschäftskontrolle, Worddokument)
- Zuger Pensionskasse (rudolf.zeller@zugerpk.ch)





Eidgenössisches Departement des Innern 3003 Bern

21. November 2018 (RRB Nr. 1129/2018)

Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. September 2018 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen und damit die Stärkung der Rolle der Anlegerversammlung sowie die vorgeschlagenen Flexibilisierungsmassnahmen bei der Anlage des Vorsorgevermögens. Insbesondere sind wir mit den neuen Regelungen über die nichtkotierten Sacheinlagen und mit der Erweiterung der Kategoriebegrenzungen für gemischte Anlagegruppen einverstanden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger Dr. Kathrin Arioli

TO THE SECOND TO

Von: <u>Verena Loembe</u>
An: <u>Steiger Josef BSV</u>

Betreff: SP: Verzicht auf Stellungnahme der SP Schweiz zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen

Datum: Donnerstag, 13. Dezember 2018 15:06:28

Sehr geehrter Herr Steiger

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme, dass es der SP Schweiz aus Ressourcengründen leider nicht möglich ist, eine Stellungnahme zur obengenannten Vernehmlassung einzureichen.

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

Verena Loembe

\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*

Sekretariat SP-Fraktion der Bundesversammlung Telefon 031 329 69 60 Fax 031 329 69 70 Mobil 079 540 82 65

e-mail: <a href="mailto:verena.loembe@spschweiz.ch">verena.loembe@spschweiz.ch</a>

www.spschweiz.ch

Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro Partida Populara Svizra Generalsekretariat / Secrétariat général Postfach, CH-3001 Bern Tel. +41 (0)31 300 58 58, Fax +41 (0)31 300 58 59 gs@svp.ch, www.svp.ch, PC-Kto. 30-8828-5



Joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bern, 14. Dezember 2018

# Änderung der Verordnung über die Anlagestiftung (ASV)

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung, zur Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Die SVP Schweiz ist mit der geplanten Änderung der Verordnung über die Anlagestiftung einverstanden. Die gestärkte Stellung der Anlegerversammlung wie auch die Verhinderung von Interessenskonflikten sind im Interesse der Anleger. Begrüssenswert ist auch die Gleichstellung der Anlagestiftungen in den wesentlichen Bereichen der Anlagefonds.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

#### SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Albert Rösti Nationalrat Emanuel Waeber

# Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Keine Stellungnahmen erhalten

Aucun commentaire reçu

Nessun commento ricevuto



Bundesamt für Sozialversicherungen Effingerstrasse 20 3003 Bern

Per E-Mail: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Zürich, 6. Dezember 2018 MK/Ir kaiser@arbeitgeber.ch

#### Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

#### **Position des SAV**

Die Mitglieder des SAV haben im Rahmen der internen Konsultation keinerlei Anpassungswünsche eingebracht, womit der SAV die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen über die Anlagestiftungen (ASV) unterstützt. Mit der geplanten Änderung der ASV können die in der Kritik stehenden Diversifikationsbestimmungen zweckmässiger ausgestaltet werden.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Martin Kaiser

Mitglied der Geschäftsleitung

Frédéric Pittet

Stv. Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen

ARillel



Dachorganisation der Schweizer KMU
Organisation faîtière des PME suisses
Organizzazione mantello delle PMI svizzere
Umbrella organization of Swiss SME

Eidgenössisches Departement des Inneren Bundesamt für Sozialversicherungen Per Email: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bern, 13. Dezember 2018 sgv-Sc

#### Vernehmlassungsantwort Verordnung über die Anlagestiftungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs ist der sgv mit den Änderungen an der Verordnung für Anlagestiftungen einverstanden. Trotzdem ortet der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft Korrekturbedarf.

#### I. Allgemeine Bemerkungen

Die Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) ist im Rahmen der Strukturreform per 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Bereits bei ihrem Inkrafttreten wurde sie kritisiert, da sie zum Teil wenig konsistent mit den Vorschriften für Vorsorgeeinrichtungen war und die Anlagestiftungen übergebührlich einschränkte. Die Kritik betrifft vor allem die Diversifikationsbestimmungen bei den Anlagen. Diese werden mit der geplanten Änderung der ASV zweckmässiger ausgestaltet. Die wenig nachvollziehbare Benachteiligung der Anlagestiftungen, die als Selbsthilfeorganisationen von Vorsorgeeinrichtungen Anlagen für Letztgenannte tätigen, gegenüber den Anlagemöglichkeiten ihrer eigenen Anleger, wird nun zum Grossteil korrigiert.

In der Medienmitteilung vom 14. September 2018 schreibt der Bundesrat, dass die Anlagemöglichkeiten von Anlagestiftungen erweitert und denen von Anlagefonds angeglichen werden sollen. Aus der Sicht des sgv soll nicht die Angleichung an die Fondsregelung das Ziel der Änderung der ASV sein, sondern die Herstellung von adäquaten und sinnvollen Regelungen für Anlagestiftungen. Dass die Anlagefonds in Teilen zweckmässigere Regelungen aufweisen und die angepassten ASV-Regelungen gemäss geplanter Änderung der ASV nun ähnlich lauten, ist einfach nur das Resultat einer zweckmässigeren Regelung.

Der Bundesrat schreibt in den Erläuterungen, dass zwischenzeitlich ein limitierter Revisionsbedarf sichtbar geworden sei. Er nennt als Beispiel den Bereich des Wertschriftensparens in der Säule 3a. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese (und auch andere) Änderung nicht aufgrund der Entwicklung auf den Märkten notwendig geworden ist. Vielmehr muss die schon seit Erlass der ASV unzweckmässige Bestimmung korrigiert werden. Allen Stiftungen war bislang gemeinsam, dass nach



Art. 50 Abs. 4 BVV 2 die Anlagemöglichkeiten erweitert werden durfte – selbst den 3a-Stiftungen war dies schon immer erlaubt. Alleine den Anlagestiftungen war dies aufgrund nicht nachvollziehbarer Argumente verwehrt. Das Verbot nur für Anlagestiftungen muss als konzeptionell falsch bezeichnet werden. Die geplanten, äusserst wesentlichen Änderungen der ASV können auch deshalb kaum als nur limitiert bezeichnet werden. Der grosse Umfang sowie die relativ kurze Zeit seit Erlass für solche weitreichenden Änderungen deuten eher darauf hin, dass die ASV-Bestimmungen schon zu Beginn in Teilen mangelhaft waren.

#### II. Zu einzelnen Artikeln

Art. 5 Abs. 2: Zur Vermeidung von Unsicherheiten sollte präzisiert werden, dass insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen die Arbeitnehmenden der Stifterin BVG-versichert sind, als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten. Eine solche wirtschaftliche Verbundenheit könnte unter anderem darin gesehen werden, dass die Stifterin Beitragsleistungen an die Vorsorgeeinrichtung leistet (Art. 66 Abs. 1 BVG) und im obersten Organ vertreten ist (Art. 51 Abs. 1 BVG). Formulierungsvorschlag:

Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlegerversammlung gewählt. Dabei dürfen die Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und Personen, die mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem Drittel des Stiftungsrates vertreten werden. Als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen Arbeitnehmende der Stifterin versichert sind. Die Anlegerversammlung kann ihr Recht, das Präsidium zu wählen, in den Statuten auf den Stiftungsrat übertragen.

Art. 5 Abs. 3 <u>neu</u>: Je nach Grösse des Stiftungsrates können ein oder mehrere unterjährige Austritte gepaart mit Abwesenheiten gewählter Stiftungsräte dazu führen, dass letztlich ein paar wenige Mitglieder über einzelne – allenfalls weitreichende – Traktanden abstimmen. Will man solche Situationen vermeiden, müsste man unterjährige Vakanzen im Stiftungsrat mittels ausserordentlicher Anlegerversammlung beheben. Dies bedeutet einen grossen administrativen Aufwand, in dem nur wegen einer Ersatzwahl in den Stiftungsrat eine ausserordentliche Anlegerversammlung einberufen werden muss. Mit einem interimistischen Ernennungsrecht der Stifterin und einer Bestätigungswahl durch die Anlegerversammlung können solche Spezialsituationen vermieden werden. Vorschlag sgy:

Die Statuten können der Stifterin oder deren Rechtsnachfolgerin das Recht zuerkennen, eine Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrates zu ernennen. Diese Personen sind an der nächsten Anlegerversammlung mittels Wahl gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c zu bestätigen.

Art. 7 Abs. 3: Aus dem Verordnungstext sollte klar hervorgehen, dass sich diese Bestimmung nur auf die Delegation von substantiellen Aufgaben an Dritte bezieht. Die Delegation von Routineaufgaben muss von dieser Bestimmung ausgenommen sein, damit eine effiziente und zeitnahe Handlungsfähigkeit der Anlagestiftung gewährleistet bleibt. Vorschlag sgv:

An Dritte übertragene, wesentliche Aufgaben dürfen nur...

Art. 8 Abs. 2: Die neue Bestimmung liegt im Widerspruch mit Art. 53h Abs. 2 BVG, wonach der Stiftungsrat das geschäftsführende Organ ist. Vorschlag sgv:

Personen, die mit der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung

Art. 11 Abs. 3: Der OAK BV stehen bereits verschiedene Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflicht zur Verfügung. Diese haben repressiven oder präventiven Charakter und sind in Art. 62a BVG aufgelistet. Als für die Anlagestiftungen zentrale Bestimmung ist lit. c der Bestimmung zu nennen. Sie erlaubt der OAK BV die für die Aufsichtstätigkeit notwendigen Standards zu erlassen. Ein direktes



Einschreiten der Aufsicht wird erst notwendig, wenn es gilt, Missbräuche zu verhindern oder Unzulänglichkeiten zu beheben. Vorschlag sgy:

#### Zweiter Satz streichen

Art. 29 Abs. 1 lit. d ersetzen: Die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene lit. d ist zu streichen und durch eine neue zu ersetzen. Ein Verbot der Einzelpositionen-Überschreitungen nach lit. d ist nicht sinnvoll. Solange transparent dargestellt wird, welche Positionen in welchem Umfang entsprechend der gewählten Anlagestrategie überschritten werden, kann eine Vorsorgeeinrichtung ihr Gesamtengagement gegenüber einem Schuldner oder einer Gesellschaft berechnen und ihrerseits die Einhaltung Anlagebegrenzungen nach Art. 54 und Art. 54a BVV 2 prüfen oder sich ihrerseits auf die Ausnahmebestimmung von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 anrufen sofern der Entscheid betreffend Überschreitungen nach Art. 54 und / oder Art. 54a BVV 2 in der Jahresrechnung schlüssig dargestellt wird. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung wird eine wenig zweckmässige Einschränkung eingefügt, welche die Anlagestiftungen einmal mehr gegenüber den Fonds unnötig einschränkt. Vorschlag sgv:

lit. d streichen und neu: Die Kategorienbegrenzungen nach Art. 55 BVV 2 und die Begrenzungen von Forderungen gegenüber einzelnen Schuldnern und von einzelnen Gesellschaftsbegrenzungen nach den Art. 54 und 54a BVV 2 können überschritten werden, sofern:

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Hans Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat

Henrique Schneider stellvertretender Direktor

Min



Bundesamt für Sozialversicherungen Effingerstrasse 20 3003 Bern

Per Mail: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bern, 14. Dezember 2018

#### Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) teilnehmen zu können. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung.

#### 1 Allgemeine Bemerkungen

Der dritte Beitragszahler als Leistungsträger der 2. Säule ist ein zentraler Teil der Schweizerischen Altersvorsorge. Dieser wird gesetzlichen Regulierungen unterstellt um die Vorsorgevermögen der Versicherten vor Missbrauch durch überhöhte Risiken oder Vermögensverwaltungskosten zu schützen.

Die Anlagestiftungen sind im Rahmen der beruflichen Vorsorge Hilfseinrichtungen. Sie dienen dem Zweck der beruflichen Vorsorge (Art. 53g BVG) für die gemeinsame Anlage und Verwaltung von Vorsorgeguthaben. Damit verbunden ist eine nachhaltige und sichere Anlagetätigkeit der Vorsorgevermögen. Hierfür hat der Gesetzgeber klare Anlagevorschriften definiert. Dadurch sollen die Sicherheit und eine angemessene Risikoverteilung der Anlagen gewährleistet werden. Aufgrund des zurzeit schwierigen Kapitalmarktumfeldes schauen sich Vorsorgeeinrichtungen vermehrt nach neuen Anlagekategorien um. Zuweilen geht die Ausweitung der Anlagetätigkeit in so genannt "alternative" Anlagen jedoch neben höheren Verwaltungskosten auch mit einem erhöhten Kapitalmarktrisiko – und somit dem Risiko für die Vorsorgegelder der Versicherten – einher. Eine spekulative Anlagetätigkeit wirkt kostentreibend und ist weder im Sinne einer langfristigen Anlagetätigkeit der Pensionskassen noch der Versicherten.

#### 2 Bemerkungen zu den Änderungen der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Seit Inkrafttreten der Verordnung über die Anlagestiftungen am 1. Januar 2012 ist gemäss Bundesrat ein limitierter Revisionsbedarf vorhanden. Dabei soll in der Anlagestiftung die Stellung der Anlegerversammlung insgesamt gestärkt werden. Der Kern der Änderung in der Verordnung über die Anlagestiftungen besteht jedoch in der Anpassung der Begrenzung von Anlagekategorien. Insbesondere soll der Anteil der zulässigen alternativen Anlagen am Gesamtvermögen künftig ausgeweitet werden können. Dieser Teil wird vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund abgelehnt.

#### Stärkung der Governance von Anlagestiftungen ist positiv

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund begrüsst die Stärkung der Anlegerversammlung als oberstes Organ der Anlagestiftungen. Neben der Abschaffung der Möglichkeit, in den Statuten ein Ernennungsrecht des Stiftungsrats für die Stifterin vorzusehen, wird die Gewaltentrennung innerhalb der Organe der Anlagestiftung ebenfalls verschärft. Mit dem Verbot, dass natürliche oder juristische Personen, die mit der Geschäftsführung oder mit der Vermögensverwaltung betraut werden, gleichzeitig im Stiftungsrat Einsitz nehmen, können allfällige Interessenkonflikte (z.B. die Vergabe von Aufträgen) unterbunden werden. Die Anlegerversammlung ist so explizit für die Genehmigung der Reglemente betreffend Interessenkonflikte und Rechtsgeschäfte zuständig. Diese Änderungen sind materieller Natur und tragen dazu bei, die Transparenz sowie die Hierarchiestufen innerhalb der Anlagestiftungen klar zu definieren.

#### Ausweitung der Kategoriebegrenzung von alternativen Anlagen – teuer und riskant

Der SGB lehnt es ab, dass Anlagestiftungen künftig mehr in alternative Anlagen investieren können (Art. 29 Abs. 1 ASV «gemischte Anlagegruppen»). Die vorgeschlagene Ausweitung der nach Art. 55 BVV 2 beschriebenen Kategoriebegrenzungen für alternative Anlagen führt zu grösseren Risiken und höheren Verwaltungskosten.

Zu den alternativen Anlagen gehören heute beispielsweise Hedge Funds, Private Equity, Derivate, Rohstoffe, oder Infrastrukturen. Solche Anlagen gelten als risikoreiche Anlagen. Mit solchen Anlagen lassen sich im besseren Fall kurzfristig hohe Renditen erwirtschaften. Die Kosten – und in vielen Fällen auch die Risiken – sind in der Regel jedoch hoch. Daher sind sie für den langfristigen Anlagehorizont einer Pensionskasse ungeeignet. Oft sind Hedge Funds kaum reguliert und für die Anleger intransparent. Besonders im Bereich von «Private Equity», «Infrastrukturen» und nichtkotierten Anlagen gehen die Experteneinschätzungen weit auseinander, ob die nötige Liquidität für grössere Investitionen wie des PK-Vorsorgevermögens gegeben ist. Die Volatilität dieser Anlagen ist in Krisenjahren tendenziell hoch. Und die Rendite- sowie Risikoberechnung erweisen sich als äusserst komplex und unsicher.

Die Investitionen der Pensionskassen in alternative Anlagen werden heute mittels der oben genannten Verordnung (Art. 55 BVV 2) auf 15 Prozent begrenzt. Pensionskassenstudien (bspw. PK-Studie von Swisscanto) belegen jedoch, dass heute die Pensionskassen die Kategoriebegrenzung von alternativen Anlagen innerhalb ihres Anlageportfolios bei weitem nicht ausschöpfen. Der Anlass für eine Änderung der Kategoriebegrenzung ist somit nicht gegeben.

#### Keine Sonderbestimmungen für Anlagestiftungen der beruflichen Vorsorge

Obwohl Anlagestiftungen nur einen kleinen Anteil der Vermögen in Form von BVG-Vorsorgeeinrichtungen verwalten, bilden sie eine Art «Einkaufsgemeinschaft» von Anlagegruppen für einen weiten Teil von Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen oder autonomen Pensionskassen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellt in Frage, weshalb für Anlagestiftungen andere Anlagevorschriften gelten sollten. Denn es handelt sich dabei stets um die Vorsorgevermögen der Versicherten.

Nach Art. 28 Abs. 1 ASV sollen künftig Anlagegruppen die Möglichkeiten erhalten, in Infrastruktur und in «alternative Forderungen» auch ohne Kollektivanlagen zu investieren. Investitionen mittels Kollektivanlagen sind jedoch attraktiv: Durch das Zusammenlegen von Vermögenswerten in Anlagefonds ergeben sich Skaleneffekte, welche letztendlich zu erheblichen Kostenersparnissen bei der Verwaltung des Vermögens führen. Neben steuerlichen Vorteilen (Wegfall der Stempel-

steuern) ist eine breitere Diversifikation des Anlageportfolios möglich und reduziert die Anlagerisiken. Die vorgeschlagene Änderung erhöht den Anreiz für Investitionen in risikoreiche alternative Anlagen. Aus diesen Gründen lehnt der Schweizerische Gewerkschaftsbund die Änderung ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Vania Alleva

Vizepräsidentin

Giorgio Tuti Vizepräsident Daniel Lampart

Leiter SGB-Sekretariat und Chefökonom



Par e-mail

(joseph.steiger@bsv.admin.ch)

Monsieur Joseph Steiger
Office fédéral des assurances sociales
Financement de la prévoyance professionnelle
Effingerstrasse 20
3008 Berne

Genève, le 14 décembre 2018

## Consultation sur la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement

Monsieur,

Nous nous référons à la consultation ouverte le 14 septembre 2018 sur une modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP), que globalement nous approuvons. Nous vous prions toutefois de trouver ci-après quelques propositions d'amélioration.

#### Critères auxquels une filiale dans la fortune de base doit répondre (art. 24, al. 2, let. a OFP)

Cet article définit les critères auxquels une filiale dans la fortune de base doit répondre et stipule qu'elle ne peut avoir son siège à l'étranger que si cela répond à un intérêt *prépondérant* de l'investisseur.

Nous suggérons de supprimer le mot *prépondérant* dans cet article, car il conduit en pratique à une incertitude juridique ; il apparaît par ailleurs comme une exigence trop élevée.

## Participation des fondations à une société anonyme suisse non cotée (art. 25, al. 1 OFP)

Selon cet article, les fondations peuvent participer ensemble à une société anonyme suisse non cotée uniquement si elles détiennent la totalité du capital-actions. Cette disposition, même allégée d'une participation minimum de 20% par fondation, continue de restreindre les possibilités de placement pour les fondations, ce qui n'est pas en ligne avec l'objectif du Conseil fédéral de les faire bénéficier de possibilités de placement aussi étendues que celles des fonds de placement. Il conviendrait ainsi de favoriser davantage la diversification des placements, surtout car les opportunités d'investissement se situent de plus en plus hors des marchés cotés.

A cette fin, nous suggérons de modifier cet article comme suit :

Plusieurs Les fondations peuvent participer ensemble à une société anonyme suisse non cotée à condition qu'elles détiennent ainsi la totalité du capital-actions.

#### Dépassement des limites en matière de biens immobiliers (nouvel art. 26b OFP)

Dans l'état actuel de la proposition du Conseil fédéral (nouvel art. 26a OFP), le dépassement des limites n'est autorisé que pour les participations visées aux art. 54 et 54a OPP 2 (i.e., limite par débiteur et limite en matière de participation).

Dans l'intérêt des investisseurs et afin d'élargir les possibilités de placement des fondations, la possibilité de dépassement doit être étendue également aux placements dans les biens immobiliers, car ils font partie intégrante des placements autorisés des institutions de prévoyance (art. 53, al. 1, let. c OPP 2).

Par conséquent, nous proposons de rajouter un art. 26b OFP libellé comme suit :

Les limites en matière de biens immobiliers visées à l'art. 54b OPP 2 peuvent être dépassées par des groupes de placements lorsque ceux-ci ont été autorisés par le conseil de fondation.

#### Placement collectif étranger (art. 30 al. 3bis OFP)

Le nouvel art. 30, al. 3<sup>bis</sup> OFP amène une dérogation bienvenue à la limite de 20% pour l'investissement dans un placement collectif. Afin d'améliorer la sécurité juridique, une précision s'impose cependant, car la décision de placement peut être prise à un moment où une convention internationale est en vigueur, mais cette dernière peut être caduque au moment où la transaction est effectuée. Il faut ainsi préciser qu'une convention de coopération et d'échange de renseignements entre la FINMA et les autorités de surveillance étrangères concernées par la distribution doivent être en vigueur au moment de la décision de placement.

L'art. 30, al. 3bis OFP pourrait donc être complété comme suit :

La part d'un placement collectif étranger peut dépasser 20 % de la fortune du groupe de placements si ce placement est autorisé par une autorité de surveillance étrangère avec laquelle la FINMA a conclu, <u>au moment de la décision de placement</u>, une convention en vertu de l'art. 120, al. 2, let. e, de la loi du 23 juin 2006 sur les placements collectifs.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

ASSOCIATION DE BANQUES PRIVEES SUISSES

Le Directeur:

Le Directeur adjoint :

Bunan

Jan Langlo

Jan Bumann



Par courriel: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Office fédéral des assurances sociales Secteur Financement de la prévoyance professionnelle Effingerstrasse 20 3003 Berne

Lausanne, le 14 décembre 2018

# Consultation relative au projet de modification de l'Ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

Mesdames, Messieurs,

En date du 14 septembre 2018, votre Département a mis en consultation le projet de modification de l'OFP en invitant les cercles concernés à lui faire parvenir leur prise de position d'ici le 14 décembre 2018

Pour rappel, les buts principaux de notre association sont d'encourager en Suisse les activités liées à la titrisation immobilière, notamment celles développées par ses membres sous la forme de placements collectifs de capitaux et de fondations de placement, et de représenter leurs vues et intérêts auprès du gouvernement et d'autres instances suisses. En raison de son focus exclusif sur l'immobilier, COPTIS est convaincue de pouvoir apporter une valeur ajoutée particulière à cette consultation.

Après consultation interne auprès de nos membres, nous vous exposons ci-dessous la prise de position et les propositions de COPTIS pour le projet de modification de l'OFP.

#### I. Prise de position sur l'art. 4 al. 1 let. c (suppression de l'art. 5 al. 2 OFP)

COPTIS soutient la position de la KGAST qui propose que la fondatrice puisse continuer à nommer une minorité des membres (comme actuellement), mais que l'élection de ces derniers doive être ratifiée par l'assemblée des investisseurs ordinaire suivante.

#### II. Prise de position sur l'art. 8 al. 2

COPTIS comprend la volonté de réduire le risque de conflit d'intérêt en limitant fortement le rôle du fondateur et en imposant une stricte séparation entre le gestionnaire et le conseil de fondation. Cependant, COPTIS estime que certaines interdictions et limitations du projet sont disproportionnées et s'avéreront contre-productives.



Pour certaines fondations de placement, en particulier pour les fondations spécialisées sur un marché ou une stratégie de niche, les investisseurs ont investi dans la fondation parce qu'ils adhérent à la stratégie pensée, élaborée et développée et mise en place par la fondatrice, ainsi que dans l'exécution et le développement de cette stratégie par le gestionnaire que la fondatrice a choisi (et souvent créé à cette fin).

Ainsi les institutions de prévoyance attendent de la fondatrice et du gestionnaire qu'ils assument une responsabilité dans les décisions d'investissement en participant au conseil de fondation. La présence d'une ou plusieurs personnes en charge de la gestion ou de l'administration au sein du conseil de fondation est particulièrement utile et bénéficie aux investisseurs. Le gestionnaire constitue le moteur de la fondation et un conseil composé de membres totalement indépendants de la gestion se retrouve particulièrement emprunté au moment de prendre des décisions d'investissement en toute connaissance de cause.

Le conseil de fondation a l'obligation d'avoir une stratégie sur le long terme<sup>1</sup>. Or, en supprimant toute possibilité de contrôle de la fondatrice sur la gestion, la fondatrice ne pourra plus avoir de vision sur le long terme.

Les investisseurs qui acquièrent des parts d'une fondation par conviction dans la stratégie et les compétences de gestion qui leur sont offertes ne veulent pas par la suite avoir à se prononcer sur toutes les décisions de placement. S'ils délèguent la gestion et l'administration d'une partie de leur fortune, c'est justement pour ne pas avoir à la gérer eux-mêmes. La présence au conseil de fondation de membres des organes des caisses de pension investisseurs pose un problème de conflit d'intérêt au sein de l'investisseur, s'agissant de l'indépendance du contrôle que ce dernier doit porter sur les décisions du conseil. D'autre part, un conseil de fondation composé uniquement de membres indépendants tant des investisseurs que de la fondatrice et du gestionnaire n'est pas à même de mener la politique d'investissement à laquelle les investisseurs ont souscrit et que la fondatrice a proposée.

COPTIS estime qu'étant donné que le droit de la fondatrice de nommer une minorité des membres est statutaire et que les investisseurs sont libres de modifier les statuts, ils gardent en tout temps le contrôle de la fondation. Partant, COPTIS est d'avis que la suppression de cette possibilité statutaire n'est pas apte à renforcer le rôle de l'assemblée des investisseurs et prévenir les conflits d'intérêt; elle est disproportionnée et consiste en définitive à supprimer une possibilité pour les investisseurs.

Le conseil étant l'organe de gestion de la fondation, avec la possibilité, mais non l'obligation, de déléguer, la possibilité d'avoir en son sein une ou plusieurs personnes en charge de la gestion se révèle utile lorsqu'il convient de discuter en détail le bienfondé de propositions de placement, en particulier lorsqu'il s'agit d'immeubles, qui par définition requièrent une étude préalable approfondie et multidisciplinaire et qui constituent dans chaque cas un investissement important et unique.

Enfin, sans pouvoir s'assurer un minimum de présence au sein du conseil et donc un minimum de contrôle sur la gestion, aucune société désireuse de mettre en œuvre une stratégie de placement ne lancera une fondation à ses propres risques, en particulier dans l'immobilier où la réalisation d'une stratégie nécessite plusieurs années. Elle se tournera vers d'autres formes de placement collectif, même si celles-ci sont

-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Exigences posées aux fondations de placement – Pratique de la Surveillance Prévoyance Professionnelle en matière d'exigences posées aux fondations de placement placées sous sa surveillance, novembre 2009, p. 24.



moins avantageuses pour les institutions de prévoyance. La conséquence du retrait de toute possibilité de prévoir un minimum de contrôle pour la fondatrice aura pour conséquence de mettre un terme à la création de nouvelles fondations de placement capables de créer de la valeur ajoutée, dont le domaine de la prévoyance a pourtant besoin.

#### **Proposition**

COPTIS estime qu'il convient de laisser la possibilité d'une répartition proportionnée au conseil de membres représentant la gestion, la fondatrice et les investisseurs. Dans ce sens, COPTIS propose de conserver les possibilités actuelles d'élire au conseil un maximum d'un tiers de personnes chargées de la gestion ou de l'administration de la fondation.

Avec la modification de l'art. 5 al. 2 P-OFP qui limiterait en tous les cas à un tiers au maximum le nombre de membres du conseil ayant un lien économique avec la fondatrice, COPTIS estime qu'il faudrait permettre que, parmi ce tiers, siègent des personnes chargées de la gestion.

#### Proposition alternative

COPTIS entend les inquiétudes de la CHS-PP au niveau de la surveillance des conflits d'intérêt et comprend qu'une majorité des fondations de placement, en particulier les grandes fondations historiques, saluent le projet de modification comme un retour à une conception traditionnelle, réelle ou supposée, des fondations de placement.

Afin de concilier ces intérêts divergents, COPTIS propose une solution d'opting in selon laquelle la banque dépositaire des fondations effectuerait des tâches de supervision. Ainsi, les fondations, actuelles ou nouvellement créées, pourraient prévoir statutairement que la fondatrice nomme une minorité des membres du conseil de fondation, y compris parmi les personnes chargées de la gestion, pour autant qu'un mandat de supervision avec la banque dépositaire soit conclu. Ce contrat pourrait faire l'objet d'un contrat-type validé par la CHS-PP, qui inclurait obligatoirement les contrôles suivants : (i) la réalité de la détention des actifs, (ii) la conformité des placements et (iii) la conformité de l'utilisation du résultat.

Une différence majeure avec les tâches de contrôle du réviseur est que la banque dépositaire effectuerait ses contrôles en permanence et en amont, prévenant d'éventuels écarts réglementaires en intervenant immédiatement lorsqu'elle aperçoit des irrégularités.

Cette solution aurait également l'avantage de correspondre à ce que prévoit la directive européenne en la matière. Celle-ci indique en effet que la supervision de la banque dépositaire se fait sur une base volontaire et contractuelle<sup>2</sup> et que le mandat comprend au moins les trois tâches énumérées ci-dessus<sup>3</sup>.

Une telle solution donnerait ainsi l'opportunité aux fondations de placement qui le souhaitent de conserver des possibilités de contrôle pour la fondatrice et un lien entre le gestionnaire et le conseil de fondation, sans que ce modèle ne vienne imposer un surcroît de réglementation prudentielle pour les fondations qui

-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Art. 33 al. 5 et 8 et art. 35 al. 3 de la Directive (UE) 2016/2341 du 14 décembre 2016 concernant les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> *Ibid.*, art. 35 al. 1 let. a et c.



s'accommoderont facilement des modifications à la composition du conseil. Elle permettrait d'assurer la conformité de la nouvelle réglementation au droit européen.

#### III. Prise de position sur l'art. 7 al. 2 et 3

COPTIS soutient la proposition de la KGAST qui veut que les restrictions à la délégation des tâches ne s'appliquent qu'aux tâches importantes.

#### IV. Prise de position sur l'article 8 al. 4

Dans le domaine immobilier en particulier, COPTIS est d'avis qu'il serait impraticable de voter sur les transactions avec des personnes proches. De plus, il ressort des consultations menées que les investisseurs ne désirent pas endosser cette responsabilité qui créerait une nouvelle question de conflit d'intérêt et d'indépendance au sein des organes des institutions de prévoyance investissant dans la fondation.

COPTIS propose de supprimer la modification prévue pour l'art. 8 al. 4 OFP.

#### V. Prise de position sur l'art. 11 al. 3

COPTIS soutient la proposition de la KGAST de supprimer le droit général que le projet de modification entend octroyer à l'autorité de surveillance.

#### VI. Prise de position sur l'article 20, al. 2bis et 2quarter

La simplification et clarification apportées par le projet sur l'évaluation des apports en nature est bienvenue. Cependant, le projet méconnaît le fait qu'il est fréquent que des parts de fonds de placements non cotés fassent l'objet d'un marché organisé par un teneur de marché (généralement un établissement bancaire suisse). Dans le cadre de ce marché, ledit teneur indique une valeur de marché du titre. Cette valeur de référence peut être supérieure ou inférieure à la valeur nette d'inventaire (VNI). Dès lors, la nouvelle règle de l'alinéa 2quater créerait artificiellement et sans motivation économique une dépréciation comptable des parts de tels fonds qu'une fondation acquerrait au dessus de la VNI.

COPTIS propose de compléter l'article 20, alinéa 2 quater comme suit : Pour les parts de fonds non cotés ou les créances des groupes de placements, elle se base sur la valeur d'inventaire nette correspondante. Pour les parts de fonds faisant l'objet d'un marché régulier, elle se base sur la valeur publiée par le teneur de marché.



#### VII. Prise de position sur l'article 27 al. 4 (proposition nouvelle)

COPTIS est favorable à l'accroissement et à la flexibilisation des possibilités de placement des fondations. Dans ce sens, COPTIS salue dans leur ensemble les modifications y relatives. Elle regrette cependant que les réflexions concernant l'inutilité d'imposer une double diversification n'ait pas été appliquée en matière immobilière. COPTIS estime que la limite des 15% contenue à l'article 27 al. 4 OFP devrait être augmentée à 25% afin d'accorder la même flexibilité aux valeurs immobilières qu'aux valeurs mobilières.

Cette augmentation de la limite par objet bénéficiera surtout aux fondations axées sur une stratégie de niche et dans lesquelles les institutions de prévoyance ne placent jamais plus de quelques pourcent de leur fortune. Le risque de concentration dans les portefeuilles finaux des assurés est donc très limité.

#### VIII. Prise de position sur l'article 28, al. 1, let. e

COPTIS salue le fait que les investissements dans les infrastructures soient désormais possibles comme investissement direct sans passer par d'autres placements collectifs.

#### IX. Sur l'ouverture du marché aux succursales de banques étrangères (art. 12 al. 1 et 23 al. 2)

De l'avis de COPTIS, cette ouverture du marché suisse aux banques étrangères paraît aller à l'encontre de la vocation exclusivement nationale des fondations de placement.

#### X. Sur le délai de transition (art 44b)

COPTIS est favorable au délai de deux ans pour l'adaptation des statuts mais propose de prolonger le délai de transition pour la composition et l'élection du conseil de fondation de deux à cinq ans.

Nous vous remercions de votre intérêt et restons à votre disposition pour de plus amples informations.

Avec nos meilleures salutations,

Pour COPTIS:

Manuel Leuthold

LThe

Président

Olivier Klunge

Responsable du Groupe de travail Fondations de

placement

# Formulaire de réponse à la consultation concernant le projet de modification de l'ordonnance sur les fondations de placement

#### Procédure de consultation du 14.09.2018 au 14.12.2018

#### Prise de position de

Nom / Entreprise / Organisation / Office	OPTIS, Association suisse des professionnels titrisation immobilière	
Abréviation de l'entreprise / organisation / o	office COPTIS	
Adresse	Avenue de la Rasude 2, 1006 Lausanne	
Personne à contacter	Olivier Klunge	
Téléphone	021 721 04 40	
E-mail	oklunge@pplex.ch	
Date	7 décembre 2018	

#### **Remarques importantes**

- 1. Veuillez indiquer vos coordonnées sur cette première page.
- 2. Utilisez une seule ligne du tableau 2 pour chaque article d'ordonnance.

Veuillez envoyer votre prise de position au format Word (et pas seulement au format PDF) d'ici le 14 décembre 2018 à l'adresse électronique suivante :

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; responsable suppléant du secteur Financement de la prévoyance professionnelle, Office fédéral des assurances sociales (OFAS).

# 1 Remarques générales

Pour rappel, les buts principaux de notre association sont d'encourager en Suisse les activités liées à la titrisation immobilière, notamment celles développées par ses membres sous la forme de placements collectifs de capitaux et de fondations de placement, et de représenter leurs vues et intérêts auprès du gouvernement et d'autres instances suisses ou étrangères. En raison de son focus exclusif sur l'immobilier, COPTIS est convaincue de pouvoir apporter une valeur ajoutée particulière à cette consultation.

# 2 Ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

#### Remarques générales

COPTIS comprend la volonté de réduire le risque de conflit d'intérêt en limitant fortement le rôle du fondateur et en imposant une stricte séparation entre le gestionnaire et le conseil de fondation. Cependant, COPTIS estime que certaines interdictions et limitations du projet sont disproportionnées et s'avéreront contre-productives.

COPTIS salue le fait que les investissements dans les infrastructures soient désormais possibles comme investissement direct sans passer par d'autres placements collectifs (28 al. 1 let. e P-OFP).

Articles	Commentaire / remarques	Proposition de modification (proposition)
4 al. 1 let. c P- OFP (art. 5 al. 2 OFP)	COPTIS soutient la position de la KGAST qui propose que la fondatrice puisse continuer à nommer une minorité des membres (comme actuellement), mais que l'élection de ces derniers doive être ratifiée par l'assemblée des investisseurs ordinaire suivante.	Conformément à la proposition de la KGAST.
8 al. 2 P-OFP	Pour certaines fondations de placement, en particulier pour les fondations spécialisées sur un marché ou une stratégie de niche, les investisseurs ont investi dans la fondation parce qu'ils adhérent à la stratégie pensée, élaborée et développée et mise en place par la fondatrice, ainsi que dans l'exécution et le développement de cette stratégie par le gestionnaire que la fondatrice a choisi (et souvent créé à cette fin). Ainsi les institutions de prévoyance attendent de la fondatrice et du gestionnaire qu'ils assument une responsabilité dans les décisions d'investissement et la stratégie en participant au conseil de fondation. La présence d'une ou plusieurs personnes en charge de la gestion ou de l'administration au sein du conseil de fondation est particulièrement utile et bénéficie aux investisseurs. Le gestionnaire constitue le moteur de la fondation et un conseil composé de membres totalement indépendants de la gestion se retrouve particulièrement emprunté au moment de prendre des décisions d'investissement en toute connaissance de cause.  Le conseil de fondation a l'obligation d'avoir une stratégie sur le long terme (Exigences posées aux fondations de placement — Pratique de la Surveillance Prévoyance Professionnelle en matière d'exigences posées aux fondations de placement placées sous sa surveillance, novembre 2009, p. 24.). Or, en supprimant toute	COPTIS estime qu'il convient de laisser la possibilité d'une répartition proportionnée au conseil de membres représentant la gestion, la fondatrice et les investisseurs. Dans ce sens, COPTIS propose de conserver les possibilités actuelles d'élire au conseil un maximum d'un tiers de personnes chargées de la gestion ou de l'administration de la fondation.  Avec la modification de l'art. 5 al. 2 P-OFP qui limiterait en tous les cas à un tiers au maximum le nombre de membres du conseil ayant un lien économique avec la fondatrice, COPTIS estime qu'il faudrait permettre que, parmi ce tiers, siègent des personnes chargées de la gestion.  Proposition alternative  COPTIS entend les inquiétudes de la CHS-PP au niveau de la surveillance des conflits d'intérêt et comprend qu'une majorité des fondations de placement, en particulier les grandes fondations historiques, saluent le projet de modification comme un retour à une conception traditionnelle, réelle ou supposée, des fondations de placement.  Afin de concilier ces intérêts divergents,

possibilité de contrôle de la fondatrice sur la gestion, la fondatrice ne pourra plus avoir de vision sur le long terme.

Les investisseurs qui acquièrent des parts d'une fondation par conviction dans la stratégie et les compétences de gestion qui leur sont offertes ne veulent pas par la suite avoir à se prononcer sur toutes les décisions de placement. délèguent la gestion et l'administration d'une partie de leur fortune, c'est justement pour ne pas avoir à la gérer eux-mêmes. La présence au conseil de fondation de membres des organes des caisses de pension investisseurs pose un problème de conflit d'intérêt au sein de l'investisseur, s'agissant de l'indépendance du contrôle que ce dernier doit porter sur les décisions du conseil. D'autre part, un conseil de fondation composé uniquement de membres indépendants tant des investisseurs que de la fondatrice et du gestionnaire n'est pas à même de mener la politique d'investissement à laquelle les investisseurs ont souscrit et que la fondatrice a proposée.

COPTIS estime qu'étant donné que le droit de la fondatrice de nommer une minorité des membres est statutaire et que les investisseurs sont libres de modifier les statuts, ils gardent en tout temps le contrôle de la fondation. Partant, COPTIS est d'avis que la suppression de cette possibilité statutaire n'est pas apte à renforcer le rôle de l'assemblée des investisseurs et prévenir les conflits d'intérêt; elle est disproportionnée et consiste en définitive à supprimer une possibilité pour les investisseurs.

Le conseil étant l'organe de gestion de la fondation, avec la possibilité, mais non l'obligation, de déléguer, la possibilité d'avoir en son sein une ou plusieurs personnes en charge de la gestion se révèle utile lorsqu'il convient de discuter en détail le bienfondé de propositions de placement, en particulier lorsqu'il s'agit d'immeubles, qui par définition requièrent une étude préalable approfondie et multidisciplinaire et qui constituent dans chaque cas un investissement important et unique.

Enfin, sans pouvoir s'assurer un minimum de présence au sein du conseil et donc un minimum de contrôle sur la gestion, aucune société désireuse de mettre en œuvre une stratégie de placement ne lancera une fondation à ses propres risques, en particulier dans l'immobilier où la réalisation d'une stratégie nécessite plusieurs années. Elle se tournera vers d'autres

COPTIS propose une solution d'opting in selon laquelle la banque dépositaire des fondations effectuerait des tâches de supervision. Ainsi. les fondations. actuelles ou nouvellement créées. pourraient prévoir statutairement que la fondatrice nomme une minorité des membres du conseil de fondation, y compris parmi les personnes chargées de la gestion, pour autant qu'un mandat supervision avec la banque dépositaire soit conclu. Ce contrat pourrait faire l'objet d'un contrat-type validé par la CHS-PP, qui inclurait obligatoirement les contrôles suivants : (i) la réalité de la détention des actifs, (ii) la conformité des placements et (iii) la conformité de l'utilisation du résultat.

Une différence majeure avec les tâches de contrôle du réviseur est que la banque dépositaire effectuerait ses contrôles en permanence et en amont, prévenant d'éventuels écarts réglementaires en intervenant immédiatement lorsqu'elle aperçoit des irrégularités.

Cette solution aurait également l'avantage de correspondre à ce que prévoit la directive européenne en la matière. Celle-ci indique en effet que la supervision de la banque dépositaire se sur une base volontaire contractuelle et que le mandat comprend au moins les trois tâches énumérées cidessus (Art. 33 al. 5 et 8, art. 35 al. 3 et art. 35 al. 1 let. a et c.de la Directive (UE) 2016/2341 du 14 décembre 2016 concernant les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle).

Une telle solution donnerait ainsi l'opportunité aux fondations de placement qui le souhaitent de conserver des possibilités de contrôle pour la fondatrice et un lien entre le gestionnaire et le conseil de fondation, sans que ce modèle ne vienne imposer un surcroît de réglementation prudentielle pour les fondations qui s'accommoderont facilement des modifications à la composition du conseil. Elle permettrait d'assurer la conformité de la nouvelle réglementation

	formes de placement collectif, même si celles-ci sont moins avantageuses pour les institutions de prévoyance. La conséquence du retrait de toute possibilité de prévoir un minimum de contrôle pour la fondatrice aura pour conséquence de mettre un terme à la création de nouvelles fondations de placement capables de créer de la valeur ajoutée, dont le domaine de la prévoyance a pourtant besoin.	au droit européen.
7 al. 2 et 3 P- OFP	COPTIS soutient la proposition de la KGAST qui veut que les restrictions à la délégation des tâches ne s'appliquent qu'aux tâches importantes.	Conformément à la proposition de la KGAST.
8 al. 4 P-OFP	Dans le domaine immobilier en particulier, COPTIS est d'avis qu'il serait impraticable de voter sur les transactions avec des personnes proches. De plus, il ressort des consultations menées que les investisseurs ne désirent pas endosser cette responsabilité qui créerait une nouvelle question de conflit d'intérêt et d'indépendance au sein des organes des institutions de prévoyance investissant dans la fondation.	COPTIS propose de supprimer la modification prévue pour l'art. 8 al. 4.
11 al. 3 P-OFP	COPTIS soutient la proposition de la KGAST de supprimer le droit général que le projet de modification entend octroyer à l'autorité de surveillance.	Conformément à la proposition de la KGAST.
20 al. 2bis et 2 quarter P-OFP	La simplification et clarification apportées par le projet sur l'évaluation des apports en nature est bienvenue. Cependant, le projet méconnaît le fait qu'il est fréquent que des parts de fonds de placements non cotés fassent l'objet d'un marché organisé par un teneur de marché (généralement un établissement bancaire suisse). Dans le cadre de ce marché, ledit teneur indique une valeur de marché du titre. Cette valeur de référence peut être supérieure ou inférieure à la valeur nette d'inventaire (VNI). Dès lors, la nouvelle règle de l'alinéa 2quater créerait artificiellement et sans motivation économique une dépréciation comptable des parts de tels fonds qu'une fondation acquerrait au dessus de la VNI.	· · ·
27 al. 4 P-OFP	COPTIS est favorable à l'accroissement et à la flexibilisation des possibilités de placement des fondations. Dans ce sens, COPTIS salue dans leur ensemble les modifications y relatives elle regrette cependant que les réflexions concernant	Augmenter la limite des 15% à 25%.

	l'inutilité d'imposer une double diversification n'ait pas été appliquée en matière immobilière. COPTIS estime que la limite des 15% contenue à l'article 27 al. 4 OFP devrait être augmentée à 25% afin d'accorder la même flexibilité aux valeurs immobilières qu'aux valeurs mobilières.	
	Cette augmentation de la limite par objet bénéficiera surtout aux fondations axées sur une stratégie de niche et dans lesquelles les institutions de prévoyance ne placent jamais plus de quelques pourcent de leur fortune. Le risque de concentration dans les portefeuilles finaux des assurés est donc très limité.	
12 al. 1 P-OFP	De l'avis de COPTIS, cette ouverture du marché suisse aux banques étrangères paraît aller à l'encontre de la vocation exclusivement nationale des fondations de placement.	Supprimer la modification
23 al. 2 P-OFP	Idem que ci-dessus	Supprimer la modification
44b P- OFP	COPTIS est favorable au délai de deux ans pour l'adaptation des statuts mais propose de prolonger le délai de transition pour la composition et l'élection du conseil de fondation de deux à cinq ans.	Prolonger le délai de transition pour la composition et l'élection du conseil de fondation de deux à cinq ans.



Per e-mail: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV Berufliche Vorsorge Herr Josef Steiger 3003 Bern Christian Münger +41 (0)58 360 78 30 Telefon +41 (0)58 360 78 24 Telefax E-Mail: christian.muenger@axa-im.com

Zürich, 13. Dezember 2018

# Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV); Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Steiger Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 14. September 2018 eröffnete Vernehmlassung zur Revision der ASV und reichen hiermit namens der AXA Investment Managers Schweiz AG unsere Stellungnahme ein.

#### 1. Zur AXA-Gruppe

Die Schweizer AXA-Versicherungsgesellschaften – AXA Versicherungen AG sowie deren Tochtergesellschaft AXA Leben AG ("AXA Schweiz") – gehören zum AXA-Konzern mit Sitz in Paris. AXA Schweiz ist der grösste Anbieter von Privatversicherungen und der zweitgrösste Anbieter von Lebensversicherungen in der Schweiz.

Die AXA Investment Managers Schweiz AG ("AXA IM") ist von der FINMA als Fondsleitung gemäss dem Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) bewilligt und beaufsichtigt. AXA IM gehört zur AXA-Investment Managers-Gruppe, die global in der institutionellen Vermögensverwaltung tätig und ebenfalls Teil des AXA-Konzerns ist. AXA IM verwaltet mit einem Team von rund 80 Mitarbeitenden vorwiegend Gelder der AXA Schweiz, von Pensionskassen, Anlagestiftungen und weiteren institutionellen Anlegern, teilweise direkt am Sitz in Zürich, teilweise durch Weiterdelegation an Schwestergesellschaften im Ausland. Ausserdem nimmt die AXA IM administrative Tätigkeiten und Geschäftsführungsaufgaben für die seit langem im Markt tätige Anlagestiftung Winterthur für Personalvorsorge AWi (Anlagevolumen ca. CHF 1,3 Milliarden) sowie für die 2018 neu gegründete AXA Anlagestiftung (geplantes Anlagevolumen ab 2019 ca. CHF 7 Milliarden) wahr.

Unsere Beurteilung der Revision erfolgt deshalb in erster Linie aus der Sicht eines Anbieters von Anlagelösungen (AXA IM), aber auch unter Berücksichtigung der Interessen von institutionellen Gründern von Anlagestiftungen (AXA Schweiz).



#### 2. Grundsätzliche Stossrichtung der Revision

Das <u>hauptsächliche Anliegen</u> der Revision, das eine Reduktion der Anlagebeschränkungen bzw. Flexibilisierung der Anlagemöglichkeiten für Anlagestiftungen sowie eine gewisse Angleichung an das Recht der kollektiven Kapitalanlegen anstrebt (Ziffer 1.2 des Erläuternden Berichts, Punkte 2, 3, 5 und 6), <u>ist zu begrüssen</u>.

Soweit sich Abweichungen nicht sachlich begründen lassen, sollten für Anlagestiftungen und Anlagegruppen tatsächlich dieselben oder zumindest ähnliche aufsichtsrechtliche Vorschriften gelten wie für Fondsleitungen und Fonds. Damit wird die Chancengleichheit der beiden regulierten Anlageformen (Anlagestiftungen nach BVG/ASV bzw. kollektive Kapitalanlagen nach KAG) am Markt für Vorsorgegelder so weit wie möglich gewährleistet, dies trotz der in der Schweiz bestehenden zwei Systeme mit zwei verschiedenen Aufsichtsbehörden (OAK BV bzw. FINMA). Eine grundsätzliche Wettbewerbsneutralität ("Level Playing Field") der Regulierungen für das Asset Management in Bezug auf Vorsorgevermögen ist anzustreben.

Einzelnen Änderungsvorschlägen stehen wir jedoch kritisch bis ablehnend gegenüber (vgl. nachstehend Ziffer 3).

#### 3. Einzelne Bestimmungen

Artikel 4 Absatz 1 E-ASV, Unübertragbare Aufgaben
Artikel 5 Absätze 2 und 3 E-ASV, Zusammensetzung und Wahl

<u>Die Streichung des Ernennungsrechts der Stifterin lehnen wir ab</u>. Die bisherige Wahlmöglichkeit, eine Stiftung mit oder ohne Ernennungsrecht der Stifterin zu gründen und auszugestalten, soll fortbestehen.

Die Gründung von Anlagestiftungen erfolgt in unterschiedlichen Kontexten. Verschiedene grössere Finanzdienstleister haben Anlagestiftungen im Zusammenhang mit ihrem breiten Angebot an Vorsorge- und Anlagelösungen gegründet und den Anlagestiftungen gar ihre Marke ("Brand") geliehen, um von den Vorzügen
dieser Anlageform aus Sicht von Kunden (Anlegern) und Anbietern zu profitieren. Diese für alle Beteiligten
attraktive Form der Zusammenarbeit von Anlagestiftungen und etablierten Finanzgruppen, wozu auch das
Ernennungsrecht der Stifterin beiträgt, soll erhalten bleiben, zumal die Erhöhung der Flexibilität eines der
Ziele der Revision ist (vgl. Medienmitteilung des Bundesrates vom 14. September 2018). Die rechtliche Unabhängigkeit der Anlagestiftungen bleibt auch bei der heutigen Lösung gewährt, umfasst das Ernennungsrecht doch nur die Minderheit der Stiftungsratsmitglieder. Im äussersten Fall können die Anleger bereits
heute die Statuten (mit Einverständnis der Aufsichtsbehörde) ändern und ein zuvor festgelegtes Ernennungsrecht der Stifterin wieder streichen.

Weniger kritisch stehen wir der Beschränkung, wonach höchstens ein Drittel der Stiftungsratsmitglieder mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sein dürfen, gegenüber. Dies setzt die Aufsichtsbehörde bei der Bewilligung neuer Anlagestiftungen bereits heute durch. Allerdings sollte die OAK BV in Zukunft nicht einer allzu strengen Praxis verfallen; zum Beispiel dürften ehemals mit der Stifterin verbundene Personen oder gelegentliche Berater der Stifterin, die mitunter grosses Fachwissen und viel Erfahrung in den Stiftungsrat einbringen, bei der Anwendung dieser Quotenbeschränkung nicht angerechnet werden. Allenfalls ist das in der Verordnung klarzustellen.

Im Falle der von uns bevorzugten Beibehaltung des Ernennungsrechts verschieben sich die einzelnen Absätze des Artikels 5 E-ASV.



#### Artikel 7 Absätze 2 und 3 E-ASV, Übertragung von Aufgaben

Die Übertragung von Aufgaben durch regulierte Finanzdienstleister gibt immer wieder zu Diskussionen Anlass. Für Banken und Versicherungen gilt heute das FINMA Rundschreiben 2018/03, für Fondsleitungen Art. 66 KKV-FINMA (der jedoch im Zuge der Einführung von FIDLEG/FINIG in die FINIV überführt werden soll; vgl. die parallel laufende Vernehmlassung zu FIDLEV, FINIV und KKV). Eine gewisse Konsistenz dieser für beaufsichtigte Finanzintermediäre wichtigen, die Aufgabenorganisation betreffenden Bestimmungen ist anzustreben.

Bewährt haben sich die für Fondsleitungen massgeblichen Bestimmungen von Art. 66 KKV-FINMA, insbesondere die Trennung von wesentlichen und weniger wesentlich Aufgaben (nebst den nicht übertragbaren), wobei die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (nur) bei der Auslagerung von wesentlichen Aufgaben zum Tragen kommen. Diese Unterscheidung ist sinnvoll und sollte mit einer entsprechenden Anpassung des Verordnungstextes verdeutlicht werden.

Deshalb unterbreiten wir Ihnen folgenden Formulierungsvorschlag:

#### Art. 7 Abs. 2 E-ASV [

<sup>2</sup> Sofern es sich nach Gesetz und Satzungen übertragbare Aufgaben handelt, kann der Stiftungsrat diese an Dritte übertragen. Bei der Übertragung wesentlicher Aufgaben müssen zusätzlich zu Absatz 1 folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- a. Aufgehoben
- b. [...]
- c. [...]
- d. Aufgehoben

Artikel 8 E-ASV, Vermeidung von Interessenkonflikten, Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden

Ablehnend gegenüber stehen wir der Verschärfung, wonach eine vollständige Trennung von Stiftungsrat einerseits und Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung sicherzustellen ist. Für die Begründung verweisen wir im Wesentlichen auf diejenige, die wir zu den Art. 4 und 5 E-ASV angeführt haben (vgl. oben).

Um Stiftern und Anlagestiftungen grösstmögliche Flexibilität in ihrer Ausgestaltung zu gewähren, sollte die Möglichkeit beibehalten werden, auch Personen die mit der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung betraut sind, in den Stiftungsrat zu wählen. Mit der bestehenden Einschränkung, dass diese Personen maximal einen Drittel der Stiftungsratsmitglieder ausmachen dürfen, ist der Unabhängigkeit des Stiftungsrates und den erforderlichen "Checks and Balances" genüge getan. Ausserdem hat es die Anlegerversammlung in der Hand, im äussersten Fall bestimmte Stiftungsratsmitglieder nicht wieder zu wählen bzw. eine andere Zusammensetzung des Stiftungsrates vorzusehen.

Sollte der Vorschlag des Bundesrates übernommen werden, müsste zur Klärung im Verordnungstext (und nicht bloss in den Erläuterungen) festgehalten werden, dass diese Einschränkung für die Personen gemäss Art. 5 Abs. 2 ASV (in der aktuellen Fassung; Ernennungsrecht der Stifterin) nicht gilt.



Allenfalls – und dies im Sinne einer Zwischenlösung – könnte der Bundesrat am Ernennungsrecht der Stifterin festhalten und (nur) für den Fall, dass die Stifterin davon Gebrauch macht, ein Verbot vorsehen, wonach keine weiteren als die ernannten Stiftungsratsmitglieder (maximal ein Drittel) mit der Geschäftsführung, der Verwaltung oder der Vermögensverwaltung betraut sein dürfen. Eine Überschneidung von Stiftungsratsmitgliedern, die von der Stifterin ernannt werden, und solchen die mit der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung betraut sind, wäre danach möglich, eine Kumulation aber ausgeschlossen. In jedem Fall besteht die Möglichkeit und gilt die Begrenzung, dass höchstens ein Drittel der Stiftungsratsmitglieder mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sein darf.

#### 4. Schluss

Wir ersuchen Sie, unsere allgemeine Beurteilung und die konkreten Anträge bei der Revision der Anlagestiftungsverordnung zu berücksichtigen. Im Falle von Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**AXA Investment Managers Schweiz AG** 

André Ullmann Geschäftsführer Christian Münger Leiter Rechtsdienst



Office fédéral des assurances sociales Monsieur Joseph Steiger Responsable suppléant du secteur Financement de la prévoyance professionnelle Effingerstrasse 20 3003 Berne

joseph.steiger@bsv.admin.ch

Paudex, le 21 novembre 2018 SHR/sul

# Consultation fédérale – Modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

Monsieur,

Nous avons pris connaissance de la consultation mentionnée sous rubrique et vous transmettons ci-après notre prise de position.

Les fondations de placement sont des fondations au sens des art. 80 ss CC. Elles sont constitu es pour la gestion et l'administration commune de la fortune de la pr vo ance professionnelle. Le cercle de leurs investisseurs se limite aux institutions qui servent à la prévoyance professionnelle.

La r vision de l'OFP propos e par le Conseil fédéral de la réglementation se concentre sur l'extension des possibilit s d'investissements et la pr vention des conflits d'int r ts.

L investissement des avoirs confi s aux fondations de placement fait I objet de dispositions spécifiques dans I OFP; il ob it pour le reste aux r gles de I OPP 2. En la matière, les fondations de placement sont ainsi, pour I essentiel, soumises aux m mes r gles ue les institutions de pr vo ance (leurs investisseurs). L avant-projet étend les possibilités d investissement des fondations de placement en autorisant de nouveaux d passements des limites de placement de I OPP 2 (limites par débiteur, limites par catégorie de placement et limites en matière de participation). La nouvelle ordonnance est ainsi plus souple que I ordonnance actuelle, notamment en ce ui concerne les groupes de placement mixtes. Ces assouplissements se justifient. La Conférence des administrateurs de Fondations de placement (CAFP) rel ve toutefois u il faudra n anmoins veiller ce ue les actifs mixtes des fondations de placement puissent également être utilisés comme éléments constitutifs (« Bausteine ») et non pas seulement comme solutions globales avec des restrictions très étroites (voir communiqué du 14 septembre 2018).

L avant-projet hausse les exigences en mati re de conflit d int r ts, notamment en revo ant la composition du conseil de fondation, I organe de gestion de la fondation de placement. Le durcissement des r gles I gales sur les conflits d int r ts reprend la prati ue de l autorit chargée de la surveillance des fondations de placement depuis 2012. A noter que certaines fondations de placement respectent déjà à notre sens les nouvelles dispositions.

Route du Lac 2 1094 Paudex Case postale 1215 1001 Lausanne T +41 58 796 33 00 F +41 58 796 33 11 info@centrepatronal.ch

Kapellenstrasse 14 Postfach 3001 Bern T +41 58 796 99 09 F +41 58 796 99 03 cpbern@centrepatronal.ch Le Conseil fédéral a ainsi choisi de codifier les solutions dégagées par la pratique. Nous n avons pas d objection au projet de modification de l OFP tel ue propos par le Conseil fédéral. Pour les milieux concernés, une adaptation de la loi en vigueur est en effet nécessaire sur certains points et donne plus de souplesse.

Pour le surplus, nous renvoyons aux avis des milieux concernés.

\* \* \*

En vous remerciant de l'attention ue vous porterez ces lignes, nous vous prions d'agr er, Monsieur, nos salutations distinguées.

Centre Patronal

Sandrine Hanhardt Redondo

## Formulaire de réponse à la consultation concernant le projet de modification de l'ordonnance sur les fondations de placement

#### Procédure de consultation du 14.09.2018 au 14.12.2018

#### Prise de position de

Nom / Entreprise / Organisation / Office	Centre Patronal
Abréviation de l'entreprise / organisation / office	СР
Adresse	Route du Lac 2, 1094 Paudex
Personne à contacter	S. Hanhardt Redondo
Téléphone	+41 58 796 33 00
E-mail	shanhardt@centrepatronal.ch
Date	21.11.2018

#### **Remarques importantes**

- 1. Veuillez indiquer vos coordonnées sur cette première page.
- 2. Utilisez une seule ligne du tableau 2 pour chaque article d'ordonnance.

Veuillez envoyer votre prise de position au format Word (et pas seulement au format PDF) d'ici le 14 décembre 2018 à l'adresse électronique suivante :

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; responsable suppléant du secteur Financement de la prévoyance professionnelle, Office fédéral des assurances sociales (OFAS).

### 1 Remarques générales

Les fondations de placement sont des fondations au sens des art. 80 ss CC. Elles sont constituées pour la gestion et l'administration commune de la fortune de la prévoyance professionnelle. Le cercle de leurs investisseurs se limite aux institutions qui servent à la prévoyance professionnelle.

La révision de l'OFP proposée par le Conseil fédéral de la réglementation se concentre sur l'extension des possibilités d'investissements et la prévention des conflits d'intérêts.

L'investissement des avoirs confiés aux fondations de placement fait l'objet de dispositions spécifiques dans l'OFP; il obéit pour le reste aux règles de l'OPP 2. En la matière, les fondations de placement sont ainsi, pour l'essentiel, soumises aux mêmes règles que les institutions de prévoyance (leurs investisseurs). L'avant-projet étend les possibilités d'investissement des fondations de placement en autorisant de nouveaux dépassements des limites de placement de l'OPP 2 (limites par débiteur, limites par catégorie de placement et limites en matière de participation). La nouvelle ordonnance est ainsi plus souple que l'ordonnance actuelle, notamment en ce qui concerne les groupes de placement mixtes. Ces assouplissements se justifient. La Conférence des administrateurs de Fondations de placement (CAFP) relève toutefois qu'il faudra néanmoins veiller à ce que les actifs mixtes des fondations de placement puissent également être utilisés comme éléments constitutifs (« Bausteine ») et non pas seulement comme solutions globales avec des restrictions très étroites (voir communiqué du 14 septembre 2018).

L'avant-projet hausse les exigences en matière de conflit d'intérêts, notamment en revoyant la composition du conseil de fondation, l'organe de gestion de la fondation de placement. Le durcissement des règles légales sur les conflits d'intérêts reprend la pratique de l'autorité chargée de la surveillance des fondations de placement depuis 2012. A noter que certaines fondations de placement respectent déjà à notre sens les nouvelles dispositions.

Le Conseil fédéral a ainsi choisi de codifier les solutions dégagées par la pratique. Nous n'avons pas d'objection au projet de modification de l'OFP tel que proposé par le Conseil fédéral. Pour les milieux concernés, une adaptation de la loi en vigueur est en effet nécessaire sur certains points et donne plus de souplesse.

Pour le surplus, nous renvoyons aux avis des milieux concernés.

2 Ordonnance sur les fondations de placement (OFP)		
Remarqu	es générales	
Articles	Commentaire / remarques	Proposition de modification (proposition)



#### KONFERENZ DER KANTONALEN BVG- UND STIFTUNGSAUFSICHTSBEHÖRDEN CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE LPP ET DES FONDATIONS

Office fédéral des assurances sociales M. Joseph Steiger Effingerstrasse 20 3003 Berne

Lausanne, le 12 novembre 2018

## Consultation sur la modification de l'ordonnance sur les fondations de placement

Monsieur.

Nous nous référons au courrier daté du 14 septembre 2018 sur le sujet cité en marge et nous vous en remercions.

D'une manière générale, les autorités de surveillance LPP ont peu de contact avec les fondations de placement qui sont surveillées par la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle CHS PP. Dans ces conditions, nous ne pouvons que remarquer que les modifications proposées de l'ordonnance permettent de rapprocher les règles pour les fondations de placement à celles pour les caisses de pension (OPP 2), ce qui est une bonne solution.

Nous pouvons relever que le renforcement des prérogatives de l'assemblée des investisseurs et la prévention des conflits d'intérêts sont des éléments importants et positifs.

En réitérant nos remerciements de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur, nos meilleures salutations.

Conférence des autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations

Le Président :

Dominique Favre

Conférence des Autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations c/o Autorité de surveillance LPP et des fondations de Suisse occidentale, Avenue de Tivoli 2, case postale 5047, 1002 Lausanne

Von:Edith SiegenthalerAn:Steiger Josef BSV

Betreff: Evangelische Frauen Schweiz: Verzicht Vernehmlassung ASV

**Datum:** Freitag, 7. Dezember 2018 16:11:51

#### Sehr geehrter Herr Steiger,

besten Dank für die Einladung zur Stellungnahme über die Änderung der ASV. Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass die EFS beschlossen haben, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

Freundliche Grüsse

Edith Siegenthaler Leiterin Geschäftsstelle

#### **Evangelische Frauen Schweiz**

Scheibenstrasse 29
Postfach 189
3000 Bern 22
Tel. 031 333 06 08
geschaeftsstelle@efs.ch
www.efs-fps.ch
Anwesenheit Mittwoch, Donnerstag, Freitag



Bundesamt für Sozialversicherungen Joseph Steiger Effingerstrasse 20 3003 Bern

Per E-Mail an: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Zürich, 14. Dezember 2018

## STELLUNGNAHME ZUR VERNEHMLASSUNG DER ÄNDERUNGEN DER VERORDNUNG ÜBER DIE ANLAGESTIFTUNGEN (ASV)

Sehr geehrter Herr Steiger

Am 14. September 2018 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zu den Änderungen der Verordnung über die Anlagestiftungen eröffnet.

Wir begrüssen die Angleichung der neuen Bestimmungen der Verordnung über die Anlagestiftungen an diejenige von kollektiven Kapitalanlagen.

Aus Governance Perspektive ist die Stärkung der Stellung der Anlegerversammlung zu begrüssen, indem diese neu den Stiftungsrat wählt (Art. 5 Abs. 2 E-ASV). Ebenso erachten wir die zweckmässigere Ausgestaltung der Diversifikationsbestimmungen bei den Anlagen und die Gewährleistung einer entsprechenden Transparenz gemäss Art. 26a E-ASV als Verbesserung. Ferner begrüssen wir die vorgesehene Möglichkeit, dass die Mischvermögen der Anlagestiftungen aufgrund der Lockerung der engen Anlagebandbreiten künftig als



«Bausteine» eingesetzt werden können und eine allfällige Überschreitung der Limiten für den Anleger transparent ausgewiesen wird (Art. 29 Abs. 1, Bst. d und e E-ASV).

Mögliche Kritikpunkte in der Umsetzung sehen wir in der Regelung, dass die Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und Personen, die mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem Drittel des Stiftungsrates vertreten sein dürfen. Der Stiftungsrat wird somit ein reines Aufsichtsgremium, da er zudem nach Art. 8 Abs. 2 E-ASV keine Aufgaben in der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung mehr ausführen darf. Kleinere Anlagestiftungen werden Schwierigkeiten haben, diese Gewaltentrennung zu verfolgen. Dennoch überwiegen gesamthaft die Vorteile der Änderungen im Sinne einer guten Corporate Governance durch die personelle Trennung von Stiftungsrat und Geschäftsführung, Verwaltung und Vermögensverwaltung.

Eine zweckmässige und sachgerechte Ausgestaltung der Bestimmungen liegt im Interesse der Anlagestiftungen und der Anleger sowie auch im Interesse der Revisionsstellen. Da Teile der geplanten Änderungen der ASV sehr dringlich sind, unterstützt EXPERTsuisse eine zügige Behandlung durch den Bundesrat und eine Inkraftsetzung der anzupassenden Verordnungsbestimmungen innerhalb einer nützlichen Frist.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse EXPERTsuisse

Dr. Thorsten Kleibold

Mitglied der Geschäftsleitung

Patrik Schaller

Präsident Subkommission BVG



Secrétariat général

Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset

joseph.steiger@bsv.admin.ch

Département fédéral de l'intérieur Secrétariat général SG-DFI Inselgasse 1 CH-3003 Berne

Genève, le 4 décembre 2018 3452/AX - FER No 41-2018

#### Modification de l'ordonnance sur les fondations de placement (OFP)

Monsieur le Conseiller fédéral.

Nous vous remercions de nous avoir consultés concernant les objets susmentionnés et nous nous permettons de vous transmettre ci-après nos considérations.

Pour rappel, la Fédération des Entreprises Romandes (FER) est une association patronale faîtière romande représentant plus de 42'000 entreprises.

#### En préambule :

Nous comprenons la nécessité de réviser l'Ordonnance pour renforcer le rôle de l'investisseur (articles 4, 5, et 8) et de l'adapter aux possibilités de choix offertes dans le cadre des plans 1e, introduites à l'occasion de la modification du 18 décembre 2015 de la loi sur le libre passage.

#### Gouvernance:

Nous saluons ici les changements proposés qui renforcent la protection des investisseurs en leur permettant d'élire le Conseil de fondation après que la Fondatrice ait nommé le premier Conseil.

Cependant, afin d'assurer un maximum de sécurité, notamment concernant les apports en nature et/ou en actifs non cotés, il nous paraîtrait important que le Conseil suivant, nommé par les investisseurs, valide les transactions déjà effectuées. Une autre alternative serait d'imposer un minimum de deux experts indépendants pour valider de telles transactions.

#### Extensions des limites de placement :

Sur cet objet, les améliorations relatives à la transparence et de la communication sont également saluées.

En revanche, concernant l'avoir de vieillesse administré au sein des fondations de libre passage, voire de placement 3<sup>ème</sup> pilier A, notre Fédération pense que la loi devrait protéger davantage la personne détentrice dudit avoir et, à long terme, la collectivité toute entière en veillant à l'autonomie financière de sa population.

Un avoir de libre passage en particulier est une composante essentielle de la politique suisse en matière de prévoyance vieillesse, invalidité et décès qui repose sur notre système de prévoyance. Il a pour l'essentiel été constitué de cotisations épargne de l'employeur, de l'assuré et des intérêts. A ce titre, notre Fédération considère que l'ordre juridique doit veiller à assurer la sécurité de la réalisation de ces buts de prévoyance.

Bien qu'elles ne soient pas concernées ici, les institutions de prévoyance, du fait de leur gestion paritaire et des extensions de placement déjà existantes, maîtrisent davantage les risques. Une institution de prévoyance agit à titre fiduciaire et a pour seul engagement de défendre l'intérêt de ses assurés. Elle doit, dans ce cadre, prouver de façon concluante, dans l'annexe de ses comptes annuels, qu'elle respecte les alinéas 1 à 3 de l'article 50 de l'OPP2 lorsqu'elle déroge aux limites par catégorie de placement (art. 55 OPP2). Ce n'est d'ailleurs que la structure de ses engagements sur le long terme qui lui permet d'avoir une stratégie de placement avec un profil de rendement/risque plus élevé. C'est sans doute pour cela qu'en pratique il existe très peu d'institutions de prévoyance qui possèdent une part de placements en actions dépassant les 50 % de la fortune totale.

Concernant le 3<sup>ème</sup> pilier A, non obligatoire, mais faisant partie intégrante de notre système des 3 piliers, notre Fédération considère qu'il appartient à l'ayant droit de se déterminer librement et en toute connaissance de conséquences, car il est très risqué de dépasser les limites admises (cf. p.ex. art. 55 OPP2).

Enfin, dans la même préoccupation de ne pas accroître de manière inconsidérée le risque de l'investisseur, notre Fédération n'est pas enthousiaste à la proposition de modification de l'article 26a, al. 1, let.b du projet consistant à passer de 10 à 20 % de la fortune par contrepartie pour les fondations de libre passage.

En vous remerciant de votre attention, nous vous souhaitons bonne réception de la présente et vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre parfaite considération.

Blaise Matthey Secrétaire général

Luc Abbé-Decarroux Directeur général adjoint

FER Genève

Von: <u>therese.vogt@inter-pension.ch</u>

An: <u>Steiger Josef BSV</u>

Betreff: Vernehmlassungsverfahren Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Datum: Donnerstag, 22. November 2018 07:25:47

Anlagen: <u>image001.ipg</u>

#### Sehr geehrter Herr Steiger

Vielen Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme vom 14.9.2018 betreffend obgenannte Verordnungsänderung. Der Vorstand hat die Änderungen geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass seitens inter-pension keine Stellungnahme eingereicht wird. Grund dafür ist, dass die Änderungen die (teil)autonomen Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen der beruflichen Vorsorge nicht betreffen.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme. Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse/Meilleures salutations

#### **Therese Voat**

Geschäftsstelle | secrétariat



Interessengemeinschaft autonomer Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen Communauté d'intérêts des institutions de prévoyance autonomes collectives et communes

inter-pension, Gutenbergstrasse 21, 3011 Bern | T 079 637 65 16 | info@inter-pension.ch | www.inter-pension.ch



Bundesamt für Sozialversicherungen BSV Herr Joseph Steiger Effingerstrasse 20 CH-3003 Bern

#### Dr. Armin Kühne

Rechtsanwalt | Partner eingetragen im Anwaltsregister

Direktwahl: +41 58 200 39 20 armin.kuehne@kellerhals-carrard.ch

Zürich, 12. Dezember 2018

AKU/Vernehmlassungseingabe BSV\_Überarbeitung\_V3 (8197752) - Kopie.docx

#### Teilrevision der Anlagestiftungsverordnung (ASV)

Sehr geehrter Herr Steiger Sehr geehrte Damen und Herren

Ich beziehe mich auf die geplante Teilrevision der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) vom 10. und 22. Juni 2011 und die in diesem Zusammenhang durchgeführte Vernehmlassung bis 14. Dezember 2018.

Sie erhalten hiermit namens und im Auftrag der Anlagestiftung Steiner Investment Foundation, Zürich (nachfolgend "SIF") die folgende Vernehmlassung zu den geplanten Änderungen der ASV.

Beilage 1 Vollmacht

#### 1. Anlagegruppe mit Anlagen in Bauprojekte (Art. 27 Abs. 3 ASV)

#### 1.1 Geltende Rechtsgrundlagen

Gemäss Art. 27 Abs. 3 ASV dürfen, ausser bei Anlagegruppen mit ausschliesslicher Anlage in Bauprojekte, Bauland angefangene Bauten sowie sanierungsbedürftige Objekte gesamthaft höchstens 30% des Vermögens der Anlagegruppe betragen. Diese Regelung bezieht sich gemäss Wortlaut der Bestimmung auf Anlagegruppen mit Bestandes-Liegenschaften und enthält keine Regelung für Bauprojekt-Anlagegruppen. Für Bauprojekt-Anlagegruppen enthält die ASV keine Regelungen betreffend die erforderlichen Mindest- und Maximalquoten von Bauprojekten. Die fehlenden Regelungen für Bauprojekt-Anlagegruppen werden denn auch in der Literatur bemängelt.<sup>1</sup>

Die maximale Quote von 30% bei Anlagegruppen für Bestandes-Liegenschaften von Anlagestiftungen wurde von der Regelung für Immobilienfonds im Kollektivanlagen-

 $<sup>^{1}</sup>$  André Kuhn, Die Finanzierung von Immobilien-Projektentwicklungen durch Anlagestiftungen, Zürich 2018, Rz. 512 ff.

recht entnommen (Art. 87 Abs. 3 KKV). Wird bei Immobilienfonds die Quote für Bauprojekte von 30% des Fondsvermögens überschritten, muss im Kollektivanlagenrecht die Rechtsform der Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen (KmGK) gemäss Art. 98 ff. KAG gewählt werden. Ausserdem besteht bei Immobilienfonds die Möglichkeit, den Anlegerkreis auf qualifizierte Anleger gemäss Art. 10 Abs. 3, 3bis und 3ter KAG zu beschränken mit der Rechtsfolge, dass die FINMA den Immobilienfonds von bestimmten Vorschriften des KAG und damit auch von den einschränkenden Risikoverteilungsvorschriften gemäss Art. 87 KKV befreien kann (Art. 10 Abs. 5 KAG).

Die Regelung für Anlagestiftungen wird damit begründet, dass Bauprojekte oft unvorhergesehene Kosten aus Erstellungs- und Sanierungsarbeiten verursachen.<sup>2</sup> Da der Anlegerkreis einer Anlagestiftung per se auf Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und damit auf qualifizierte Anleger mit weniger hohem Schutzbedürfnis beschränkt ist, sollte jedoch auch aus Überlegungen des Anlegerschutzes (wie bei den Immobilienfonds gemäss KAG) mehr Flexibilität bestehen als bei Immobilienfonds für Publikumsanleger.

#### 1.2 Auslegung von Art. 27 Abs. 3 ASV

Im Rahmen der Auslegung von Art. 27 Abs. 3 ASV stellt sich die Frage, wie der Begriff "ausschliesslich" bei Anlagegruppen mit ausschliesslicher Anlage in Bauprojekte zu verstehen ist.

Die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) vertritt die Auffassung, dass Art. 27 Abs. 3 ASV dahingehend ausgelegt werden muss, dass bei Bauprojekt-Anlagegruppen 100% des Vermögens der Anlagegruppe in Bauprojekte investiert sein müssen. Realisierte Bauprojekte müssen nach Fertigstellung veräussert werden. Die einzige Alternative besteht nach Auffassung der OAK BV darin, nach der Fertigstellung von Bauprojekten den Anteil der noch nicht fertiggestellten Bauprojekte auf unter 30% zu reduzieren und die Anlagegruppe somit in eine klassische Immobilien-Anlagegruppe umzuwandeln. In allen übrigen Fällen liegt ohne Veräusserung der fertiggestellten Bauprojekte aus Sicht der OAK BV eine Verletzung von Art. 27 Abs. 3 ASV vor.

Der Begriff "ausschliesslich" kann jedoch nicht bedeuten, dass zu keinem Zeitpunkt fertiggestellte Bauten im Portfolio einer Bauprojekt-Anlagegruppe vorhanden sein dürfen. Wäre dies der Fall, würde im Zeitpunkt der Fertigstellung einer Baute unverzüglich eine Verletzung der Anlagevorschriften vorliegen, da der Verkauf einer Liegenschaft immer eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Ein Veräusserungszwang ist jedoch ohnehin häufig nicht im Anlegerinteresse.

Die OAK BV verlangt in der Praxis eine Regelung in den Anlagerichtlinien einer Bauprojekt-Anlagegruppe, dass die einzelnen Anlageobjekte innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss der baulichen Realisierung veräussert werden müssen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Erläuterungen zur Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV), S. 57.

Die aktuelle Auslegung von Art. 27 Abs. 3 ASV durch die OAK BV macht jedoch weder aus Gründen des Anlegerschutzes noch aus anderen Gründen Sinn und behindert den Aufbau des Anlageportfolios einer Bauprojekt-Anlagegruppe erheblich, da die realisierten Bauprojekte laufend wieder veräussert werden müssen.

#### 1.3 Begründung für den Anpassungsbedarf der ASV

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass in der ASV eine Regelung fehlt zur Fragestellung, ob es für Bauprojekt-Anlagegruppen eine Mindestquote für Bauprojekte und/oder eine Maximalquote für Bestandesliegenschaften gibt. Die erwähnte einschränkende Auslegung durch die OAK BV, wonach Art. 27 Abs. 3 ASV dahingehend ausgelegt werden muss, dass bei Bauprojekt-Anlagegruppen 100% des Vermögens in Bauprojekte investiert sein müssen, ist unseres Erachtens falsch, da die ASV schlicht keine Regelung zu dieser Frage enthält.

Diese Regelungslücke muss deshalb dringend geschlossen werden. Dabei sind insbesondere die Anlegerinteressen zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sind in erster Linie die folgenden Überlegungen wichtig:

- Das Risiko für die Anleger ist generell höher, je höher der Anteil der Bauprojekte im Vergleich zum Anteil der Bestandesliegenschaften ist. Durch die Strategie, in Bauprojekte zu investieren und die realisierten Objekte im Bestand zu halten, reduziert sich die Quote der Bauprojekte laufend und verringert sich auch das Risiko für die Anleger. Da Art. 27 Abs. 3 ASV eine 100%-ige Anlage in Bauprojekte bei entsprechender Deklaration explizit zulässt, muss auch eine Anlagegruppe mit ausschliesslicher Anlage in Bauprojekte zulässig sein, die ihren Anteil an risikoreicheren Bauprojekten laufend reduziert. Da sich der Charakter der Anlagegruppe bei Fertigstellung von mehreren Bauprojekten verändern kann, ist es selbstverständlich, dass zur Vermeidung einer Täuschung der Anleger und zur Sicherstellung der Transparenz gegebenenfalls die Bezeichnung der Anlagegruppe anzupassen ist, sofern die Quote von 30% dauerhaft unterschritten wird und die Anlagestrategie der Anlagegruppe durch den Stiftungsrat für die Zukunft geändert werden soll.
- Müssten die fertiggestellten Bauprojekte alle veräussert werden, ist es faktisch nicht möglich, die gemäss Art. 27 Abs. 4 ASV verlangten Diversifikationsvorschriften einzuhalten, wonach der Verkehrswert eines Grundstücks höchstens 15% des Vermögens der Anlagegruppe betragen darf. Es müssen laufend neue Bauprojekte in ausreichender Anzahl (welche den hohen Anlagequalitätsansprüchen zu genügen haben) für die Anlagegruppe erworben werden, was einerseits aufgrund der Marktsituation sehr schwierig ist und andererseits das Liquiditätsmanagement erheblich erschwert (siehe dazu auch Ziff. 2 nachstehend).
- Die Anlagegruppe wird für die von ihr erstellten oder sanierten Bauten am Markt zum Nachteil der Anleger einen tieferen Verkaufspreis erzielen, wenn alle Marktteilnehmer wissen, dass die Anlagestiftung einem Verkaufszwang unterliegt und ihre Anlageobjekte innerhalb eines gewissen Zeitraums veräussern muss.

- Mit Blick auf die Grundstückgewinnsteuer ist es nachteilig, wenn alle Anlageobjekte nach sehr kurzer Haltedauer verkauft werden müssen, da die Steuerbelastung mit kürzerer Haltedauer stark zunimmt.
- Bei Mietanlageobjekten führt ein Verkaufszwang aufgrund der geltenden Bilanzierungsvorschriften zu einer Schlechterstellung im Vergleich mit klassischen Immobilien-Anlagegruppen, da die Bauprojekt-Anlagegruppe höhere latente Steuern in Kauf nehmen muss. Dies führt sowohl im Zeitpunkt des Investitionsentscheids als auch später in der für die Anleger massgeblichen Nettoinventarwertberechnung zu einem erheblichen Nachteil von Bauprojekt-Anlagegruppen im Vergleich zu klassischen Immobilien-Anlagegruppen.
- Der Verkauf aller fertiggestellten Bauprojekte lässt die Kosten für die Anleger in die Höhe steigen, weil auf dem von ihnen investierten Kapital häufiger Transaktionsgebühren erhoben werden (Wiederanlageproblem).
- Die Anleger einer Anlagestiftung haben generell einen langen Anlagehorizont und sind an konstanten Renditen interessiert, um ihren Rentenverpflichtungen nachkommen zu können. Die Anlagegruppe für Anlagen in Bauprojekte ermöglicht den Anlegern beim Halten der realisierten Bauprojekte die Investition in verhältnismässig günstige, weil selber entwickelte Immobilienwerte, welche nach Abschluss der baulichen Realisierung eine konstante Rendite abwerfen. Müssen die Anlageobjekte nach Abschluss der baulichen Realisierung hingegen veräussert werden, verbleibt den Anlegern einzig der Entwicklergewinn, wobei die angestrebte konstante Rendite entfällt.
- Die Möglichkeit, die Bauprojekt-Anlagegruppe aufgrund des Veräusserungszwangs (unter der Voraussetzung einer Portfoliofertigstellungsquote von 70%) in eine klassische Immobilien-Anlagegruppe umzuwandeln, führt zu einem erheblichen Vertriebsnachteil der Bauprojekt-Anlagegruppe, da die Möglichkeit eines künftigen Umwandlungsbeschlusses zu Unsicherheiten bei den Investoren führt.

#### 1.4 Änderungsvorschlag für Anpassung der ASV

Da die ASV für Bauprojekt-Anlagegruppen keine Regelungen betreffend die erforderlichen Mindest- und Maximalquoten von Bauprojekten enthalten, müsste idealerweise eine entsprechende Regelung in die ASV aufgenommen werden. Inhaltlich wäre jedoch auch bereits eine konkretisierende Klarstellung in Art. 27 Abs. 3 ASV ausreichend, ohne dass zwingend eine neue Bestimmung erlassen werden oder Art. 27 Abs. 3 ASV generell neu formuliert werden muss.

In diesem Sinne beantragen wir, dass Art. 27 Abs. 3 ASV wie folgt angepasst werden sollte:

Art. 27 Abs. 3 ASV:

Ausser bei Anlagegruppen, die im Zeitpunkt des Investitionsentscheids ausschliesslich Bauprojekte erwerben, dürfen Bauland, angefangene Bauten sowie

sanierungsbedürftige Objekte gesamthaft höchstens 30 Prozent des Vermögens der Anlagegruppe betragen.

Diese leicht angepasste Formulierung von Art. 27 Abs. 3 ASV ist lediglich eine Präzisierung des bisherigen Wortlauts und zudem eine Klarstellung im Interesse der Anleger, weil damit klargestellt wird, dass erworbene Bauprojekte nach ihrer Fertigstellung nicht zwingend und zum Nachteil der Anleger veräussert werden müssen.

#### 2. Belehnung von Grundstücken (Art. 27 Abs. 5 und 6 ASV)

#### 2.1 Geltende Rechtsgrundlagen

Gemäss Art. 27 Abs. 5 ASV darf die Belehnungsquote von Grundstücken im Durchschnitt aller Grundstücke in einer Anlagegruppe einen Drittel des Verkehrswerts der Grundstücke nicht überschreiten. Diese Belehnungsquote darf nur ausnahmsweise und nur vorübergehend auf 50% erhöht werden, wenn dies im Reglement vorgesehen ist, zur Wahrung der Liquidität erforderlich ist und im Interesse der Anleger liegt.

Uns ist bekannt, dass die Reduktion der Belehnungsquote von 50% auf einen Drittel des Verkehrswertes der Grundstücke im Rahmen der Revision vom 6. Juni 2014 (in Kraft seit 1. Juli 2014) von mehreren Anlagestiftungen mit klassischen Immobilien-Anlagegruppen und auch von Seiten der Konferenz der Geschäftsführer von Anlagestiftungen KGAST stark kritisiert wurde. In der Tat schränkt diese Reduktion die erwünschte Flexibilität bei Immobilien-Anlagegruppen generell stark ein und erhöht das Risiko von allfälligen Notverkäufen.

#### 2.2 Besonderheiten bei Bauprojekt-Anlagegruppen

Im vorliegenden Schreiben weisen wir nachfolgend im Zusammenhang mit der Belehnungsquote schwerpunktmässig auf die Besonderheiten bei Anlagegruppen für Bauprojekte hin.

Das Liquiditätsmanagement von Bauprojekt-Anlagegruppen ist aus den folgenden Gründen besonders anspruchsvoll:

Während der Bauphase liegt ein relativ rasch ansteigender Bedarf an finanziellen Mitteln vor, welcher nur durch eine Flexibilisierung der Belehnungsquote adäquat behandelt werden kann. Eine niedrige Belehnungsquote führt nämlich zu relativ hohen Anforderungen an das Eigenkapital, um den hohen finanziellen Verpflichtungen bei Unterzeichnung des Werkvertrages für das Bauwerk gerecht zu werden. Diese Eigenkapitalmittelanforderungen haben dabei aktuell wirtschaftlich unerwünschte Negativzinsen im grösseren Ausmass zur Folge. Im Weiteren gestaltet sich unter operativen Gesichtspunkten die Mittelbeschaffung von Eigenkapital weitaus anspruchsvoller, da das Eigenkapital jeweils mittels eines zeitlich sehr aufwändigen Emissionsverfahrens bei den Anlegern beschafft werden muss. Im Vergleich dazu ist die Mittelbeschaffung via hypothekarischer Fremdfinanzierung operativ betrachtet wesentlich einfacher und flexibler, durch kurzfristige

Aufnahmen und Rückzahlungen zu handhaben und damit auch wesentlich wirtschaftlicher (neben dem Leverage-Effekt).

• Eine Vielzahl von Bauprojekten sind gemischte Arealüberbauungen, bei welchen regelmässig ein Teil des Grundstücks der Erstellung von langfristig zu haltenden Mietanlageobjekten dient. Der andere Grundstücksteil dient der Erstellung von Stockwerkeigentumswohnungen, welche während der Erstellungsphase verkauft werden. Mit der aktuell verordneten niedrigen Belehnungsquote von einem Drittel kann es beim Verkauf der Stockwerkeigentumswohnungen kurz- und mittelfristig zu erheblichen und wirtschaftlich sehr nachteiligen Liquiditätsüberschüssen (u.a. Negativzinsen und Wiederanlageproblem) von Eigenkapital kommen. Diese Liquiditätsüberschüsse von Eigenkapital können wiederum nur durch eine entsprechend kurzfristig rückzahlbare Fremdfinanzierung vermieden werden.

Aus diesen Gründen genügt bei Bauprojekt-Anlagegruppen die Möglichkeit der lediglich ausnahmsweisen und nur vorübergehenden Erhöhung der Belehnungsquote nicht bzw. führt zu erheblichen Schwierigkeiten im Liquiditätsmanagement.

Zusätzlich zu den Besonderheiten bezüglich des Liquiditätsmanagements bei einer Bauprojekt-Anlagegruppe ist zu beachten, dass die Anleger einer Anlagestiftung ausschliesslich als qualifizierte Anleger gelten und aufgrund des im Vergleich zu nicht qualifizierten Anlegern tieferen Schutzbedürfnisses angefragt werden könnten, ob sie in einem konkreten Fall einer Erhöhung der Belehnungsquote zustimmen. Dies entspricht dem Konzept nach deutschem Recht, wonach für auf qualifizierte Anleger beschränkte Spezial-AIF Abweichungen von den Anlagebedingungen zulässig sind, sofern die Anleger zustimmen (siehe § 284 des deutschen Kapitalanlagegesetzbuches KAGB).

Abweichungen von den Anlagevorschriften der ASV sollten ausserdem in Anlehnung an das deutsche Recht auch in anderen Bereichen generell durch Einführung einer allgemeinen Bestimmung zulässig sein, sofern sämtliche Anleger zustimmen.

#### 2.3 Änderungsvorschlag für Anpassung der ASV

Sofern Sie im Rahmen der Teilrevision der ASV nicht generell für Immobilien-Anlagegruppen eine Erhöhung der maximalen Belehnungsquote in Betracht ziehen, ersuchen wir Sie aus den vorstehend erwähnten Gründen vorzusehen, dass die Belehnungsquote auf 50% des Verkehrswerts der Grundstücke erhöht werden darf, sofern sämtliche Anleger zustimmen.

Wir beantragen deshalb, in Art. 27 Abs. 5 ASV den folgenden Satz zu ergänzen:

"Die Belehnungsquote darf auf 50% des Verkehrswerts der Grundstücke erhöht werden, sofern sämtliche Anleger zustimmen." Ausserdem beantragen wir, Art. 26 Abs. 9 ASV wie folgt zu ergänzen:

"Die Aufsichtsbehörde kann in begründeten Einzelfällen **oder bei Zustimmung sämtlicher Anleger** Abweichungen von den Vorschriften dieses Abschnitts zulassen und mit Auflagen verbinden."

#### 3. Schlussbemerkung

Wir haben die in diesem Schreiben eingebrachten Anliegen anlässlich von mehreren persönlichen Gesprächen mit Frau Dr. Vera Kupper Staub, Vizepräsidentin der OAK BV, besprochen. Sie teilt die in diesem Schreiben vorgebrachten Argumente und unterstützt die beantragten Anpassungen der ASV.

Bei allfälligen Fragen oder für eine Besprechung stehe ich Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Armin Kühne

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kellerhals Carrard Zürich KIG im Auftrag

der Anlagestiftung Steiner Investment

Foundation, Zürich

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KCZH

Adresse : Rämistrasse 5

Kontaktperson : Dr. Armin Kühne

Telefon : 058 200 39 20

E-Mail : armin.kuehne@kellerhals-carrard.ch

Datum : 12. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

- 1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.
- 2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

joseph.steiger@bsv.admin.ch ; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

## 1 Allgemeine Bemerkungen

Aus den Ausführungen im separaten Schreiben vom 12. Dezember 2018 ergibt sich, dass in der ASV eine Regelung fehlt zur Fragestellung, ob es für Bauprojekt-Anlagegruppen eine Mindestquote für Bauprojekte und/oder eine Maximalquote für Bestandesliegenschaften gibt. Die einschränkende Auslegung durch die OAK BV, wonach Art. 27 Abs. 3 ASV dahingehend ausgelegt werden muss, dass bei Bauprojekt-Anlagegruppen dauerhaft 100% des Vermögens in Bauprojekte investiert sein müssen, ist unseres Erachtens einerseits falsch und schadet andererseits den Anlegerinteressen.

Die geltende ASV enthält schlicht keine Regelung zu dieser Fragestellung. Diese Regelungslücke müsste deshalb geschlossen werden. Am dringendsten ist dabei die Klarstellung, dass sich Art. 27 Abs. 3 ASV und damit die Maximalquote von 30% nicht auf Bauprojekt-Anlagegruppen bezieht, die im Zeitpunkt des Investitionsentscheids ausschliesslich Bauprojekte erworben haben, welche später fertiggestellt wurden und im Bestand der Bauprojekt-Anlagegruppe gehalten werden sollen. Dadurch kann sichergestellt werden, dass fertiggestellte Bauten nicht zwingend veräussert werden müssen. Wir haben die Begründung für diesen Anpassungsbedarf im beigefügten separaten Schreiben ausführlich erläutert.

Bei Bauprojekt-Anlagegruppen genügt die Möglichkeit der lediglich ausnahmsweisen und nur vorübergehenden Erhöhung der Belehnungsquote nicht bzw. führt zu erheblichen Schwierigkeiten im Liquiditätsmanagement. Um das Liquiditätsmanagement für Immobilien-Anlagegruppen im Allgemeinen und für Bauprojekt-Anlagegruppen im Besonderen zu erleichtern, ersuchen wir Sie aus den im separaten Schreiben vom 12. Dezember 2018 erwähnten Gründen in Art. 27 Abs. 5 ASV vorzusehen, dass die Belehnungsquote auf 50% des Verkehrswerts der Grundstücke erhöht werden darf, sofern sämtliche Anleger zustimmen.

Da es sich bei den Anlegern von Anlagestiftungen ausschliesslich um qualifizierte Anleger mit einem geringeren Schutzbedürfnisse handelt, sollten auch in anderen Bereichen generell Abweichungen von den Anlagevorschriften der ASV zulässig sein, sofern sämtliche Anleger zustimmen.

## Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemer- kungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
26 Abs. 9	vgl. separates Schreiben	Die Aufsichtsbehörde kann in begründeten Einzelfällen oder bei Zustimmung sämtlicher Anleger Abweichungen von den Vorschriften dieses Abschnitts zulassen und mit Auflagen verbinden.
27 Abs. 3	vgl. separates Schreiben	Ausser bei Anlagegruppen, die im Zeitpunkt des Investitions- entscheids ausschliesslich Bauprojekte erwerben, dürfen Bauland, angefangene Bauten sowie sanierungsbedürftige Ob- jekte gesamthaft höchstens 30 Prozent des Vermögens der An- lagegruppe betragen.
27 Abs. 5	vgl. separates Schreiben	Ergänzung: Die Belehnungsquote darf auf 50% des Verkehrswerts der Grundstücke erhöht werden, sofern sämtliche Anleger zu- stimmen.

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme

Name / Firma / Organisation / Amt : Konferenz der Geschäftsführer von

Anlagestiftungen

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KGAST

Adresse : Kreuzstrasse 26

8008 Zürich

Kontaktperson : Roland Kriemler

Telefon : 044 777 60 70

E-Mail : roland.kriemler@kgast.ch

Datum : 14. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.

2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

## 1 Allgemeine Bemerkungen

Die KGAST begrüsst eine Anpassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) aufgrund des dringenden Änderungsbedarfes.

- Die schon seit Erlass der ASV in Kritik stehenden Diversifikationsbestimmungen werden mit der geplanten Änderung der ASV zweckmässiger ausgestaltet.
- Eine sinnvolle Änderung betrifft auch gewisse Mischvermögen der Anlagestiftungen, wonach die Kategorienbegrenzungen unter bestimmten Voraussetzungen überschritten werden dürfen.
- Diese für die Anlagestiftungen wesentlichen Änderungen wurden von der KGAST schon seit geraumer Zeit gefordert. Die KGAST befürwortet diese Änderungen deshalb weitestgehend.
- Die KGAST ist jedoch der Meinung, dass nicht wie vom Bundesrat in der Medienmitteilung vom 14. September 2018 kolportiert – die Angleichung an die Fondsregelung das Ziel der Änderung der ASV sein muss, sondern adäquate und sinnvolle Regelungen, um auch Anlagestiftungen zweckmässige, auf ihre Anleger zugeschnittene Anlagemöglichkeiten zu ermöglichen.
- Aufgrund der für Anlagestiftungen äusserst dringenden Änderungen, welche dem Bundesrat verschiedentlich kommuniziert wurden, erhofft sich die KGAST eine zügige Weiterbearbeitung der Vernehmlassungsantworten und eine In-Kraft-Setzung der geänderten ASV-Vorschriften bis spätestens Mitte 2019.

## 2 Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

## Allgemeine Bemerkungen

Die Bestimmung in Art. 8 (Regelungen zu Interessenskonflikten) Abs. 2 (betreffend die Wahl der Stiftungsräte) erscheint uns systematisch besser geregelt in Art. 5 (Zusammensetzung und Wahl des Stiftungsrates) Abs. 3. Dadurch entstünde weiterer, systematischer Anpassungsbedarf hinsichtlich Absätze in Art. 5 und 8 ASV.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 1 lit. c	Beibehalten.	
5 Abs. 2	Anpassen (kursiver Text in Fett einfügen).  Begründung: Zur Vermeidung von Unsicherheiten sollte präzisiert werden, dass insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen die Arbeitnehmenden der Stifterin BVG-versichert sind, als nicht mit der Stifterin "wirtschaftlich verbunden" gelten. Eine solche wirtschaftliche Verbundenheit könnte unter anderem darin gesehen werden, dass die Stifterin Beitragsleistungen an die Vorsorgeeinrichtung leistet (Art. 66 Abs. 1 BVG) und im obersten Organ vertreten ist (Art. 51 Abs. 1 BVG).	Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlegerversammlung gewählt. Dabei dürfen die Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und Personen, die mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem Drittel des Stiftungsrates vertreten werden. Als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen Arbeitnehmende der Stifterin versichert sind. Die Anlegerversammlung kann ihr Recht, das Präsidium zu wählen, in den Statuten auf den Stiftungsrat übertragen.

### 5 Verschieben nach Art. 5 Abs. 4 Abs. 3 neu. Begründung: Aufgrund des neu eingefügten Art. 5 Abs. 3 (siehe sogleich) ist die Bestimmung betreffend erstem Stiftungsrat zu verschieben. Inhaltlich keine Anpassungen. Neu einfügen (Regelung in Die Statuten können der Stifterin oder deren Abs. 3 Fett und kursiv [entspricht Rechtsnachfolgerin das Recht zuerkennen, eine neu Art. 5 Abs. 2 alt] beibehalten Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrates zu ernennen. Diese Personen sind an der nächsten und ergänzen). Anlegerversammlung mittels Wahl gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c zu bestätigen. Begründung: Je nach Grösse des Stiftungsrates können ein oder mehrere unterjährige Austritte gepaart mit Abwesenheiten gewählter Stiftungsräte dazu führen, das letztlich ein paar wenige Mitglieder über einzelne – allenfalls weitreichende -Traktanden abstimmen. Will man solche Situationen vermeiden, müsste man unterjährige Vakanzen im Stiftungsrat mittels ausserordentlicher Anlegerversammlung beheben. Dies bedeutet einen grossen administrativen Aufwand, in dem nur wegen einer Ersatzwahl in den Stiftungsrat eine ausserordentliche Anlegerversammlung einberufen werden muss. Mit einem interimistischen Ernennungsrecht der Stifterin und einer Bestätigungswahl durch die Anlegerversammlung können solche Spezialsituationen vermieden werden.

	Darüber hinaus erscheint eine Verknappung von "einer Minderheit" auf "ein Drittel" der die Stifterin vertretenden Stiftungsräte als zu starker Eingriff in die Organisatinsfreiheit der Anlagestiftung.	
6 Abs. 3	Beibehalten.	
7 Abs. 2 lit. d	Beibehalten.	
7 Abs. 3	Anpassen ( <i>Text in Fett und kursiv einfügen</i> ).  Begründung: Aus dem Verordnungstext sollte klar hervorgehen, dass sich diese Bestimmung nur auf die Delegation von substantiellen Aufgaben an Dritte bezieht. Die Delegation von Routineaufgaben muss von dieser Bestimmung ausgenommen sein, damit eine effiziente und zeitnahe Handlungsfähigkeit der Anlagestiftung gewährleistet bleibt.	An Dritte übertragene, wesentliche Aufgaben dürfen nur
8 Abs. 2	Anpassen ( <i>streichen</i> ).  Begründung: Die neue Bestimmung liegt im Widerspruch mit Art. 53h Abs. 2 BVG, wonach der Stiftungsrat das geschäftsführende Organ ist.	Personen, die mit der- <i>Geschäftsführung</i> , Verwaltung oder Vermögensverwaltung der Anlagestiftung betraut sind, dürfen nicht in den Stiftungsrat gewählt werden.

	Unabhängig davon kann es sinnvoll sein, die Geschäftsführungsfunktion und die eines Stiftungsrates in Personalunion wahrzunehmen. Nicht immer sind es Interessenkonflikte, es kann aus Sicht Geschäftsführung und Stiftungsrat auch gemeinsame Ziele geben. Speziell bei kleineren Anlagestiftungen kann eine solche Funktion in Personalunion sinnvoll sein, solange das Interessenkonfliktmanagement gewahrt bleibt.	
8 Abs. 3	Beibehalten.	
8 Abs. 4	Beibehalten.	
11 Abs. 3 zweiter Satz	Überarbeiten oder ganz streichen.  Begründung: Der OAK BV stehen bereits verschiedene Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflicht zur Verfügung. Diese haben repressiven oder präventiven Charakter und sind in Art. 62a BVG aufgelistet. Als für die Anlagestiftungen zentrale Bestimmung ist lit. c der Bestimmung zu nennen. Sie erlaubt der OAK BV die für die Aufsichtstätigkeit notwendigen Standards zu erlassen. Ein direktes Einschreiten der Aufsicht wird erst notwendig, wenn es gilt, Missbräuche zu verhindern oder Unzulänglichkeiten zu beheben.	

	Die neu eingefügte Bestimmung erscheint deshalb redundant.  Bei Massnahmen der Aufsicht aufgrund der "Kann-Bestimmungen" in Einzelfällen entsteht zudem Rechtsunsicherheit und eine gewisse Intransparenz.  Unklar bleibt, in welchem Verhältnis die neu eingefügte Bestimmung zur neu eingefügten Regelung nach Art. 26a Abs. 3 E-ASV steht. Damit bleibt auch offen, wie diese Kann-Bestimmungen umgesetzt werden sollen.	
12 Abs. 1	Beibehalten.	
13 Abs. 3 lit. a	Beibehalten.	
20 Abs. 2	Beibehalten.	
23 Abs. 2	Beibehalten.	
24 Abs. 2 lit. a	Beibehalten.	
25 Abs. 1	Beibehalten.	
26 Abs. 1	Beibehalten.	

26 Abs. 3	Beibehalten.	
26 Abs. 4	Beibehalten.	
26a Abs. 1	Beibehalten.	
26a Abs. 2	Beibehalten.	
26a Abs. 3	Überarbeiten.  Begründung: Eine Verordnungsänderung fällt in die Kompetenz des Bundesrates. Die Kompetenzen der Oberaufsicht sind in der BVV1 geregelt. Worauf sich die Kompetenz des EDI stützt, ist für uns nicht ersichtlich.  Unklar erscheint uns zudem, in welcher Form das EDI zusätzlich Vorschriften erlassen will.  Auch werden die Kompetenzen zwischen dem EDI und der Aufsicht verwischt. Dies schafft Verwirrung hinsichtlich Zuständigkeit.	
28 Abs. 1	Beibehalten.	
28 Abs. 4	Beibehalten.	

29 Abs. 1 lit. d und e	Anpassen.  Streichung lit. d bezüglich Überschreitungsverbot.  Neuer lit. d mit Möglichkeiten zur Überschreitung der Kategorien- und Schuldner-/ Gesellschaftsbegrenzungen.  Begründung: Ein Verbot der Einzelpositionen- Überschreitungen nach lit. d ist u.E. nicht sinnvoll. Solange transparent dargestellt wird, welche Positionen in welchem Umfang entsprechend der gewählten Anlagestrategie überschritten werden, kann eine Vorsorgeeinrichtung ihr Gesamtengagement gegenüber einem Schuldner oder einer Gesellschaft berechnen und ihrerseits die Einhaltung der Anlagebegrenzungen nach Art. 54 und Art. 54a BVV 2 prüfen oder sich ihrerseits auf die Ausnahmebestimmung von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 anrufen sofern der Entscheid betreffend Überschreitungen nach Art. 54 und / oder Art. 54a BVV 2 in der Jahresrechnung schlüssig dargestellt wird. U.E. wird mit vorgeschlagener Bestimmung eine wenig zweckmässige Einschränkung eingefügt, welche die Anlagestiftungen einmal mehr gegenüber den Fonds unnötig einschränkt.	lit. d Die Kategorienbegrenzungen nach Art. 55 BVV 2 und die Begrenzungen von Forderungen gegenüber einzelnen Schuldnern und von einzelnen Gesellschaftsbegrenzungen nach den Art. 54 und 54a BVV 2 können überschritten werden, sofern:
30 Abs. 3bis	Beibehalten.	
32 Abs. 2 lit. b	Beibehalten.	

35 Abs. 2 lit. b, h, i	Anpassen.  Begründung: Aufgrund der von uns vorgeschlagenen Änderung bei Art. 29 Abs. 1 lit. d und e erfolgt eine Anpassung.	lit. i. Überschreitungen der Kategorien-, Schuldner- und Gesellschaftsbegrenzungen durch gemischte Anlagegruppen nach Art. 29 Abs. 1 lit. d.
37 Abs. 2	Beibehalten.	
41 Abs. 2 zweiter Satz	Beibehalten.	
44b	Beibehalten.	

\*\*\*

## Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Patrimonium Anlagestiftung

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :

Adresse : Zugerstrasse 74, 6340 Baar

Kontaktperson : Ruedi Stutz, Geschäftsführer

Telefon : +41 58 777 00 38

E-Mail : ruedi.stutz@patrimonium.ch

Datum : 14. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

- 1. Bitte dieses Deckblatt mit Ihren Angaben ausfüllen.
- 2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

## 1 Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Vernehmlassung der geplanten Revision der ASV. Wir erachten es als sehr wichtig, dass die betroffenen Kreise angehört werden und begrüssen die Durchführung dieser Vernehmlassung.

Für das Studium der Vorlage wäre es unseres Erachtens wünschenswert, wenn eine synoptische Fassung zur Verfügung gestellt würde.

Als kleine bis mittelgrosse Anlagestiftung, 2009 von Patrimonium Asset Management AG gegründet, sind wir von der geplanten Revision direkt betroffen. Wir führen zwei Anlagegruppen im Sektor Immobilien Schweiz mit Direktanlagen mit einem Anlagevermögen von rund CHF 750 Millionen und fokussieren uns deshalb in unserer Stellungnahme vorwiegend auf die Fragen der Governance und Themen, die sich spezifisch auf Immobilien beziehen.

Freundliche Grüsse

## 2 Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV

#### Allgemeine Bemerkungen

Eine Stärke der Anlagestiftung ist heute ihre Flexibilität in der Struktur und Organisation. Die vorliegenden Vorschläge des Verordnungsgebers zu den Governance-Bestimmungen schränken diese Flexibilität ein und sind zum Teil widersprüchlich und nicht gesetzeskonform. Es besteht zudem kein ausgewiesener Handlungsbedarf, die bestehenden Bestimmungen restriktiver auszugestalten und insbesondere die Rechte der Stifter in der geplanten massiven Art und Weise einzuschränken. Insbesondere legt der Verordnungsgeber nicht dar, weshalb er die Rechte der Stifter in diesem Masse einschränken will. Die heutigen Governenace-Bestimmungen haben sich in der Praxis bewährt.

Die bestehenden Bestimmungen in den Statuen wurden von den Anlegern unter freier Willensbildung verabschiedet und sind damit legitimiert. Die vom Verordnungsgeber vorgeschlagenen Änderungen widersprechen den Beschlüssen der Anlegerversammlung in verschiedenen Punkten.

Viele Anlagestiftungen haben sich bei ihrer Gründung auf die bestehenden Governance-Bestimmungen verlassen. Diese einseitigen, staatlich verordneten und rückwirkend geltenden Änderungen verstossen unseres Erachtens gegen Treu und Glauben und sind rechtsstaatlich fragwürdig. Stossend ist, dass der Verordnungsgeber seine Änderungen nicht begründet. Die vorgeschlagenen Änderungen der Goverance-Bestimmungen erachten wir insgesamt als problematisch und nicht ausgewogen.

Die Erweiterungen der Anlagerichtlinien beurteilen wir grundsätzlich als sinnvoll.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 1 Bst. c	Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates, unter Vorbehalt eines Ernennungsrechts der Stifter (Art. 5 Abs 2); Nicht einverstanden mit der Änderung.	Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates, unter Vorbehalt eines Ernennungsrechts (Art 5 Abs 2) inklusive der
	Die Streichung des Ernennungsrechtes der Stifter ist ein massiver Eingriff in die Rechte der Stifter. Wir lehnen diesen Eingriff ab.	von der Stifterin oder deren Rechtsnachfolgerin
	Der Verordnungsgeber begründet nicht, weshalb dieses Recht der Stifter gestrichen werden soll. Da er seine Beweggründe nicht offen legt verunmöglicht er eine offene Diskussion zu dieser Frage.	ernannten Stiftungsräte;
	Zusätzlich würde mit einer solchen, falls auch für bestehende Stiftungen rückwirkend geltenden neuen Regelung, in die Kompetenz der Anlegerversammlungen eingegriffen und ihre Rechte beschränkt.	
	Bereits heute wählt die Anlegerversammlung eine Mehrheit der Stiftungsräte und kontrolliert damit die Anlagestiftung. Die Anlegerversammlung ist insbesondere frei, ob Sie der Stifterin in den Statuten ein Ernennungsrecht zuerkennen will oder nicht und kann ihr dieses Recht auch jederzeit durch eine Statutenänderung	

entziehen. Damit kann sie ihre Funktion als oberstes Organ der Anlagestiftung uneingeschränkt wahrnehmen.

Das heute bei vielen Anlagestiftungen in den Statuten verankerte Ernennungsrecht der Stifter wurde von den Anlegerversammlung frei beschlossen. Es ist damit legitimiert und entspricht ausdrücklich dem Willen der Anleger. Die geplante Änderung des Verordnungsgebers richtet sich damit direkt gegen die Beschlüsse der Anleger. Die Rechte der Anlegerversammlung werden nicht gestärkt - wie es der Verordnungsgeber vorgibt - sondern im Gegenteil eingeschränkt. Ein solcher staatlicher Eingriff wurde von den Vorsorgeeinrichtungen nie gefordert und ist damit nicht berechtigt.

Bei einigen Stiftungsgründungen wird das Ernennungsrecht der Stifterin eine wichtige Rolle gespielt haben. Mit der Gründung einer Stiftung geht die Stifterin oftmals auch ein hohes finanzielles Risiko ein. Sie verlässt sich dabei darauf, dass ihr die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen Rechtssicherheit bieten. Eine rückwirkende Streichung des Ernennungsrechts scheint uns deshalb auch rechtsstaatlich sehr problematisch.

Für bestehende Anlagestiftungen lehnen wir diese rückwirkende, einschneidende und den ausdrücklichen Willen der Anlegerversammlungen verletzende Änderung ab.

Wir können uns vorstellen, dass neu auch die von der Stifterin ernannten Stiftungsräte durch die Anlegerversammlung zwingend bestätigt respektive gewählt werden. Damit werden auch die von der Stifterin ernannten Stiftungsräte in ihrer Legitimation gestärkt und die Anlagerversammlung als oberstes Organ stärker in die Verantwortung genommen.

#### 5 Abs. 2

Die Statuten können den Stiftern das Recht zuerkennen, eine Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrates zu ernennen.

Nicht einverstanden mit dieser Änderung.

Siehe Kommentar / Bemerkungen unter Art 4 Abs 1 Bst c.

Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlageversammlung gewählt. Dabei dürfen die Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und Personen, die mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem Drittel des Stiftungsrates vertreten werden. Die Anlegerversammlung kann ihr Recht, das Präsidium zu wählen, in den Statuten auf den Stiftungsrat übertragen.

**Einverstanden** mit der <u>Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates</u> durch die Anlegerversammlung **gemäss unserem Wortlaut** Änderungsvorschlag gemäss Art 4 Abs 1 Bst c. unter Beibehaltung des Ernennungsrechts der Stifterin.

**Einverstanden** mit der <u>Wahl des Stiftungsratspräsidenten durch</u> die Anlegerversammlung und die Möglichkeit der Delegation an den Stiftungsrat.

Diese neue Regelung stellt trotz unserer Zustimmung ebenfalls einen ganz wesentlichen Eingriff in die Rechte der Stifterin und die Autonomie der Anlagestiftung dar. Gemäss heute geltenden Statutenbestimmungen bei einigen Anlagestiftungen hat die Anlegerversammlung der Stifterin in den Statuten das Recht zuerkannt, den Stiftungsratspräsidenten zu bestimmen. Mit der neuen Bestimmung geht dieses Recht verloren - obwohl diese Statutenbestimmungen von der Anlegerversammlung frei beschlossen wurden. Auch diese neue Bestimmung richtet sich wiederum gegen die frei gefassten Beschlüsse der Anlegerversammlungen und erachten wir in dieser Hinsicht als fragwürdig.

Einverstanden mit der Erweiterung von der Stifterin auch auf die Rechtsnachfolgerin und wirtschaftlich verbundene Personen falls das Ernennungsrecht der Stifterin bestehen bleibt. In diesem Fall wird mit der Präzisierung die dominierende Stellung der Anlegerversammlung beibehalten. Allerdings wirft der Begriff «wirtschaftlich verbundene Personen» und die Definition in den Erläuterungen Fragen der Abgrenzung auf. In den Erläuterungen ist der Kreis sehr eng gezogen.

Nicht einverstanden sind wir jedoch, falls das Ernennungsrecht der Stifterin wegfällt und alle Stiftungsräte durch die Anlegerversammlung gewählt werden. In diesem Fall ist nicht ersichtlich, weshalb eine staatliche Regulierung notwendig sein sollte. Die Anlegerversammlung besteht aus qualifizierten Anlegern, die zweifellos in der Lage sind, ihre Interessen im Rahmen ihrer treuhänderischen Verantwortung gegenüber ihren Versicherten ohne staatlichen Eingriff wahrzunehmen und einen Stiftungsrat zu wählen, der ihre Interessen vertritt.

**Nicht einverstanden** sind wir mit der geänderten Bestimmung, dass die Stifterin nur noch durch einen Drittel der Stiftungsräte im Stiftungsrat vertreten sein dürfen.

Dies ist eine wiederum ganz erhebliche (und ebenfalls nicht begründetet) Einschränkung der Rechte der Stifterin gegenüber der bisherigen Bestimmung einer «Minderheit». Stossend ist, dass diese Änderung in der Einleitung und den wesentlichen Anpassungen überhaupt nicht erwähnt wird.

5 Abs. 3 Der erste Stiftungsrat wird durch die Stifterin ernannt.

#### Einverstanden mit der Änderung

6 Abs. 3 Er sorgt für die ausreichende eine der Grösse und Komplexität der Anlagestiftung angemessene interne Kontrolle und für eine ausreichende Kontrolle der mit übertragenen Aufgaben betrauten

Personen. Er achtet auf stellt die Unabhängigkeit der Kontrollorgane sicher. Einverstanden mit der Änderung 7 Abs. 2 Abs. 2 Der Stiftungsrat kann Aufgaben an Dritte übertragen, An Dritte übertragene Bst d sofern zusätzlich zu Absatz 1 folgende Voraussetzungen erfüllt Aufgaben dürfen nur Abs. 3 weiterdelegiert werden. Bei der d. Eine allfällige Weiterübertragung erfolgt unter sinngemässer Weiterdelegation von Anwendung der Bestimmungen über die Aufgabenübertragung. wesentlichen Die Weiterübertragung muss die Kontrolle durch die Stiftung und Aufgaben ist Revisionsstelle zulassen und bedarf der vorgängigen Zustimmung vorgängig zur des Stiftungsrates. Ausser im Rahmen einer Konzernstruktur ist **Delegation die** eine weitere Übertragung ausgeschlossen. Zustimmung des **Stiftungsrates** Abs. 3 An Dritte übertragene Aufgaben dürfen nur weitergegeben notwendig wenn der werden, wenn der Stiftungsrat der Weiterübertragung vorgängig Stiftungsrat der Weiterübertragung zugestimmt hat und die Bestimmungen der Weiterübertragung eingehalten werden. Die Stiftung und die Revisionsstelle müssen vorgängig zugstimmt die übertragenen Aufgaben weiterhin kontrollieren hat und die beziehungsweise prüfen können. (ersetz Abs 2 Bst d) Bestimmungen der Weiterübertragung Einverstanden mit der Aufhebung der Beschränkung der müssen eingehalten Weiterübertragung auf eine Stufe. werden. Die Stiftung und die Revisionsstelle müssen die Nicht einverstanden mit der zwingend notwendigen vorgängigen Zustimmung des Stiftungsrates zu Aufgaben, die an Dritte übertragenen übertragen wurden und weiterübertragen werden. Aufgaben weiterhin kontrollieren Diese Regelung (bereits auch die heutige) ist spezifisch für beziehungsweise Anlagegruppen mit direkten Immobilien unsinnig und nicht prüfen können. umsetzbar respektive allenfalls unklar. Bei der Beauftragung eines Dritten mit dem Management einer Anlagegruppe Immobilien direkt wird ein operatives Geschäft als Ganzes delegiert. Die beauftragte geschäftsführende Gesellschaft delegiert bei ihrer Geschäftstätigkeit verschieden Aufgaben weiter (z.B. an Liegenschaftsbewirtschaftungen, Generalunternehmungen, Totalunternehmungen etc.). Diese Beauftragten delegieren je nach Geschäftsmodell wiederum Aufgaben weiter z.B. ein Bewirtschafter an einen Hauswart, Handwerker für Instandsetzungsarbeiten oder ein Totalunternehmer mit diversen Subunternehmungen. Es kann nicht sein und würde die Geschäftstätigkeit praktisch verunmöglichen, wenn für jeden einzelnen Auftrag eine «vorgängige» Zustimmung durch den Stiftungsrat notwendig wäre. Die Bestimmung sollte deshalb so präzisiert werden, dass die vorgängige Zustimmung des Stiftungsrates nur bei «wesentlichen» Aufgaben notwendig ist. Damit wird sichergestellt, dass die Geschäftstätigkeit weiterhin uneingeschränkt möglich ist und die bestehenden Organisationen konform mit den Bestimmungen der ASV sind.

PS: nicht zuletzt will, respektive schlägt der Verordnungsgeber in

Art. 8 selbst vor, dass der Stiftungsrat keine Aufgaben der

	Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung wahrnehmen sollte (!?). Hier vorliegend in Art 7 soll der Stiftungsrat jedoch zu jedem einzelnen Vertrag, der im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit abgeschlossen wird, vorgängig seine Zustimmung geben müssen. Diese Regelung scheint uns nicht durchdacht.	
8 Abs. 2	Auf Personen, die mit der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung der Anlagestiftung betraut sind, darf höchstens ein Drittel der Stiftungsratsmitglieder entfallen. Die Mitglieder sind in eigener Sache nicht stimmberechtigt.	
	Personen, die mit der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung der Anlagestiftung betraut sind, dürfen nicht in den Stiftungsrat gewählt werden.	
	Nicht einverstanden: eine solche Bestimmung steht in direktem Widerspruch zum Art. 53h Abs 2 BVG «Der Stiftungsrat ist das geschäftsführende Organ. Mit Ausnahme der Aufgaben, die unmittelbar mit der obersten Leitung der Anlagestiftung verbunden sind, kann er die Geschäftsführung an Dritte delegieren.». Der Vorschlag des Verordnungsgebers entbehrt einer gesetzlichen Grundlage. Die Bestimmung ist unmöglich und geht auch aus praktischen Gründen gar nicht.	
	Nebst der Gesetzeswidrigkeit würde eine solche Bestimmung wiederum in die Organisationsfreiheit der Anlagestiftung eingreifen. Gerade die Flexibilität und selbstverantwortliche Organisation der Anlagestiftung machen eine ihrer Stärken aus.	
	Bereits die heutige Regelung ist im Widerspruch zu Art 53 BVG und zu anderen Bestimmungen der ASV. Gemäss Art 7 ASV z.B. kann der Stiftungsrat Aufgaben an Dritte übertragen. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aufgaben zu delegieren, sondern kann grundsätzlich sämtliche Aufgaben (d.h. die Geschäftsführung, die Verwaltung und die Vermögensverwaltung) selbst wahrnehmen. Bei Anlagegruppen Immobilien direkt ist es in der Praxis heute auch oft der Fall, dass der Stiftungsrat bei grösseren Transaktionen selbst Anlageentscheidungen trifft und damit Aufgaben als «Vermögensverwalter» wahrnimmt. Eine solche direkte Vermögensverwaltertätigkeit wäre eigentlich gemäss heutiger ASV Regelung gar nicht möglich – gemäss BVG jedoch schon.	
	Vom Verordnungsgeber wird auch bei diesem Artikel wieder nicht dargelegt, weshalb ein solches Verbot Sinn machen soll und was die Überlegungen dazu sind. Ganz offensichtlich besteht kein ausgewiesener Handlungsbedarf für eine Änderung - ansonsten hätten der Verordnungsgeber seine Gründe dargelegt.	
8 Abs. 3	Die Mitglieder des Stiftungsrates unterliegen in ihren Tätigkeiten keinen Weisungen der Stifterin oder von deren Rechtsnachfolgerin. Sie sind in eigenere Sache nicht stimmberechtigt.	Die Mitglieder des Stiftungsrates unterliegen bei ihrer Tätigkeit keinen

	Nicht einverstanden / respektive Änderungsvorschlag, dass Mitglieder keinen Weisungen der Stifterin unterliegen sollen. Wir gehen davon aus, dass ein Stiftungsratsmandat – gleich wie ein Verwaltungsratsmandat jeweils höchstpersönlich ist. Stiftungsräte haften, gleich wie Verwaltungsräte, persönlich. Stiftungsräte unterstehen deshalb bei ihrer Tätigkeit grundsätzlich keinen Weisungen – weder denjenigen der Stifterin noch sonst irgendwelchen Weisungen falls sie z.B. gleichzeitig bei einer Vorsorgeeinrichtung eine Funktion innehaben, die gleichzeitig als Anleger der Anlagestiftung engagiert ist. Korrekt scheint uns deshalb eine allgemein gültige Formulierung zu wählen.  Nicht einverstanden: dass sie in eigener Sache nicht stimmberechtigt sind.	Weisungen der Stifterin oder von deren Rechtsnachfolgerin. Sie sind in eigener Sache nicht stimmberechtigt.
	Die Formulierung in Art 8 Abs 2 ist fragwürdig. Einerseits stellt sich die Frage, ob die Stiftungsräte, welche gleichzeitig bei einem Anleger der Stiftung versichert sind (Normalfall in der heutigen Praxis) überhaupt stimmberechtig wären. Schliesslich betrifft jeder Beschluss des Stiftungsrates die eigene Sache (ihr persönliches Vorsorgevermögen) dieser Stiftungsräte. Bei einer korrekten Umsetzung dieser Bestimmung müssten diese Stiftungsräte bei jedem Geschäft in den Ausstand treten. Als Folge davon könnten neben der Stifterin nur noch gänzlich unabhängige Stiftungsräte gewählt werden.	
	Andererseits stellt sich die Frage, was «in eigener Sache» genau heisst. Unseres Erachtens bezieht sich in eigener Sache lediglich auf die persönliche Sache der Stiftungsräte und nicht auf die «vom Beschluss betroffene Firma, der ein Stiftungsrat als Angestellter oder Verantwortlicher angehört» wie in den Erläuterungen ausgeführt wird. Schliesslich hat jeder Stiftungsrat die Interessen der Anlegerversammlung in den Vordergrund zu stellen und nicht Partikularinteressen seiner Vorsorgeeinrichtung. Es stellt sich deshalb die Frage nach der Praktikabilität der Bestimmung.	
8 Abs. 4	Die Anlegerversammlung genehmigt das Reglement zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Rechtsgeschäften mit Nahestehenden. Sie kann dieses Recht in den Statuten auf den Stiftungsrat übertragen.	
11 Abs 3	Von der Systematik her sind wir der Ansicht, dass der Erlass eines solchen Reglements in die Kompetenz des Stiftungsrates gehören sollte.  Schätzungsexperten und -expertinnen	
	Sämtliche Experten und Expertinnen müssen die erforderliche Qualifikation aufweisen und unabhängig sein. Die Aufsichtsbehörde kann dazu den Anlagestiftungen im Einzelfall Vorgaben machen.	
	Einverstanden mit dieser Änderung obwohl bereits heute eine	

	washtlisha Cumadlaga türasələbə Vəssələsə bəstələt misədə	
	rechtliche Grundlage für solche Vorgaben besteht, wie der	
	Verordnungsgeber in seinen Ausführungen selbst erwähnt.	
12 Abs 1	bs 1 Depotbank	
	Die Depotbank muss eine Bank nach Artikel 1 Absatz 1 des	
	Bankengesetzes vom 8. November 1934 (BankG) oder eine	
	Zweigniederlassung einer ausländischen Bank nach Artikel 2	
	Absatz 1 Buchstabe a BankG sein.	
	Einverstanden mit dieser Änderung. Diese Ausweitung	
	begrüssen wir und erachten sie als sinnvoll und im Interesse der	
	Anlagestiftungen.	
23 Abs 2	<u> </u>	
23 ADS 2	Stammvermögen	
	7 1"	
	Zulässig ist auch die unbeschränkte Einlage bei einer Bank nach	
	Artikel 1 Absatz 1 des BankG oder einer Zweigniederlassung	
	einer ausländischen Bank nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a	
	BankG.	
	Einverstanden mit dieser Änderung. Diese Ausweitung	
	begrüssen wir und erachten sie als sinnvoll und im Interesse der	
	Anlagestiftungen.	
25 Abs 1	Beteiligungen Stammvermögen	
	Mehrere Stiftungen können sich gemeinsam an einer nicht	
	kotierten schweizerischen Aktiengesellschaft beteiligen, sofern sie	
	dadurch das vollständige Aktienkapital halten. Die Beteiligung pro	
	Stiftung muss mindestens 20 Prozent betragen.	
	Einverstanden. Wir begrüssen diese Flexibilisierung.	
	Linverstanden. Will begrussen diese i lexibilisierding.	



E-Mail: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen Bereich Finanzierung berufliche Vorsorge Effingerstrasse 20 3003 Bern

Lausanne, den 14. Dezember 2018

Vernehmlassung zur geplanten Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 14. September 2018 hat Ihr Departement den Änderungsentwurf der Verordnung über die ASV zur Vernehmlassung unterbreitet und die davon tangierten Einrichtungen ersucht, ihre Stellungnahmen bis am 14. Dezember 2018 einzureichen.

Wie Ihnen bereits bekannt ist, sind die wichtigsten Ziele unseres Verbandes die Förderung von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Immobilienverbriefung, insbesondere denjenigen, die von den Mitgliedern in Form von kollektiven Kapitalanlagen und Anlagestiftungen entwickelt wurden, und die Vertretung der Ansichten und Interessen der Mitglieder bei der Regierung und anderen schweizerischen Behörden und Gremien. Aufgrund seines exklusiven Schwerpunkts im Bereich Immobilien ist COPTIS davon überzeugt, einen Beitrag von besonderem Mehrwert zu dieser Vernehmlassung leisten zu können.

Nach internen Beratungen mit den Mitgliedern, präsentieren wir Ihnen nachfolgend die Stellungnahme und Vorschläge von COPTIS bezüglich der geplanten Änderung der ASV.

#### I. Stellungnahme zu Art 4 Abs. 1 Bst.c (Aufhebung von Art. 5 Abs. 2 ASV)

COPTIS unterstützt den Vorschlag der KGAST, dass die Stifterin weiterhin eine Minderheit von Mitgliedern ernennen darf, wobei die ernannten Mitglieder von der nächsten ordentlichen Anlegerversammlung zu bestätigen sind.

#### II. Stellungnahme zu Art 8 Abs. 2

COPTIS hat Verständnis für das Anliegen, mithilfe einer erheblichen Beschränkung der Funktion der Stifter sowie einer strikten Trennung zwischen Management und Stiftungsrat dem Risiko von Interessenskonflikten entgegenwirken zu wollen. Jedoch ist COPTIS der Ansicht, dass gewisse im Änderungsentwurf enthaltenen Verbote und Beschränkungen unverhältnismäßig sind und sich als kontraproduktiv erweisen werden.

Bei gewissen Anlagestiftungen, insbesondere Stiftungen, die auf eine bestimmte Marktnische oder Nischenstrategie spezialisiert sind, haben die Anleger in die Stiftung investiert, weil sie der von der Stifterin erdachten, entwickelten, ausgebauten und implementierten Strategie zustimmen, sowie auch der Umsetzung und der Entwicklung dieser Strategie durch den von der Stifterin ausgewählten



Manager (dessen Position häufig zu diesem Zweck geschaffen wird). So erwarten die Vorsorgeeinrichtungen von der Stifterin und vom Manager, dass sie durch die Teilnahme am Stiftungsrat die Verantwortung für Anlageentscheidungen mittragen. Die Anwesenheit einer oder mehrerer Personen, die innerhalb des Stiftungsrats mit Management- bzw. Verwaltungsaufgaben betraut sind, kann sinnvoll und für Investoren von besonderem Nutzen sein. Dem Manager kommt eine besondere Funktion als treibende Kraft in der Stiftung zu. Ein Stiftungsrat, dessen Mitglieder vom Management völlig losgelöst sind, wäre in solchen Fällen mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es darum geht, wohlbegründete Anlageentscheidungen zu treffen.

Der Stiftungsrat ist zu einer langfristigen Strategie verpflichtet.<sup>1</sup> Doch durch eine Entziehung jeglicher Kontrolle der Stifterin über das Management wäre sie nicht mehr in der Lage, eine Langzeitvision für die Stiftung aufrecht zu erhalten.

Investoren, die aus Vertrauen in eine Anlagestrategie und die ihnen angebotenen Management-Leistungen Anteile einer Stiftung erwerben, wollen sich später nicht in einer Situation wiederfinden, in der sie ihre Anlageentscheidungen selbst begründen müssen. Denn sie haben die Verwaltung eines Teils ihres Vermögens an Anlageexperten delegiert, damit sie es eben nicht eigenhändig verwalten müssen. Die Anwesenheit von Vertretern von Organen von Pensionskassen (Investoren) im Stiftungsrat stellt für Investoren einen Interessenskonflikt dar, da dies die Unabhängigkeit von deren Aufsicht über Entscheidungen des Stiftungsrats gefährdet. Andererseits, wird ein Stiftungsrat, in dem ausschließlich unabhängige Mitglieder (von den Investoren, der Stifterin sowie dem Manager) vertreten sind, kaum in der Lage sein, jene Anlagepolitik umzusetzen, die von der Stifterin vorgeschlagen und von den Investoren akzeptiert wurde.

COPTIS ist der Auffassung, dass die Investoren stets die Kontrolle über Geschäfte einer Stiftung behalten werden, da das Recht der Stifterin auf Ernennung einer Minderheit von Mitgliedern statutarisch geregelt ist und es den Investoren freisteht, diese Statuten zu ändern. Daher ist COPTIS der Ansicht, dass die Abschaffung dieser statutarischen Befugnis nicht dazu geeignet ist, die Rolle der Anlegerversammlung zu stärken und Interessenskonflikte vorzubeugen. Vielmehr wäre ein solcher Schritt unverhältnismäßig und würde in jedem Fall zu einer Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten von Investoren führen.

Da der Rat als Verwaltungsorgan der Stiftung zwar berechtigt, jedoch keinesfalls verpflichtet ist, Aufgaben zu delegieren, kann sich die Anwesenheit von einer oder mehreren für Managementaufgaben zuständigen Personen als vorteilhaft erweisen, wenn es darum geht, im Detail über das Für und Wider von Anlageplänen zu beraten. Dies ist besonders im Fall von Immobilien relevant, bei denen naturgemäß tiefgehende und multidisziplinäre Studien im Vorfeld erforderlich sind und die in jedem Fall eine wichtige und einmalige Investition darstellen.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass kein Unternehmen, das eine Anlagestrategie umsetzen möchte, bereit wäre, auf eigenes Risiko eine Stiftung zu gründen, ohne sich zumindest eine minimale Vertretung im Stiftungsrat und damit ein Mindestmaß an Kontrolle über die Geschäfte der Stiftung sichern zu können. Im Besonderen gilt dies im Immobilienbereich, wo die Ausführung einer Strategie mehrere Jahre erfordert. Solche Unternehmen würden sich dann anderen kollektiven Anlageformen zuwenden, selbst dann, wenn diese für Vorsorgeeinrichtungen weniger vorteilhaft sind. Die Abschaffung jeglicher Möglichkeit für die Stifterin, sich ein Minimum an Kontrolle im Rat zu sichern, würde ein Ende von Neugründungen von Anlagestiftungen mit sich bringen, welche in der Lage wären, jenen Mehrwert zu erwirtschaften, auf den der Vorsorgebereich angewiesen ist.

-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Anforderungen an Anlagestiftungen – Praxis der Aufsichtskommission Berufliche Vorsorge hinsichtlich der Anforderungen an Anlagestiftungen unter ihrer Aufsicht, November 2009, S. 24



#### **Vorschlag**

COPTIS ist der Auffassung, dass eine Beibehaltung der Möglichkeit einer proportionalen Aufteilung im Rat von Vertretern des Managements, der Stifterin und der Investoren sinnvoll ist. In diesem Sinne empfiehlt COPTIS, die derzeitige Möglichkeit, maximal ein Drittel der Stiftungsratsmitglieder aus Vertretern des Managements bzw. der Verwaltung der Stiftung zu ernennen, beizubehalten.

Mit der Änderung von Art. 5 Abs. 2 Änderungsentwurf - ASV, welche in jedem Fall die Zahl der mit der Stifterin wirtschaftlich verbundenen Mitglieder des Stiftungsrates auf maximal ein Drittel beschränken würde, ist COPTIS der Ansicht, dass es möglich sein sollte, dass dieser Drittel auch im Management tätige Personen umfasst.

#### Alternativvorschlag

COPTIS kennt die Bedenken der OAK BV hinsichtlich Interessenskonflikten und hat Verständnis dafür, dass ein Großteil der Anlagestiftungen, insbesondere der größeren, traditionsreichen Stiftungen, die geplante Änderung der ASV im Sinne einer Rückkehr zu einem (echten oder imaginären) traditionellen Verständnis von Anlagestiftungen begrüßen.

Um diese unterschiedlichen Interessen miteinander in Einklang zu bringen, empfiehlt COPTIS eine "opting-in"-Lösung, der zufolge die Depotbank einer Stiftung Aufsichtsaufgaben übernimmt. Auf diese Weise könnten bereits bestehende wie auch neu gegründete Stiftungen in ihren Statuten regeln, dass die Stifterin eine Minderheit der Stiftungsratsmitglieder ernennt, unter anderem auch aus den im Management tätigen Personen, sofern mit der Depotbank ein Aufsichtsmandat vereinbart wurde. Für eine solche vertragliche Vereinbarung könnte ein von der OAK BV anerkannter Standardvertrag verwendet werden, der in jedem Fall die Kontrolle (i) der realen Natur der verwahrten Vermögenswerte, (ii) der Konformität der Anlagen mit regulatorischen Anforderungen sowie (iii) der Konformität der Verwendung des Ertrags mit regulatorischen Anforderungen vorsieht.

Ein grundlegender Unterschied zu den Aufsichtsaufgaben eines Revisors bestünde hierbei darin, dass die Depotbank ihre Aufsichtsfunktionen auf ständiger und vorsorglicher Basis ausüben würde und in der Lage wäre, durch ihr unverzügliches Eingreifen bei Unregelmäßigkeiten auf etwaige regulatorische Lücken aufmerksam zu machen.

Diese Lösung hätte zudem den Vorteil, dass sie den Bestimmungen in der einschlägigen EU-Richtlinie entspricht. Diese sieht nämlich vor, dass die Aufsicht durch die Depotbank auf freiwilliger, vertraglicher Basis<sup>2</sup> erfolgt und das Aufsichtsmandat zumindest die drei oben genannten Aufgaben<sup>3</sup> umfasst

Eine solche Lösung würde es Anlagestiftungen, die dies wünschen, ermöglichen, die Kontrollmöglichkeiten der Stifterin sowie die Verbindungen zwischen Managern und Stiftungsrat aufrecht zu erhalten, ohne dass den Stiftungen, die von sich aus bereit wären, Änderungen in der Zusammensetzung des Rats herbeizuführen, zusätzliche vorsorgliche Vorschriften aufgezwungen würden. Auf diese Weise könnte die Konformität der neuen Regelung mit den Bestimmungen des EU-Rechts gewährleistet werden.

3

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Art. 33 Abs. 5 und 8 sowie Art. 35 Abs. 3 der Richtlinie (EU) 2016/2341 vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ibid., Art. 35. Abs. 1 Bst. a und c.



#### III. Stellungnahme zu Art. 7 Abs. 2 und 3

COPTIS unterstützt den Vorschlag der KGAST, dass die Einschränkungen der Übertragung von Aufgaben nur für wichtige Aufgaben gelten sollen.

#### IV. Stellungnahme zu Art. 8 Abs. 4

Besonders mit Blick auf den Bereich Immobilien ist COPTIS der Auffassung, dass Abstimmungen über Rechtsgeschäfte mit nahestehenden Personen nicht praktikabel sind. Zudem haben Beratungen ergeben, dass die Investoren nicht gewillt sind, eine solche Aufgabe zu übernehmen, da sie weitere Fragen zu Interessenskonflikten und Unabhängigkeit innerhalb von Anlegergremien aufwerfen würde.

Daher empfiehlt COPTIS, von der vorgesehenen Änderung des Art. 8 Abs. 4 ASV abzusehen.

#### V. Stellungnahme zu Art. 11 Abs. 3

COPTIS unterstützt den Vorschlag der KGAST, das allgemeine Recht, das der Änderungsentwurf der Aufsichtsbehörde gewähren will, aufzuheben.

#### VI. Stellungnahme zu Art. 20 Abs. 2bis und 2quater

Die im Änderungsentwurf vorgesehene Vereinfachung und Klarstellung der Bewertung des Werts von Sacheinlagen ist zu begrüßen. Zugleich wird darin übersehen, dass Anteile nicht kotierter Anlagefonds häufig auf Märkten gehandelt werden, die von einem Market-Maker (gewöhnlich einem schweizerischen Bankinstitut) organisierten werden. Dabei gibt der Market-Maker den Marktwert für das betroffene Wertpapier an. Dieser Referenzwert kann über oder unter dem Nettoinventarwert (NAV) liegen. So würde die neue Bestimmung in Absatz 2quater eine künstliche und wirtschaftlich unbegründete buchhalterische Abschreibung von Anteilen solcher Fonds bewirken, die von einer Stiftung über dem NAV erworben würden.

COPTIS empfiehlt, Art. 20 Abs. 2quater um folgende Passage zu ergänzen: Für die Bewertung von nicht kotierten Fondsanteilen und Forderungen von Anlagegruppen wird der entsprechende Nettoinventarwert zugrunde gelegt. Für die Bewertung von Fondanteilen, die auf einem geregelten Markt gehandelt werden, wird der vom Market-Maker veröffentlichte Wert zugrunde gelegt.

#### VII. Stellungnahme zu Artikel 27 Abs. 4

COPTIS befürwortet vermehrte und flexiblere Anlagemöglichkeiten von Stiftungen. In dieser Hinsicht begrüßt COPTIS die diesbezüglichen Änderungen allgemein, bedauert jedoch, dass die geäußerten Bedenken über den fehlenden Nutzen einer doppelten Anlagediversifizierung im Bereich Immobilien nicht berücksichtigt wurden. COPTIS ist der Auffassung, dass die in Art. 27 Abs. 4 ASV festgelegte Grenze von 15 % auf 25 % anzuheben wäre, um bei der Bewertung von Immobilienanlagen dasselbe Maß an Flexibilität zu gewährleisten wie bei Aktien und Obligationen.

Eine solche Anhebung der Grenze pro Objekt käme insbesondere Stiftungen zugute, die sich auf Nischenstrategien spezialisiert haben und in welche Vorsorgeeinrichtungen nie mehr als einige wenige



Prozent ihres Vermögens anlegen. Das Risiko einer konzentrierten Anlage in die finalen Portfolios der Versicherungsnehmer ist daher sehr gering.

#### VIII. Stellungnahme zu Art. 28 Abs. 1 Bst. e

COPTIS begrüßt, dass künftig Infrastrukturinvestitionen in Form von direkten Investitionen ohne den Umweg über andere kollektive Kapitalanlagen möglich werden.

#### IX. Zur Öffnung des Marktes für Filialen ausländischer Banken (Art. 12 Abs. 1 und 23 Abs. 2)

Nach Ansicht von COPTIS scheint die Öffnung des schweizerischen Marktes für ausländische Banken schwer zu vereinbaren mit dem rein nationalen Zweck der Anlagestiftungen.

#### X. Zur Übergangsfrist (Art. 44b)

COPTIS befürwortet die zweijährige Frist zur Anpassung der Statuten, empfiehlt jedoch eine Verlängerung der Übergangsfrist für die Bildung und Wahl des Stiftungsrats von zwei auf fünf Jahre.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und stehen für Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

im Namen von COPTIS:

LThe

Manuel Leuthold

Präsident

Olivier Klunge

Leiter der Arbeitsgruppe Anlagestiftungen

#### Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : COPTIS, Schweizer Berufsverband für Immobilien-

Verbriefung

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : COPTIS

Adresse : Avenue de la Rasude 2, 1006 Lausanne

Kontaktperson : Olivier Klunge

Telefon : 021 721 04 40

E-Mail : oklunge@pplex.ch

Datum : 14. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.

2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Zur Erinnerung: Die Hauptziele unseres Verbands sind die Förderung von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Immobilienverbriefung in der Schweiz, insbesondere derjenigen, die von ihren Mitgliedern in Form von kollektiven Kapitalanlagen und Anlagestiftungen entwickelt wurden, und die Vertretung ihrer Ansichten und Interessen gegenüber dem Bund und anderen inländischen Behörden. Aufgrund seines exklusiven Schwerpunkts im Bereich Immobilien ist COPTIS davon überzeugt, einen Beitrag von besonderem Mehrwert zu dieser Vernehmlassung leisten zu können

# 2 Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

#### Allgemeine Bemerkungen

COPTIS hat Verständnis für das Anliegen, mithilfe einer erheblichen Beschränkung der Funktion der Stifter sowie einer strikten Trennung zwischen Management und Stiftungsrat dem Risiko von Interessenskonflikten entgegenwirken zu wollen. Jedoch ist COPTIS der Ansicht, dass gewisse im Änderungsentwurf enthaltenen Verbote und Beschränkungen unverhältnismäßig sind und sich als kontraproduktiv erweisen werden.

COPTIS begrüßt, dass künftig Infrastrukturinvestitionen in Form von direkten Investitionen ohne den Umweg über andere kollektive Kapitalanlagen möglich werden (Art. 28 Abs. 1 Bst. e Änderungsentwurf-ASV).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 1 Bst. c E- ASV (5 Abs. 2 ASV)	COPTIS unterstützt den Vorschlag der KGAST, dass die Stifterin weiterhin eine Minderheit von Mitgliedern ernennen darf, wobei die ernannten Mitglieder von der nächsten ordentlichen Anlegerversammlung zu bestätigen sind.	In Übereinstimmung mit dem Vorschlag der KGAST.
8 Abs. 2 E-ASV	Bei gewissen Anlagestiftungen, insbesondere Stiftungen, die auf eine bestimmte Marktnische oder Nischenstrategie spezialisiert sind, haben die Anleger in die Stiftung investiert, weil sie der von der Stifterin erdachten, entwickelten, ausgebauten und implementierten Strategie zustimmen, sowie auch der Umsetzung und der Entwicklung dieser Strategie durch den von der Stifterin ausgewählten Manager (dessen Position häufig zu diesem Zweck geschaffen wird). So erwarten die Vorsorgeeinrichtungen von der Stifterin und vom Manager, dass sie durch die Teilnahme am Stiftungsrat die Verantwortung für Anlageentscheidungen mittragen. Die Anwesenheit einer oder mehrerer Personen, die innerhalb des Stiftungsrats mit Management- bzw. Verwaltungsaufgaben betraut sind, kann sinnvoll und für Investoren von besonderem Nutzen sein. Dem Manager kommt eine besondere Funktion als treibende Kraft in der Stiftung zu. Ein Stiftungsrat, dessen Mitglieder vom Management völlig losgelöst sind, wäre in solchen Fällen mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es darum geht, wohlbegründete Anlageentscheidungen zu treffen.  Der Stiftungsrat ist zu einer langfristigen Strategie verpflichtet (Anforderungen an Anlagestiftungen – Praxis der Aufsichtskommission Beruf-	COPTIS ist der Auffassung, dass eine Beibehaltung der Möglichkeit einer proportionalen Aufteilung im Rat von Vertretern des Managements, der Stifterin und der Investoren sinnvoll ist. In diesem Sinne empfiehlt COPTIS, die derzeitige Möglichkeit, maximal ein Drittel der Stiftungsratsmitglieder aus Vertretern des Managements bzw. der Verwaltung der Stiftung zu ernennen, beizubehalten und in den Statuten das Recht der Stifterin, eine Minderheit der Ratsmitglieder zu ernennen, vorzusehen.  Mit der Änderung von Art. 5 Abs. 2 Änderungsentwurf-ASV, welche in jedem Fall die Zahl der mit der Stifterin wirtschaftlich verbundenen Mitglieder des Stiftungsrates auf maximal ein Drittel beschränken würde, ist COPTIS der Ansicht, dass es möglich sein sollte, dass dieser Drittel auch im Management tätige Personen umfasst.  Alternativvorschlag  COPTIS kennt die Bedenken der OAK BV hinsichtlich Interessenskonflikten und hat Verständnis dafür, dass ein
	liche Vorsorge hinsichtlich der Anforderungen an Anlagestiftungen unter ihrer Aufsicht, November 2009, S.24). Doch durch eine Entziehung jeglicher Kontrolle der Stifterin über das Management wäre sie nicht mehr in der Lage, eine	Großteil der Anlagestiftungen, insbesondere der größeren, traditionsreichen Stiftungen, die geplante Änderung der ASV im Sinne einer Rückkehr zu einem (echten oder imaginären) traditionellen

Langzeitvision für die Stiftung aufrecht zu erhalten.

Investoren, die aus Vertrauen in eine Anlagestrategie und die ihnen angebotenen Management-Leistungen Anteile einer Stiftung erwerben, wollen sich später nicht in einer Situation wiederfinden, in der sie ihre Anlageentscheidungen selbst begründen müssen. Denn sie haben die Verwaltung eines Teils ihres Vermögens an Anlageexperten delegiert, damit sie es eben nicht eigenhändig verwalten müssen. Die Anwesenheit von Vertretern von Organen von Pensionskassen (Investoren) im Stiftungsrat stellt für Investoren einen Interessenskonflikt dar, da dies die Unabhängigkeit von deren Aufsicht über Entscheidungen des Stiftungsrats gefährdet. Andererseits, wird ein Stiftungsrat, in dem ausschliesslich unabhängige Mitglieder (von den Investoren, der Stifterin sowie dem Manager) vertreten sind, kaum in der Lage sein, jene Anlagepolitik umzusetzen, die von der Stifterin vorgeschlagen und von den Investoren akzeptiert wurde.

COPTIS ist der Auffassung, dass die Investoren stets die Kontrolle über Geschäfte einer Stiftung behalten werden, da das Recht der Stifterin auf Ernennung einer Minderheit von Mitgliedern statutarisch geregelt ist und es den Investoren freisteht, diese Statuten zu ändern. Daher ist COPTIS der Ansicht, dass die Abschaffung dieser statutarischen Befugnis nicht dazu geeignet ist, die Rolle der Anlegerversammlung zu stärken und Interessenskonflikte vorzubeugen. Vielmehr wäre ein solcher Schritt unverhältnismäßig und würde in jedem Fall zu einer Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten von Investoren führen.

Da der Rat als Verwaltungsorgan der Stiftung zwar berechtigt, jedoch keinesfalls verpflichtet ist, Aufgaben zu delegieren, kann sich die Anwesenheit von einer oder mehreren für Managementaufgaben zuständigen Personen als vorteilhaft erweisen, wenn es darum geht, im Detail über das Für und Wider von Anlageplänen zu beraten. Dies ist besonders im Fall von Immobilien relevant, bei denen naturgemäß tiefgehende und multidisziplinäre Studien im Vorfeld erforderlich sind und die in jedem Fall eine wichtige und einmalige Investition darstellen.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass kein Unternehmen, das eine Anlagestrategie umsetzen möchte, bereit wäre, auf eigenes Risiko eine Stiftung zu gründen, ohne sich zumindest eine minimale Vertretung im Stiftungsrat und damit ein Mindestmass an Kontrolle über die Geschäfte der Stiftung sichern zu können. Im Besonde-

Verständnis von Anlagestiftungen begrüßen.

Um diese unterschiedlichen Interessen miteinander in Einklang zu bringen, empfiehlt COPTIS eine "opting-in"-Lösung, der zufolge die Depotbank einer Stiftung Aufsichtsaufgaben übernimmt. Auf diese Weise könnten bereits bestehende wie auch neu gegründete Stiftungen in ihren Statuten regeln, dass die Stifterin eine Minderheit der Stiftungsratsmitglieder ernennt, unter anderem auch aus den im Management tätigen Personen, sofern mit der Depotbank ein Aufsichtsmandat vereinbart wurde. Für eine solche vertragliche Vereinbarung könnte ein von der OAK BV anerkannter Standardvertrag verwendet werden, der in jedem Fall die Kontrolle (i) der realen Natur der verwahrten Vermögenswerte, (ii) der Konformität der Anlagen mit regulatorischen Anforderungen sowie (iii) der Konformität der Verwendung des Ertrags mit regulatorischen Anforderungen vorsieht.

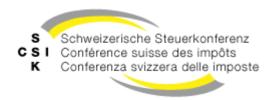
Ein grundlegender Unterschied zu den Aufsichtsaufgaben eines Revisors bestünde hierbei darin, dass die Depotbank ihre Aufsichtsfunktionen auf ständiger und vorsorglicher Basis ausüben würde und in der Lage wäre, durch ihr unverzügliches Eingreifen bei Unregelmäßigkeiten auf etwaige regulatorische Lücken aufmerksam zu machen.

Diese Lösung hätte zudem den Vorteil, dass sie den Bestimmungen in der einschlägigen EU-Richtlinie entspricht. Diese sieht nämlich vor, dass die Aufsicht durch die Depotbank auf freiwilliger, vertraglicher Basis erfolgt und das Aufsichtsmandat zumindest die drei oben genannten Aufgaben umfasst (Art. 33 Abs. 5 und 8 sowie Art. 35 Abs. 3 und Art. 35 Abs. 1 lit. a und c der Richtlinie (EU) 2016/2341 vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der beruflichen Altersvorsorge).

Eine solche Lösung würde es Anlagestiftungen, die dies wünschen, ermöglichen, die Kontrollmöglichkeiten der Stifterin sowie die Verbindungen zwischen Managern und Stiftungsrat aufrecht zu erhalten, ohne dass den Stiftungen, die von sich aus bereit wären, Änderungen in der Zusammensetzung des Rats herbeizuführen, zusätzliche vorsorgliche

	ren gilt dies im Immobilienbereich, wo die Ausführung einer Strategie mehrere Jahre erfordert. Solche Unternehmen würden sich dann anderen kollektiven Anlageformen zuwenden, selbst dann, wenn diese für Vorsorgeeinrichtungen weniger vorteilhaft sind. Die Abschaffung jeglicher Möglichkeit für die Stifterin, sich ein Minimum an Kontrolle im Rat zu sichern, würde ein Ende von Neugründungen von Anlagestiftungen mit sich bringen, welche in der Lage wären, jenen Mehrwert zu erwirtschaften, auf den der Vorsorgebereich angewiesen ist.	Vorschriften aufgezwungen würden. Auf diese Weise könnte die Konformität der neuen Regelung mit den Bestimmungen des EU-Rechts gewährleistet werden.
7 Abs. 2 und 3 E- ASV	COPTIS unterstützt den Vorschlag der KGAST, dass die Einschränkungen der Übertragung von Aufgaben nur für wichtige Aufgaben gelten sollen.	Gemäss Vorschlag der KGAST.
8 Abs. 4 E-ASV	Besonders mit Blick auf den Bereich Immobilien ist COPTIS der Auffassung, dass Abstimmungen über Rechtsgeschäfte mit nahestehenden Personen nicht praktikabel sind. Zudem haben Beratungen ergeben, dass die Investoren nicht gewillt sind, eine solche Aufgabe zu übernehmen, da sie weitere Fragen zu Interessenskonflikten und Unabhängigkeit innerhalb von Anlegergremien aufwerfen würde.	COPTIS schlägt vor, von der vorgesehenen Änderung des Art. 8 Abs. 4 ASV abzusehen.
11 Abs. 3 E-ASV	COPTIS unterstützt den Vorschlag der KGAST, das allgemeine Recht, das der Änderungsentwurf der Aufsichtsbehörde gewähren will, aufzuheben.	Gemäss Vorschlag der KGAST.
20 Abs. 2bis und 2quater E-ASV	Die im Änderungsentwurf vorgesehene Vereinfachung und Klarstellung der Bewertung des Werts von Sacheinlagen ist zu begrüßen. Zugleich wird darin übersehen, dass Anteile nicht kotierter Anlagefonds häufig auf Märkten gehandelt werden, die von einem Market-Maker (gewöhnlich einem schweizerischen Bankinstitut) organisierten werden. Dabei gibt der Market-Maker den Marktwert für das betroffene Wertpapier an. Dieser Referenzwert kann über oder unter dem Nettoinventarwert (NAV) liegen. So würde die neue Bestimmung in Absatz 2quater eine künstliche und wirtschaftlich unbegründete buchhalterische Abschreibung von Anteilen solcher Fonds bewirken, die von einer Stiftung über dem NAV erworben würden.	COPTIS empfiehlt, Art. 20 Abs. 2quater um folgende Passage zu ergänzen: Für die Bewertung von nicht kotierten Fondsanteilen und Forderungen von Anlagegruppen wird der entsprechende Nettoinventarwert zugrunde gelegt. Für die Bewertung von Fondanteilen, die auf einem geregelten Markt gehandelt werden, wird der vom Market-Maker veröffentlichte Wert zugrunde gelegt.
27 Abs. 4 E-ASV	COPTIS befürwortet vermehrte und flexiblere Anlagemöglichkeiten von Stiftungen. In dieser Hinsicht begrüßt COPTIS die diesbezüglichen	Grenze von 15% auf 25% anheben.

	Änderungen allgemein, bedauert jedoch, dass die geäußerten Bedenken über den fehlenden Nutzen einer doppelten Anlagediversifizierung im Bereich Immobilien nicht berücksichtigt wurden. COPTIS ist der Auffassung, dass die in Art. 27 Abs. 4 ASV festgelegte Grenze von 15 % auf 25 % anzuheben wäre, um bei der Bewertung von Immobilienanlagen dasselbe Maß an Flexibilität zu gewährleisten wie bei Aktien und Obligationen.  Eine solche Anhebung der Grenze pro Objekt käme insbesondere Stiftungen zugute, die sich auf Nischenstrategien spezialisiert haben und in welche Vorsorgeeinrichtungen nie mehr als einige wenige Prozent ihres Vermögens anlegen. Das Risiko einer konzentrierten Anlage in die finalen Portfolios der Versicherungsnehmer ist daher sehr gering.	
12 Abs. 1 E-ASV	Nach Ansicht von COPTIS scheint die Öffnung des schweizerischen Marktes für ausländische Banken schwer zu vereinbaren mit dem rein nationalen Zweck der Anlagestiftungen.	Die Änderung löschen.
23 Abs. 2 E-ASV	Wie oben beschrieben.	Die Änderung löschen.
44b E- ASV	COPTIS befürwortet die zweijährige Frist zur Anpassung der Statuten, empfiehlt jedoch eine Verlängerung der Übergangsfrist für die Bildung und Wahl des Stiftungsrats von zwei auf fünf Jahre.	Die Frist für die Bildung und Wahl des Stiftungsrats von zwei auf fünf Jahre verlängern.



#### **Vorstand - Comité**

Präsident:
Jakob Rütsche
jakob.ruetsche@tg.ch
Generalsekretär:
Olivier Margraf
olivier.margraf@tg.ch
Steuerverwaltung Thurgau
Schlossmühlestr. 15
8510 Frauenfeld
Tel. 058 345 30 10
Fax 058 345 30 31
ssk-csi@tg.ch

Vereinigung der schweiz. Steuerbehörden Union des autorités fiscales suisses Associazione delle autorità fiscali svizzere

Eidgenössisches Departement des Innern EDI Bundesamt für Sozialversicherungen

per Mail an: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Frauenfeld, 15. Oktober 2018

### Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. September 2018 hat Bundesrat Alain Berset die Schweizerische Steuerkonferenz zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen eingeladen, wofür wir uns bedanken. Da die Vorlage keine steuerlichen Auswirkungen hat, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Steuerkonferenz

Der Präsident

I Dütecho

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Pensionskassenverband

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ASIP

Adresse : Kreuzstrasse 26

Kontaktperson : Hanspeter Konrad, Direktor ASIP

Telefon : 043 243 74 15

E-Mail : konrad@asip.ch

Datum : 6.12.2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.

2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Der ASIP begrüsst und unterstützt eine Anpassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV). Es ist sinnvoll und dringend notwendig, dass die schon seit Erlass der ASV unzweckmässigen Bestimmungen (u.a. Anlagemöglichkeiten) angepasst werden. Dies vor allem auch unter Berücksichtigung, dass es sich bei den Anlegern ausschliesslich um institutionelle Anleger handelt: «Die Anlagestiftungen sind Hilfseinrichtungen der beruflichen Vorsorge. Es sind kollektive Anlagen für alle Einrichtungen, die dem Zweck der beruflichen Vorsorge dienen.» (vgl. Erläuterungen zur ASV).

Ziel der Revision darf aber nicht primär eine Angleichung der ASV-Bestimmungen an die Fondsregelung sein. Vielmehr müssen Regelungen im Fokus stehen, die den Anlagestiftungen zweckmässige, auf ihre Anleger ausgerichtete Anlagemöglichkeiten einräumen.

Der ASIP begrüsst eine rasche Inkraftsetzung der ASV (bis spätestens Mitte 2019).		

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs.1 Bst. c	Status quo: Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb das Ernennungsrecht der Stifterin für die Mitglieder des Stiftungsrates gestrichen werden soll. Der Vorbehalt hat aus unserer Sicht nicht zu negativen Entwicklungen geführt.	c. Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates, unter Vorbehalt eines Ernennungsrechts der Stifterin (Art. 5 Abs.3)
5 Abs.2	Status quo/ Ergänzung	Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlegerversammlung gewählt. Dabei dürfen Als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen Arbeitnehmende der Stifterin versichert sind. Die Anlegerversammlung
5 Abs.3	Anpassung: Ein Ernen- nungsrecht soll weiterhin möglich sein.	Die Statuten können der Stifterin oder deren Rechtsnach- folgerin das Recht zuerkennen, eine Minderheit der Mit- glieder des Stiftungsrates zu ernennen.
6 Abs. 3	Einverstanden	
7 Abs. 2 bst d	Einverstanden	
7 Abs. 3	Im Sinne einer praxistaugli- chen Umsetzung sollten sich diese Bestimmung nur auf die Delegation von we- sentlichen Aufgaben fokus- sieren.	An Dritte übertragene, <b>wesentliche</b> Aufgaben dürfen nur
8 Abs. 2	Hier liegt ein Widerspruch zu Art. 53h Abs. 2 BVG vor. Der Begriff Geschäfts- führung ist zu streichen.	Personen, die mit der Verwaltung
8 Abs. 3 und 4	Einverstanden	

11 Abs 3 zweiter Satz	Streichen; es braucht keine weiteren Kompetenzen für die OAK BV (vgl. Art. 62 BVG)	
12 Abs. 1 – 26a Abs. 2	Einverstanden	
26a Abs.3	Streichen Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das EDI in diesem Bereich weitere Vorschriften erlassen soll.	
28 Abs. 1,4	Einverstanden	
29 Abs. 1 Einlei- tungs- satz so- wie Bst d und e	Streichen und anpassen (im Sinne des KGAST-An- trages)	d. Die Kategorienbegrenzungen nach Art. 55 BVV2 und die Begrenzungen von Forderungen gegenüber einzelnen Schuldnern und von einzelnen Gesellschaftsbegrenzungen nach den Art. 54 und 54a BVV 2 können überschritten werden, sofern: -
30 Abs 3 bis – 32 Abs. 2 Bst b	Einverstanden	
35 Abs. 2 Bst b, h und i	Anpassen von Bst i (aufgrund obiger Anpas- sung)	i. Überschreitungen der Kategorien-, Schuldner- und Gesell- schaftsbegrenzungen durch gemischte Anlagegruppen nach Art. 29 Abs. 1 Buchstabe d.
37 Abs. 2 – 44b	Einverstanden	

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Versicherungsverband

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SVV

Adresse : Postfach, 8022 Zürich

Kontaktperson : Adrian Gröbli

Telefon : 044 208 28 82

E-Mail : adrian.groebli@svv.ch

Datum : 13. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckblatt mit Ihren Angaben ausfüllen.

2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Die von den privaten Lebensversicherern gegründeten Anlagestiftungen sind Mitglied der Konferenz der Geschäftsführer von Anlagestiftungen (KGAST). Die Vertreter dieser Anlagestiftungen haben an der Erarbeitung der Vernehmlassungsantwort der KGAST mitgewirkt. Die Bemerkungen und Anträge des SVV entsprechen deshalb denjenigen der KGAST.

Angesichts des vorhandenen Änderungsbedarfes begrüsst der SVV die Anpassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV). Dies gilt insbesondere für die Diversifikationsbestimmungen, die mit der geplanten Änderung zweckmässiger ausgestaltet werden. Eine sinnvolle Änderung betrifft auch gewisse Mischvermögen der Anlagestiftungen, wonach die Kategorienbegrenzungen unter bestimmten Voraussetzungen überschritten werden dürfen.

Aufgrund der Dringlichkeit der Änderungen plädiert der SVV für eine Inkraftsetzung der angepassten Verordnungsbestimmungen bis spätestens Mitte 2019.

# 2 Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 2	Anpassen ( <i>kursiv/fett</i> markierten Satz einfügen)  Begründung: Zur Vermeidung von Unsicherheiten sollte präzisiert werden, dass insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen die Arbeitnehmenden der Stifterin BVG-versichert sind, als nicht mit der Stifterin "wirtschaftlich verbunden" gelten. Eine solche wirtschaftliche Verbundenheit könnte unter anderem darin gesehen werden, dass die Stifterin Beitragsleistungen an die Vorsorgeeinrichtung leistet (Art. 66 Abs. 1 BVG) und im obersten Organ vertreten ist (Art. 51 Abs. 1 BVG).	Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlegerversammlung gewählt. Dabei dürfen die Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und Personen, die mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem Drittel des Stiftungsrates vertreten werden. Als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen Arbeitnehmende der Stifterin versichert sind. Die Anlegerversammlung kann ihr Recht, das Präsidium zu wählen, in den Statuten auf den Stiftungsrat übertragen.
Art. 5 Abs. 3	Verschieben nach Art. 5 Abs. 4 (neu)  Begründung: Aufgrund des neu eingefügten Art. 5 Abs. 3 (siehe unten) ist die Bestimmung betreffend erstem Stiftungsrat zu verschieben. Inhaltlich keine Anpassungen.	
Art. 5 Abs. 3 (neu)	Neu einfügen ( <i>kursiv/fett</i> markierte Regelung gemäss bisherigem Art. 5 Abs. 2 inkl. Ergänzungen)  Begründung: Je nach Grösse des Stiftungsrates können ein oder mehrere unterjährige Austritte gepaart mit Abwesenheiten gewählter Stiftungsräte dazu führen, dass letztlich ein paar wenige Mitglieder über einzelne – allenfalls weitreichende - Traktanden abstimmen. Will man	Die Statuten können der Stifterin oder deren Rechtsnachfolgerin das Recht zuerkennen, eine Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrates zu ernennen. Diese Personen sind an der nächsten Anlegerversammlung mittels Wahl gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c zu bestätigen.

	solche Situationen vermeiden, müsste man unterjährige Vakanzen im Stiftungsrat mittels ausser- ordentlicher Anlegerversammlung beheben. Dies bedeutet einen grossen administrativen Aufwand, indem nur wegen einer Ersatzwahl in den Stiftungsrat eine ausser- ordentliche Anlegerversammlung einberufen werden muss. Mit einem interimistischen Ernennungsrecht der Stifterin und einer Bestätigungs- wahl durch die Anlegerversamm- lung können solche Spezial- situationen vermieden werden.  Darüber hinaus erscheint eine Verknappung von "einer Minderheit" auf "ein Drittel" der die Stifterin vertretenden Stiftungsräte als zu starker Eingriff in die Organisations- freiheit der Anlagestiftung.	
Art. 7 Abs. 3	Anpassen (kursiv/fett markiertes Wort einfügen).  Begründung: Aus dem Verordnungstext sollte klar hervorgehen, dass sich diese Bestimmung nur auf die Delegation von substantiellen Aufgaben an Dritte bezieht. Die Delegation von Routineaufgaben muss von dieser Bestimmung ausgenommen sein, damit eine effiziente und zeitnahe Handlungsfähigkeit der Anlagestiftung gewährleistet bleibt.	An Dritte übertragene, wesentliche Aufgaben dürfen nur
Art. 8 Abs. 2	Anpassen (kursiv/fett markiertes Wort streichen)  Begründung: Die neue Bestimmung steht im Widerspruch zu Art. 53h Abs. 2 BVG, wonach der Stiftungsrat das geschäftsführende Organ ist.  Unabhängig davon kann es sinnvoll sein, die Geschäftsführungsfunktion und die eines Stiftungsrates in Personalunion	Personen, die mit der <b>Geschäftsführung</b> , Verwaltung oder Vermögensverwaltung der Anlagestiftung betraut sind, dürfen nicht in den Stiftungsrat gewählt werden.

	wahrzunehmen. Nicht immer sind es Interessenkonflikte, es kann aus Sicht Geschäftsführung und Stiftungsrat auch gemeinsame Ziele geben. Speziell bei kleineren Anlagestiftungen kann eine solche Funktion in Personalunion sinnvoll sein, solange das Interessenkonfliktmanagement gewahrt bleibt.	
Art. 11	Überarbeiten oder streichen	
Abs. 3 2. Satz	Begründung: Der OAK BV stehen bereits verschiedene Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsaufgabe zur Verfügung. Diese haben repressiven oder präventiven Charakter und sind in Art. 62a BVG aufgelistet. Als für die Anlagestiftungen zentrales Bestimmung ist diejenige gemäss lit. c zu nennen. Sie erlaubt der OAK BV, die für die Aufsichtstätigkeit notwendigen Standards zu erlassen. Ein direktes Einschreiten der Aufsicht wird erst notwendig, wenn es gilt, Missbräuche zu verhindern oder Unzulänglichkeiten zu beheben.	
	erscheint deshalb redundant.  Bei Massnahmen der Aufsicht aufgrund der "Kann-Bestimmung" in Einzelfällen entsteht zudem Rechtsunsicherheit und eine gewisse Intransparenz.	
	Unklar bleibt, in welchem Verhältnis die neu eingefügte Bestimmung zur neu eingefügten Regelung nach Art. 26a Abs. 3 E- ASV steht. Damit bleibt auch offen, wie diese Kann-Bestimmungen umgesetzt werden sollen.	
Art. 26a Abs. 3	Überarbeiten  Begründung: Eine Verordnungs- änderung fällt in die Kompetenz des Bundesrates. Die Kompetenzen der Oberaufsicht sind in der BVV 1	

geregelt. Worauf sich die Kompetenz des EDI stützt, ist für uns nicht ersichtlich.

Unklar erscheint uns zudem, in welcher Form das EDI zusätzlich Vorschriften erlassen will.

Auch werden die Kompetenzen zwischen dem EDI und der Aufsicht verwischt. Dies schafft Verwirrung hinsichtlich Zuständigkeit.

#### Art. 29 Abs. 1 lit. d, e

Anpassen

Streichung von lit. d bezüglich Überschreitungsverbot.

Neuer lit. d mit Möglichkeiten zur Überschreitung der Kategorienund Schuldner-/Gesellschaftsbegrenzungen.

Begründung: Ein Verbot der Einzelpositionen-Überschreitungen nach lit. d ist u.E. nicht sinnvoll. Solange transparent dargestellt wird, welche Positionen in welchem Umfang entsprechend der gewählten Anlagestrategie überschritten werden, kann eine Vorsorgeeinrichtung ihr Gesamtengagement gegenüber einem Schuldner oder einer Gesellschaft berechnen und ihrerseits die Einhaltung der Anlagebegrenzungen nach Art. 54 und Art. 54a BVV 2 prüfen oder sich ihrerseits auf die Ausnahmebestimmung von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 anrufen, sofern der Entscheid betreffend Überschreitungen nach Art. 54 und/oder Art. 54a BVV 2 in der Jahresrechnung schlüssig dargestellt wird. U.E. wird mit vorgeschlagener Bestimmung eine wenig zweckmässige Einschränkung eingefügt, welche die Anlagestiftungen einmal mehr gegenüber den

Fonds unnötig einschränkt.

#### lit. d

Die Kategorienbegrenzungen nach Art. 55 BVV 2 und die Begrenzungen von Forderungen gegenüber einzelnen Schuldnern und von einzelnen Gesellschaftsbegrenzungen nach den Art. 54 und 54a BVV 2 können überschritten werden, sofern:

Art. 35 Abs. 2 lit. b, h, i	Anpassen  Begründung: Aufgrund der von uns vorgeschlagenen Änderung bei Art. 29 Abs. 1 lit. d und e erfolgt eine Anpassung.	lit. i. Überschreitungen der Kategorien-, Schuldner- und Gesellschaftsbegrenzungen durch gemischte Anlagegruppen nach Art. 29 Abs. 1 lit. d.
-----------------------------------	---	---

Г

1

Von: An: Steiger Josef BSV

Betreff: Keine Bemerkung: Änderung Verordnung Anlagestiftungen (AVS)

Datum: Dienstag, 18. September 2018 14:38:57

# Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (AVS)

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme betreffend oben genannte Anhörung.

Leider hat die Stiftung für Konsumentenschutz momentan keine Kapazitäten, um eine Stellungnahme zu schreiben.

Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Oriana Gubinelli Leiterin Beratung

Freitag abwesend

Stiftung für Konsumentenschutz Monbijoustrasse 61, Postfach 3001 Bern Tel. +41 31 370 24 24 o.gubinelli@konsumentenschutz.ch www.konsumentenschutz.ch

#### In der Schweiz finanzieren die Konsumenten den Konsumentenschutz.

Als Gönnerinnen und Förderer verhelfen sie ihm zu immer mehr Schlagkraft und zu Unabhängigkeit von Herstellern, Händlern und der Politik. Stärken auch Sie den Konsumentenschutz: Jetzt Gönner werden!

# Formular für Stellungnahme zur Vernehmlassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV): Vernehmlassung vom 14.09.2018 bis 14.12.2018

#### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Zürcher Bankenverband

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ZBV

Adresse : Weinbergstrasse 25, 8001 Zürich

Kontaktperson : Christian Bretscher

Telefon : +41 43 244 55 83

E-Mail : cb@zhbanken.ch

Datum : 11. Dezember 2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckbatt mit Ihren Angaben ausfüllen.

2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als **Word**-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 14. Dezember 2018 an folgende E-Mail-Adresse:

<u>joseph.steiger@bsv.admin.ch</u>; Stv. Leiter Bereich Finanzierung Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Der Zürcher Bankenverband (ZBV) erachtet die Anpassung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) als wichtig und dringlich.

Insbesondere begrüsst der ZBV die zweckmässigere Ausgestaltung der seit Erlass der ASV in Kritik stehenden Diversifikationsbestimmungen sowie die Änderung, wonach die Kriterienbegrenzungen bei Mischvermögen der Anlagestiftungen unter bestimmten Voraussetzungen überschritten werden dürfen.

Der ZBV hält indessen fest, dass es Ziel der ASV-Revision sein muss, adäquate und sinnvolle Regelungen zu schaffen, die es Anlagestiftungen erlaubt, zweckmässige, auf ihre Anleger zugeschnittene Anlagemöglichkeiten zu schaffen – und nicht etwa eine Angleichung an die Fondsregelung (vgl. Medienmitteilung des Bundesrats vom 14. September).

Um der Dringlichkeit der Anpassung der ASV Rechnung zu tragen, ersucht der ZBV um prioritäre Bearbeitung der Vorlage, zügige Auswertung der Vernehmlassung und Inkraftsetzung der Änderungen bis spätestens Mitte 2019.

# 2 Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Bestimmung in Art. 8 (Regelungen zu Interessenskonflikten) Abs. 2 (betreffend die Wahl der Stiftungsräte) ist nach Ansicht des ZBV aus systematischen Gründen eher in Art. 5 (Zusammensetzung und Wahl des Stiftungsrates) Abs. 3 zu integrieren. Dies hätte entsprechende weitere systematische Anpassunten in den Art. 5 und 8 zur Folge.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	_	
4Ic	Beibehalten	
5 II	Ergänzung (fetter Text)	Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlegerversammlung gewählt. Dabei dürfen die
	Im Sinn der Klarheit soll	Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und personen, die mit der
	präzisiert werden, dass	Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem
	insbesondere	Drittel des Stiftungsrates vertreten werden. Als nicht mit der
	Vorsorgeeinrichtungen, bei denen die Arbeitnehmenden	Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten insbesondere
	der Stifterin BVG-versichert	Vorsorgeeinrichtungen, bei denen Arbeitnehmende der Stifterin versichert sind. Die anlegerversammlung kann ihr
	sich, als nicht «wirtschaftlich	Recht, das Präsidium zu wählen, in den Statuten auf den
	verbunden» mit der Stifterin	Stiftungsrat übertragen.
	gelten.	3 3
5 III	Verschieben nach Art. 5 IV	
	neu	
5 III	Neu einfügen (ergänzter Art.	Die Statuten können der Stifterin oder deren
neu	5 II alt)	Rechtsnachfolgerin das Recht zuerkennen, eine Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrates zu ernennen.
	Insbesondere bei kleineren	Diese Personen sind an der nächsten
	Stiftungsräten ermöglicht ein	Anlegerversammlung mittels Wahl gemäss Art. 4 Abs. 1
	interimistisches	lit. c zu bestätigen.
	Ernennungsrecht der	
	Stifterin und eine	
	Bestätigungswahl durch die Anlegerversammlung, eine	
	Unterbesetzung des	
	Stiftungsrates ohne	
	administrativ aufwändigen	
	Einberufung einer a.o.	
	Anlegerversammlung zu	
	beheben.	
	Die Einschränkung von «einer Minderheit» auf «ein	
	Drittel» der die Stifterin	
	vertretenden Stiftungsräte	
	erscheint als zu starker	
	Eingriff in die	
	Organisationsfreiheit der	
	Anlagestiftung.	

6 III	Beibehalten	
7 II d	Beibehalten	
7 III	Ergänzung (fetter Text)	An Dritte übertragene, <b>wesentliche</b> Aufgaben dürfen nur…
	Um die Handlungsfähigkeit der Anlagestiftung nicht zu gefährden, muss die Delegation von Routineaufgaben von dieser Bestimmung ausgenommen sein.	
8 II	Streichung (fetter Text)  Gemäss Art. 53h II BVG ist der Stiftungsrat das geschäftsführende Organ. Unabhängig davon kann es namentlich bei kleineren Anlagestiftungen sinnvoll und zweckmässig sein, dass ein Stiftungsratsmitglied die Geschäftsführung, solange das Interessenskonfliktmanagement gewährleistet ist.	Personen, die mit der Geschäftsführung, Verwaltung oder Vermögensverwaltung der Anlagestiftung betraut sind, dürfen nicht in den Stiftungsrat gewählt werden.
8 III	Beibehalten	
8 IV	Beibehalten	
11 III, zweiter Satz	Überarbeitung oder Streichung.	
	Die Mittel der OAK BV werden in Art. 62a BVG aufgezählt. Die vorgesehene Bestimmung ist deshalb redundant. Als «Kann- Bestimmung» führt sie tendenziell zu Rechtsunsicherheit. Zudem ist unklar, in welchem Verhältnis sie zur neu eingefügten Regelung nach Art 26a III E-ASV steht.	
12 I	Beibehalten	
13 III a	Beibehalten	

20 II	Beibehalten	
23 II	Beibehalten	
24 II a	Beibehalten	
24114	Delocitation	
25 I	Beibehalten	
26 I	Beibehalten	
201	Delberialteri	
26 III	Beibehalten	
26 IV	Beibehalten	
2010	Delibertation	
26a I	Beibehalten	
26a II	Beibehalten	
26a III	Überarbeitung	
	Die vorgeschlagene Fassung	
	verwischt die Kompetenzen	
	von EDI und Aufsicht. Die	
	gesetzliche Grundlage für	
	die vorgesehene Kompetenz des EDI ist nicht	
	nachvollziehbar und es ist	
	unklar, in welcher Form das	
	EDI zusätzliche Vorschriften	
	erlassen würde. Eine	
	Verordnungsänderung fällt in	
	die Kompetenz des	
	Bundesrates. Die	
	Kompetenzen der	
	Oberaufsicht sind in der BVV1 geregelt.	
	BVV i geregen.	
28 I	Beibehalten	
28 IV	Beibehalten	
29 I	Ersatz der lit. d und e durch	lit. d
d/e	eine neue lit. d (fetter Text)	Die Kategorienbegrenzungen nach Art. 55 BVV 2 und die
	mit Möglichkeiten zur	Begrenzungen von Forderungen gegenüber einzelnen
	Überschreitung der Kategorien- und Schuldner-/	Schuldnern und von einzelnen Gesellschaftsbegrenzungen nach den Art. 54 und 54a
	Gesellschaftsbegrenzungen	BVV 2 können überschritten werden, sofern:
	Die vergeschlagens	
	Die vorgeschlagene Bestimmung sieht eine	
	wenig zweckmässige	
	Einschränkung vor, welche	
	Anlagestiftungen gegenüber	
	Fonds unnötig einschränkt.	

30 III bis	Beibehalten	
32 II b	Beibehalten	
35 II b/h/i	Ersatz (fetter Text)  Folgt aus der oben vorgeschlagenen Änderung bei Art. 29 I d/e.	lit. i Überschreitungen der Kategorien-, Schuldner- und Gesellschaftsbegrenzungen durch gemischte Anlagegruppen nach Art. 29 I d.
37 II	Beibehalten	
41 II zweiter Satz	Beibehalten	
44b	Beibehalten	